

Preußische Allgemeine



Nr. 28 · 10. Juli 2020

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 2,90 €



Elitetruppe im Sturm

Das Kommando Spezialkräfte (KSK) soll auf den Prüfstand gestellt und unter Umständen sogar aufgelöst werden. Ein Blick auf den einzigartigen Kampfverband und die Frage, ob Bundeswehr und deutsche Politik ohne eine solche Einheit überhaupt auskommen könnten **Seite 3**



Filmtheater „Berlin Alexanderplatz“. Schwarzer spielt den Franz. **Seite 9**



Schweigekartell Verkaufte die DDR Babys in den Westen? **Seite 10**

FOTO: IMAGO BÜRO TROTZKI 2019 FOTIE GERMANY, PA

AUFGEFALLEN

Berliner Namensposse

Da wollte jemand alles richtig machen – und prompt ging alles voll daneben.

Am vergangenen Freitag verkündete die Berliner Verkehrsgesellschaft (BVG), die U-Bahnstation „Mohrenstraße“ umbenennen zu wollen. Schon lange hatten „Antirassismusaktivisten“ gegen den Namen protestiert, da das Wort „Mohr“ Menschen mit anderer Hautfarbe diskriminieren würde. Außerdem erklärte die BVG, „jegliche Form von Rassismus oder sonstiger Diskriminierung“ abzulehnen. Sodann präsentierte das Unternehmen den neuen Namen der Haltestelle: „Glinkastrasse“, benannt nach dem Komponisten Michail Glinka, der neben Peter Tschaikowski, Modest Mussorgski und Nikolai Rimski-Korsakow zu den großen Klassikern der russischen Musik im 19. Jahrhundert zählt.

Dumm nur, dass Anfang der Woche „Bild“ und die „Jüdische Allgemeine“ auf Werke und Zitate Glinkas hinwiesen, die ihn als handfesten Antisemiten ausweisen. So erzähle das Epos „Fürst Cholsmskij“ von einer jüdischen Verschwörung gegen das russische Reich. Und für beneidete Kollegen gebrauchte Glinka gern das Wort „Shidy“, was dem abfälligen „Jidden“ im Deutschen entspricht. Anton Rubinstein etwa wurde von ihm als „zu jüdisch“ (und auch „zu deutsch“) geschmäht und das Petersburger Konservatorium als „Piano-Synagoge“ bezeichnet.

Die Moral „vons Janze“? Besser aufpassen bei politisch korrekten Manövern. Oder besser gleich die Finger davon lassen. Vor allem dann, wenn man von Geschichte offenkundig keine Ahnung hat. *René Nehring*

US-WAHLKAMPF

Donald Trump und die „Haltung“ der Edelfedern

Wie deutsche Medien im Umgang mit dem US-Präsidenten jede Unparteilichkeit fahren lassen und gegen ihn ins Feld ziehen

VON HANS HECKEL

Knapp vier Monate vor der kommenden US-Präsidentschaftswahl sieht es nicht gut aus für Amtsinhaber Donald Trump. Zumindest, wenn man den Einschätzungen vermeintlicher Experten glaubt. Doch unvergessen ist das Jahr 2016, in dem kaum jemand dem Elitenschreck Trump ernsthafte Chancen aufs Weiße Haus einräumen wollte. Wie bekannt, sollten alle eine Überraschung erleben.

Damit dies kein zweites Mal passiert, ziehen die Gegner des US-Präsidenten alle erdenklichen Register. Dabei werfen sich auch die Edelfedern in deutschen Redaktionsstuben mit einer Wucht in die Schlacht, als ginge es um die Macht im eigenen Land und nicht etwa um die höchste Position in einem anderen Staat.

Der gegen Trump entfesselte Furor hat mittlerweile eine Einseitigkeit erreicht, die nur noch mit viel Nachsicht das Etikett „Berichterstattung“ verdient. Bereits die Sprache offenbart, wie sehr deutsche Medien in plumpen Wahlkampf abgleiten. Was immer der Staatschef auch äußert – stets heißt es, Trump „wettert“, „pöbelt“, „hetzt“, „spaltet“ oder Ähnliches. Nahezu sämtliche Äußerungen des Präsidenten werden von Vornherein mit aggressiven Vokabeln abgewertet.

Ganz anders der Umgang mit Trumps Herausforderer Joe Biden. Wer die tonan-

gebenden Medien nach Wortverbindungen wie „Biden wettert“, „Biden hetzt“ oder „Biden spaltet“ absucht, geht leer aus. Dabei ist unübersehbar, dass sich beide Konkurrenten in der Härte des Umgangs miteinander in nichts nachstehen.

Jüngster Auswuchs der Einseitigkeit ist die Art der Meldungen über die Corona-Pandemie in den USA. Die Fallzahlen der Neuinfektionen wirken in der Tat erschreckend. Dass Trump für diese Zahlen verantwortlich zu machen ist, versteht sich für die bundesdeutschen Leitmedien von selbst. Als Beleg werden der Optimismus des Präsidenten angeführt, dass die USA die Pandemie besiegen würden, sowie jede Massenveranstaltung, auf welcher der Staatschef auftritt.

Aus der Seele gesprochen

Indes: Bei diesen Veranstaltungen stehen die Trump-Anhänger gesittet nebeneinander. Dass die radikale und extreme Linke gleichzeitig das ganze Land mit teils gewalttätigen „Black Lives Matter“-Unruhen überzieht, bei denen Kritiker der Aufmärsche und Gegner der Bilderstürme nicht selten bespuckt, geschlagen und aus nächster Nähe angeschrien werden, darf in den Augen Trump-feindlicher Kommentatoren offenbar nichts mit dem Infektionsgeschehen zu tun haben.

Trump's jüngste Rede zum Unabhängigkeitstag am 4. Juli hat nun zu besonders giftigen Reaktionen geführt. Wer die

Rede und die Kommentare dazu gelesen hat, wird den Eindruck nicht los, dass sich die Wut der Trump-Kritiker vor allem daran entzündet, dass der US-Präsident neben viel patriotischem Pathos einige hässliche Wahrheiten über seine Gegner in aufreizender Offenheit ausgesprochen hat. So beklagt Trump: „In unseren Schulen, unseren Zeitungsredaktionen und sogar in den Vorstandsetagen unserer Unternehmen gibt es einen neuen, weit linken Faschismus, der absolute Loyalität fordert. Wenn Sie seine Sprache nicht sprechen, seine Rituale nicht ausführen, ... seine Gebote nicht befolgen, dann werden Sie zensiert, verbannt, auf die schwarze Liste gesetzt, verfolgt und bestraft.“

Damit dürfte Trump Millionen aus der Seele gesprochen haben, nicht zuletzt auch in Deutschland. Er wolle, so der Präsident weiter, „niemals zulassen, dass ein wütender Mob unsere Statuen niederreißt oder unsere Geschichte auslöscht“. In den meisten deutschen Medien war jedoch nahezu einhellig zu lesen, mit solchen Äußerungen, „spaltet“ Trump „auch am Unabhängigkeitstag weiter“.

Die US-Wahl findet erst Anfang November statt und ihr Ausgang ist derzeit noch völlig offen. Ein erster Verlierer steht gleichwohl schon heute fest: die Glaubwürdigkeit derjenigen Medien, die in ihrem wütenden Feldzug gegen Trump jedes Maß und jedes journalistische Ethos haben fahren lassen.

IN DIESER AUSGABE



100 Jahre Volksabstimmung
Das Referendum vom 11. Juli 1920 in Ost- und Westpreußen **Sonderbeilage**

Wirtschaft
Fachleute fürchten eine Pleitewelle im Herbst **Seite 7**

Königsberger Gebiet
Die Mehrheit stimmte für Präsident Putin **Seite 13**



Lesen Sie die PAZ
auch auf unserer neuen Webseite **paz.de**



ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

Immigrantenkriminalität Die Stuttgarter Krawalle und aktuelle Fallzahlen zeigen die Relevanz des Themas. Doch unverdrossen versuchen Verantwortliche in Politik und Medien, das Problem kleinzurechnen wie

Erschreckende Ausmaße

Die „Polizeiliche Kriminalstatistik“ und das „Bundeslagebild zur Kriminalität im Kontext von Zuwanderung“

VON WOLFGANG KAUFMANN

Nach den Stuttgarter Krawallen schlug wieder einmal die Stunde der Verharmloser und Vernebler. „Menschen“ aus der „Party- und Eventszene“ hätten über die Stränge geschlagen, meinte der Polizeipräsident der baden-württembergischen Landeshauptstadt Frank Lutz wider besseres Wissen, und die staatsnahen Medien griffen diese Fehldeutung ebenso begierig wie kritiklos auf. Dabei war von Anfang an klar, wer vorrangig hinter den Ausschreitungen steckte, nämlich Immigranten. Diese sind hierzulande auch sonst deutlich überrepräsentiert, wenn es um delinquentes Verhalten unterschiedlichster Couleur geht.

Das zeigen die offizielle „Polizeiliche Kriminalstatistik“ des Bundesinnenministeriums und das ebenso amtliche „Bundeslagebild zur Kriminalität im Kontext von Zuwanderung“ des Bundeskriminalamtes (BKA) – beides übrigens vollkommen frei zugängliche Aufstellungen. Der Anteil der Einwanderer, die von der Polizei als Täter ermittelt wurden, lag 2019 bei 34,6 Prozent. 1.319.950 dingfest gemachten deutschen Straftätern standen 699.261 nichtdeutsche gegenüber. Dabei sind aber lediglich 13,5 Prozent der in Deutschland gemeldeten Personen Ausländer – so lauten zumindest die Angaben des Statistischen Bundesamtes für den Stichtag 31. Dezember 2019.

Noch im Jahre 2005 befanden sich unter den Kriminellen hierzulande bloß 22,5 Prozent Migranten. Seitdem ist diese Quote permanent nach oben gegangen. Dabei kam es von 2014 zu 2015 zu einem sprunghaften Anstieg von 28,7 auf 38,5 Prozent. Und 2016 wurde sogar ein zwischenzeitlicher Spitzenwert von 40,4 Prozent erreicht.

Auffällig ist des Weiteren der besonders hohe, also über dem allgemeinen Mittelwert von 34,6 Prozent liegende, Anteil von delinquenten Ausländern bei bestimmten Arten von Vergehen oder Verbrechen. So stellen Nichtdeutsche beispielsweise 68 Prozent der Taschendiebe, 39,7 Prozent der Räuber, 39,6 Prozent der Mörder und Totschläger, 39 Prozent der Wohnungseinbrecher, 38 Prozent der Diebe, 37,3 Prozent der Täter bei schwerer oder gefährlicher Körperverlet-



Spuren der Stuttgarter Krawalle: Bereitschaftspolizisten bewachen ein geplündertes Geschäft

Foto: Mauritius

zung und 36,8 Prozent derer, denen mindestens ein Sexualdelikt nachgewiesen werden konnte.

Die meisten ausländischen Straftäter kommen aus Syrien, Afghanistan und dem Irak. Zu den weiteren Täter-Haupther-

kunftsländern zählen der Iran, die drei Maghreb-Staaten Algerien, Marokko und Tunesien sowie Georgien und Pakistan. Ebenfalls weit überdurchschnittlich vertreten sind Migranten aus Gambia, Guinea, Nigeria, Eritrea und Somalia sowie

dem Balkan (Albanien, Bosnien-Herzegovina, Kosovo, Mazedonien und Serbien). Einen deutlich erhöhten Hang zur Kriminalität zeigen darüber hinaus auch die erst kürzlich hier angekommenen „Flüchtlinge“ aus der Türkei.

Dabei ist allerdings zu beachten, dass die Angaben zur ursprünglichen Heimat von ausländischen Kriminellen aus dem „Bundeslagebild“ des BKA stammen, in dem nur die sogenannten „Zuwanderer“ erfasst werden. Darunter versteht die Behörde Personen, die als Asyl- oder Schutzberechtigte, Asylbewerber, Geduldete und Kontingent- beziehungsweise Bürgerkriegsflüchtlinge in der Bundesrepublik weilen. Hierdurch fallen größere Gruppen von Migranten wie die schon länger hier lebenden Türken, Nordafrikaner oder Ex-Jugoslawen aus der BKA-Statistik heraus. Gleichzeitig schlagen eingebürgerte Ausländer sowie auch solche mit doppelter Staatsbürgerschaft samt und sonders als „Deutsche“ zu Buche, wenn es um die Erfassung von Straftaten geht.



Bezeichnete die unlängst von jugendlichen Immigranten inszenierten schweren Krawalle als „Einzelfall“: Der Stuttgarter Polizeipräsident Frank Lutz

Foto: pa

STATISTIK

„Ausländer raus ... aus der Kriminalstatistik!“

Mit welchen Tricks die Polizei- und Justizbehörden die Zuwandererkriminalität kleinrechnen

Seit 1953 wird in der Kriminalstatistik der Bundesrepublik zwischen Deutschen und Ausländern unterschieden. Aber recht schnell galt die Devise: „Ausländer raus ... aus der Kriminalstatistik!“ Hierbei bedienen sich die Polizei- und Justizbehörden diverser Tricks.

Dies geht aus Veröffentlichungen von Kritikern dieser Verfahrensweisen, darunter beispielsweise Werner Sohn von der Kriminologischen Zentralstelle (KrimZ), der 1986 eröffneten zentralen Forschungs- und Dokumentationseinrichtung des Bundes und der Länder für kriminologisch-forensische Forschungsfragen in Wiesbaden, klar hervor. Zum Ersten gibt es keine Kategorie namens „Täter mit Mi-

grationshintergrund“. Deshalb gilt jeder kriminelle Zuwanderer, der sich im Besitz eines deutschen Passes befindet, automatisch als Deutscher.

Zweifelhafte Zählweisen

Zum Zweiten wurde von der anfänglichen Eingangsstatistik, welche die Zahl der Anzeigen und Verhaftungen wiedergab, 1971 zur Ausgangsstatistik gewechselt, die das in Frage kommende Täterpotenzial nach Abschluss aller polizeilichen Ermittlungen – sofern es denn überhaupt zu welchen kommt und diese erfolgreich sind – erfasst. Zum Dritten praktiziert man seit 1984 ausschließlich die sogenannte „Echt-täter-Zählung“. Ungeachtet dessen, wie

viele Delikte ein Intensivtäter verübt hat, gehen diese nur mit der Zahl „Eins“ in die Statistik ein, wenn es keine Komplizen gibt.

Zum Vierten registriert die Polizei lediglich solche ausländischen Delinquenten als hier lebende Kriminelle, die melderechtlich in der Bundesrepublik erfasst sind, und lässt somit die sich illegal im Land Aufhaltenden außen vor.

Polizei als „erste Zensurinstanz“

Zum Fünften drücken die anhaltend geringen Aufklärungsquoten auch die Zahlen bezüglich der ermittelten Täter aus Immigrantenkreisen nach unten. 2005 betrug die durchschnittliche Aufklärungs-

Zu Recht bezeichnet Werner Sohn die Polizei und die Justizbehörden als „erste Zensurinstanzen“

quote 55 Prozent und stieg seitdem trotz erheblicher Fortschritte auf kriminaltechnischem Gebiet nur ganz geringfügig auf 57,5 Prozent im Jahre 2019.

Vor diesem Hintergrund hat der Kriminologe Sohn zweifellos Recht, wenn er die Polizei und die Justizbehörden als „erste Zensurinstanzen“ bezeichnet, bevor manche Medien und Sozialwissenschaftler dann noch ihr Übriges tun. Den diesbezüglichen Gipfel bilden dabei Wortmeldungen wie die des inzwischen emeritierten Siegener Soziologieprofessors Rainer Geißler, der durch die gewagte Behauptung Bekanntheit erlangte, Ausländer seien statistisch gesehen weniger kriminell als Deutsche. W.K.

LEITMEDIEN

Versuche, das Problem kleinzureden

Die trotz aller Manipulationen an den offiziellen Statistiken immer noch auffällig hohe Kriminalität von Ausländern in der Bundesrepublik versuchen die Leitmedien hierzulande wie auch die Macher der deutschen Ausgabe der Online-Enzyklopädie Wikipedia mit verschiedenen Argumenten kleinzureden.

Dabei wird oft das Thema „Anzeigeverhalten“ ins Spiel gebracht und postuliert, „rassistische“ Vorurteile innerhalb der deutschen Bevölkerung und Polizei hätten häufigere Kontrollen beziehungsweise Anzeigen zulasten von Ausländern zur Folge. Allerdings erbrachten seriöse Studien keinerlei empirische Belege für die Richtigkeit dieser Behauptung. Des Weiteren verweist man gerne darauf, dass Immigranten aufgrund ihrer prekären Situation quasi genötigt seien, strafbare Verstöße gegen die geltenden Aufenthalts- und Asylgesetze oder Delikte wie Sozialleistungsbetrug und Urkundenfälschung zu begehen.

Ebenso unterstellen manche „Experten“, zahlreiche Straftaten – vor allem die im Rahmen der Organisierten Kriminalität – gingen auf „Touristen“ und „Durchreisende“ zurück, was man wohl kaum der ausländischen Wohnbevölkerung in der Bundesrepublik anlasten könne.

Besonders häufig kommen zudem das jugendliche Alter vieler Migranten und deren „unsichere Zukunftsperspektive“ zur Sprache: Wer keine Chance habe, auf Dauer hier zu bleiben, werde eben aus „purer Verzweiflung“ kriminell. Und jüngere Männer neigten sowieso überall auf der Welt stärker zur Delinquenz als der Rest der Bevölkerung. Das ist allerdings keine Erklärung dafür, dass es unter den weniger als 25 Jahre alten Ausländern in Relation zu deren Anteil an dieser Alterskohorte so übermäßig viele Vergewaltiger und Räuber gibt.

Endgültig absurd wird es, wenn die Relativierer dann auch noch darauf verweisen, dass es ja gleichermaßen Deutsche gebe, die im Ausland kriminell würden, was man selbstverständlich gegenrechnen müsse. W.K.

Der nächste deutsche Sonderweg

Verteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer hat angekündigt, das Kommando Spezialkräfte (KSK) auf den Prüfstand zu stellen und sogar mit dessen Auflösung gedroht. Doch kann die Bundeswehr wirklich ohne eine solche Eliteeinheit auskommen?

VON JOSEF KRAUS UND
RICHARD DREXL

Zu allen Zeiten der Militärgeschichte gab es Elitetruppen, Sonderkommandos, Spezialeinheiten. Ihre Geschichte reicht von den Prätorianern der römischen Kaiser über die Garden Napoleons bis hin zu den k. und k. Kaiserjägern. Die Soldaten solcher Einheiten sind meist jüngeren Alters, rigoros ausgewählt, hart geschult, bestens ausgerüstet, intelligent sowie körperlich und psychisch außerordentlich belastbar. Immer brauchte man sie für besonders gefährliche militärische Aufgaben.

Das gilt auch für die Spezialkräfte von heute, wobei deren Aufgaben in Zeiten „neuer“ Kriege immer anspruchsvoller werden. Heute gehören zu den Aufgaben dieser Elitetruppen Geiselnbefreiung, Evakuierung von Staatsbürgern des eigenen Landes oder befreundeter Länder, Geheimdienstarbeit, Sabotage im Feindesland, Terrorbekämpfung sowie Fahndung und Festnahme von Kriegsverbrechern. Der „gemeine“ Soldat ist für derartige Spezialaufgaben nicht ausgebildet. Im Interesse des Erfolgs ihrer Einsätze werden Details (Mannschaftsstärke, Bewaffnung, Einsatzorte und so weiter) zumeist selbst in demokratisch verfassten Staaten geheim gehalten.

Die legendäre französische Fremdenlegion (*Légion étrangère*, 1831 gegründet) besteht aus – geschätzt – 9500 Soldaten von rund 150 unterschiedlichen Nationalitäten. Sie hat ein breiteres Einsatzspektrum; für Antiterroraufgaben unterhält Frankreich zudem diverse Spezialeinheiten. Jüngeren Datums sind Elitetruppen anderer NATO-Mitgliedsländer. Dazu gehören bei den Briten der „Special Air Service“ (SAS) mit geschätzt 500 Angehörigen und der „Special Boat Service“ (SBS) mit vermutlich 200 bis 300 „Mann“. Die USA verfügen über die wohl stärksten Eliteeinheiten, zum Beispiel die „Navy Seals“ (SEAL = „Sea, Air, Land“) mit vermutlich 2.500 und die „Delta Forces“ mit rund 800 bis 1.000 „Mann“.

Das „KSK“

Die Bundeswehr stellte bereits 1958 Kampfschwimmer auf (derzeit 100 Soldaten). 1996 wurde das „Kommando Spezialkräfte“ (KSK) gegründet. Anlass war der Völkermord in Ruanda, bei dem zur Rettung deutscher Staatsbürger belgische Spezialeinheiten um Hilfe gebeten werden mussten. Rund 1100 der nominell knapp 185.000 Soldaten der Bundeswehr gehören heute dem KSK mit Standort in Calw (Baden-Württemberg) an. Ihre Aufgaben sind der Schutz deutscher Einrichtungen und Kräfte im Ausland sowie von Personen in besonderen Lagen; das Retten, Befreien und Evakuieren von Personen; die militärische Aufklärung und der Kampf gegen Ziele auf feindbesetztem Gebiet.

Über die tatsächlichen Einsatzorte des KSK wird zumeist Stillschweigen bewahrt. Sicher ist, dass das KSK an nahezu allen Einsatzorten der Bundeswehr im Ausland eingesetzt war. Vergleichbares wie das KSK hat die Bundespolizei mit der GSG 9 (GSG = Grenzschutzgruppe). Diese Polizeitruppe war 1972 nach dem Münchner Olympia-Attentat gegründet worden, bis 2005 gehörte sie zum Bundesgrenzschutz, der in der Bundespolizei aufgegangen ist. Berühmt wurde die GSG 9 am 18. Oktober 1974 mit der Geiselnbefreiung einer Lufthansa-Boeing in Mogadischu.

Nun ist das KSK – zum Teil zu Recht, zum Teil zu Unrecht und oft maßlos überhitzt – ins Gerede gekommen. Es geht um „Rechtsextremismus“. Dieser sei im KSK vereinzelt oder in größer Anzahl aufgetreten, er sei „schnell und mit aller Konsequenz aus der Truppe zu entfernen und die Ermöglichung oder Begünstigung von Rechtsextremismus hart zu unterbinden“. So hieß es am 1. Juli



Unverzichtbar: Soldaten des Kommandos Spezialkräfte (KSK) bei einer Übung. Zu ihren Aufgaben gehören die Befreiung von Geiseln, der Kampf gegen Terroristen sowie die Fahndung nach und die Festnahme von Kriegsverbrechern.

vonseiten der Bundesministerin der Verteidigung, Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU).

Vor allem beruft man sich im Verteidigungsministerium und im Militärischen Abschirmdienst (MAD) auf folgende Vorfälle: Bei einer „Feier“ seien Schweinsköpfe geworfen, „rechte“ Lieder gesungen und der Hitlergruß gezeigt worden. Befeuert wurden die Vorwürfe gegen das KSK aktuell durch ein Waffendepot, das ein 45-jähriger KSK-Oberstabsfeldwebel im nordsächsischen Dorf Collm angelegt hatte. Das Waffenversteck wurde mitsamt einem „Kalaschnikow“ AK-47-Sturmgewehr, Munition und Plastiksprengstoff am 13. Mai 2020 bei einer Razzia ausgehoben. Der betreffende Soldat soll außerdem an Feiern beteiligt gewesen sein, bei denen unter Abspielen von „Rechts-Rock“ verfassungsfeindliche Symbole gezeigt wurden. Zudem hat ein KSK-Hauptmann in einem Schreiben an die Verteidigungsministerin auf zwölf Seiten rechte Umtriebe und „Kadavergehorsam“ im KSK behauptet.

Politische Folge, von den gängigen Medien entsprechend dramatisch orchestriert: Eine der vier KSK-Kompanien, die besonders in der Kritik stehende 2. Kompanie mit ihren 150 Mann, soll aufgelöst, das Kommando verkleinert werden. Die Ausbildung von KSK-Soldaten soll künftig in der Infanterieschule des Heeres in Hammelburg stattfinden. Absicht ist, den Korpsgeist des KSK aufzubrechen. Eine Steuergruppe unter Leitung des

Generalinspektors Eberhard Zorn soll die Reform begleiten und die politische Führung laufend informieren. Bis 31. Oktober 2020 soll entschieden werden, ob die genannten Maßnahmen und die „Selbstreinigungskräfte“ ausreichen oder ob das KSK überhaupt in seiner jetzigen Form am bisherigen Standort bestehen bleiben könne.

In von der Leyens Spuren?

Ohne jeden Zweifel hat jegliche Form von Extremismus (ob rechts, links oder islamisch) in der Bundeswehr nichts zu suchen. Nachgewiesene Vorfälle sind im konkreten Fall zu ahnden, ohne jedoch damit die ganze Truppe in Misskredit zu bringen. Indes wird auch hier wieder einmal wie schon zu Zeiten der vormaligen Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen das Kind mit dem Bade ausgeschüttet. Von der Leyen hatte sich allerdings jedes Mal blamiert oder sogar von Staatsanwälten und Gerichten zurückpfeifen lassen müssen, als sie von angeblich unappetitlichen Ausbildungsritualen in einer Kaserne schwadronierte, der Bundeswehr pauschal ein „Haltungsproblem“ unterstellte und „Säuberungen“ (ein gängiger stalinistischer Begriff!) anordnete.

Ganze 41 „Erinnerungen“, wie Flugzeug- und Panzermodelle, an die Wehrmacht wurden in einer Art „Bildersturm“ von Flensburg bis Berchtesgaden gefunden. Dieser machte nicht einmal Halt vor einem Porträt von Alt-

Sollen, falls wirklich mal notwendig, entsprechende Einsätze zukünftig von weniger geschulten Bundeswehrsoldaten oder wieder von Elitetruppen der Partnerländer übernommen werden?

bundeskanzler Helmut Schmidt, das ihn als jungen Leutnant der Wehrmacht zeigt. Pikanterweise hing das Bild in der nach ihm benannten Bundeswehr-Universität in Hamburg. In Hammelburg wurde ein Wandbild des nach dem 20. Juli zum Selbstmord getriebenen Generalfeldmarschalls Erwin Rommel übermalt; und im Bundeswehrkrankenhaus Westerstede wurde die letzte Rotkreuzflagge des Zweiten Weltkriegs über Berlin entfernt.

Daraus hat man jedoch nichts gelernt und stattdessen eine Eva Högl (SPD) zur Wehrbeauftragten gewählt, die mit Amtsantritt nichts Besseres zu tun hatte, als sich mit Klagen über angeblich rechtsextreme Strukturen in der Bundeswehr zu profilieren. Mehr hatte sie halt mit Bezug zur Bundeswehr vormdem nicht gehört. Die SPD-Co-Vorsitzende Saskia Esken meint, bei der Polizei einen „latenten Rassismus“ erkennen zu können. Die „hohe“ Politik verneigt sich einmal mehr vor dem militant-pazifistischen Zeitgeist, dem alles im Zusammenhang mit Fragen der inneren (Polizei) und äußeren Sicherheit (Bundeswehr) suspekt, ja gar widerwärtig, ist.

Das Misstrauen der Politik gegenüber den Soldaten

Lassen wir Eskens und Högls (Vor-)Urteile beiseite. Stehen die Vorwürfe gegen KSK und Bundeswehr in einer realistischen Relation? Nein, das KSK ist keine „Schattenarmee“. Ohne Korpsgeist funktioniert allerdings weltweit keine Spezialtruppe, natürlich darf dieser nicht extremistisch unterlegt sein. Auch die Behauptung, die Bundeswehr insgesamt sei rechtslastig, ist Unsinn. Gewiss, zwischen 2008 und 2018 wurden 199 Rechtsextreme entlassen. Aber sie wurden ausfindig gemacht und entlassen! Und ja, jeder politisch Radikale ist einer zu viel, aber gemessen an der Größe der Bundeswehr sind 199 in zehn Jahren eine geringe Zahl; sie reicht in keiner Weise aus, die Gesamtheit unter Generalverdacht zu stellen. Auch wurden 32 Islamisten und 14 Linksextreme identifiziert.

Nicht anders stellt sich die Lage im Jahre 2019 dar, trotz der von der Bundesregierung, dem MAD und den Medien ausgerufenen rechten Gefahr in der Bundeswehr. 14 Extremisten konnten enttarnt werden, darunter acht Rechtsextremisten, vier Islamisten und zwei sogenannte Reichsbürger. Dafür wurde der MAD um 300 Stellen erweitert, da musste sich doch auch was finden lassen!

Was also jetzt? Das KSK auflösen, weil einzelne sich nicht an die demokratische Kleiderordnung gehalten haben? Sollen, falls wirklich mal notwendig, entsprechende Einsätze (z.B. Geiselnbefreiungen) zukünftig von weniger geschulten Bundeswehrsoldaten oder wieder von Elitetruppen der Partnerländer übernommen werden? Die Bundeswehr und auch die Polizei auf Basis einzelner Vorfälle an Extremismus (oder auch Rassismus) in ein generell schiefes Licht zu stellen, gefährdet das Gewaltmonopol des Staates.

Wer wollte künftig solch gefährliche Berufe im Bereich der inneren und äußeren Sicherheit noch ergreifen, wenn der Ruf erst gänzlich ruiniert ist? Was die Nachwuchslage betrifft, könnte es düster werden, wenn sich die politische Führung auf den verschiedenen Ebenen nicht endlich energisch hinter ihre Bediensteten stellt. Ein Generalverdacht ruiniert die Sicherheit unseres Landes.

● **Josef Kraus** war von 1987 bis 2017 Präsident des Deutschen Lehrerverbandes und von 1991 bis 2014 Mitglied im Beirat für Fragen der Inneren Führung des Bundesministers der Verteidigung. **Richard Drexler** ist Oberst a. D. der Luftwaffe und Autor. Seit 2014 ist er Präsident des Bayerischen Soldatenbundes 1874 e.V. 2019 erschien das von beiden verfasste Buch „Nicht einmal bedingt abwehrbereit. Die Bundeswehr zwischen Elitetruppe und Reformruine“ (Finanzbuch-Verlag).

● MELDUNGEN

Peinlicher Politikersohn

Berlin/Potsdam – Die Polizei hat nach dem Verbot der nationalsozialistisch ausgerichteten Vereinigung „Nordadler“ durch Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) am 23. Juni in Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Brandenburg und Sachsen Objekte durchsucht, die der Gruppierung zugeordnet werden. Laut einem Zeitungsbericht rückte die Polizei in Brandenburg im Zuge der Wohnungsdurchsuchungen auch bei einer Politikerin der Linkspartei an. Deren noch in ihrem Haushalt lebender 18-jähriger Sohn soll der Vereinigung angehört haben und sogar einer ihrer führenden Köpfe gewesen sein. Die stellvertretende Fraktionsvorsitzende der AfD im brandenburgischen Landtag, Birgit Bessin, kommentierte den Bericht: „Die, die am lautesten eine rechte Gefahr hinter jeder Ecke beschwören, ziehen in Brandenburg scheinbar selbst mutmaßlichen Neonazi-Nachwuchs groß. Im Parlament hingegen zocken die Linken Million um Million für den vermeintlichen ‚Kampf gegen Rechts‘ ab.“ *N.H.*

Libeskind will sich einbringen

Potsdam – Der Architekt Daniel Libeskind hat Interesse daran bekundet, sich mit gestalterischen Ideen bei der Gestaltung des Kirchenschiffs der Potsdamer Garnisonkirche einzubringen. Der Turm der 1968 abgerissenen Garnisonkirche wird derzeit wieder aufgebaut. Um die Gestaltung des Kirchenschiffs tobt ein heftiger Streit. Laut Potsdams Stadtsprecher Jan Brunzlow sieht es Libeskind als eine Herausforderung an, einen „Dreiklang“ aus dem modernen DDR-Gebäude direkt neben der Turmbaustelle, dem historisierenden neuen Turm und einem Neubau am Ort des Kirchenschiffs zu gestalten. Libeskind hat bereits für das Jüdische Museum in Berlin einen Neubau im Stil des Dekonstruktivismus entworfen. Der US-Architekt war auch beim Umbau des Militärhistorischen Museums der Bundeswehr in Dresden beteiligt. Dabei entwarf Libeskind einen überdimensionierten Stahlkeil, der aus dem historischen Arsenalgebäude aus dem 19. Jahrhundert herausragt. *N.H.*

Umgang mit Kolonialkultur

Berlin – Die Unionsfraktion hat Anträge der Oppositionsparteien bezüglich der Aufarbeitung des kolonialen Erbes Deutschlands und des Umgangs mit Kulturgütern aus deutschen Kolonien abgelehnt. Die Grünen hatten mit Unterstützung von Linken und SPD gefordert, Museumssammlungen mit Artefakten aus den Kolonien verstärkt auf ihre Herkunft zu überprüfen und Kulturgüter im Fall des unrechtmäßigen Erwerbs an ihre Herkunftsländer zurückzugeben, die Kolonialgeschichte aufzuarbeiten und dies in Schullehrplänen zu berücksichtigen. Die Grünen forderten auch die Errichtung einer Gedenkstätte für die Opfer des deutschen Kolonialismus in Berlin. Die Regierung wies darauf hin, dass das Thema im Bund bereits ausreichend sensibel behandelt werde und lehnte die Anträge ab. *MRK*



Hoffentlich ist der Wirt immun: Die durch die Sichelzellerkrankheit hervorgerufene Genmutation schützt vor den Folgen des Stiches der Malaria-Mücke

Foto: Jaan Künnap

MEDIZIN

Bunter und vielfältiger

Mit den Immigranten kommen auch neue Krankheiten ins Land, wie beispielsweise die Sichelzellerkrankheit

VON WILMAR LEITZKAU

Die Zuwanderung aus anderen Teilen der Welt schlägt sich auch im verstärkten Auftreten von Krankheiten nieder, die europäische Ärzte in der Vergangenheit nur aus Lehrbüchern kannten. Ein Beispiel ist die Sichelzellerkrankheit, eine chronische Erkrankung der roten Blutzellen. Sieht man von einigen Randbereichen wie Korsika und Sizilien ab, dann kam diese Erbkrankheit vor einigen Jahrzehnten in Europa praktisch noch nicht vor.

Die ursprünglichen Hauptverbreitungsgebiete liegen vor allem in Afrika, im östlichen Mittelmeerraum und im Nahen Osten. Die starke Verbreitung der Genmutation in diesen Gebieten scheint kein Zufall zu sein. So haben Wissenschaftler festgestellt, dass die genetische Anlage für diese auch Sichelzellanämie, Sichelzellenanämie oder Drepanozytose genannte Krankheit in Gebieten, in denen die Malaria stark verbreitet ist, unter bestimmten Bedingungen einen Evolutionsvorteil darstellt. Bei Kindern, die nur von einem Elternteil diesen Gendefekt geerbt haben und die nur geringe Mengen verformter roter Blutkörperchen haben, stellt dies

nämlich einen Schutz vor einer Malaria-Erkrankung und deren schwerwiegenden Folgen dar.

Anders sieht dies aus, wenn beide Elternteile die Veranlagung an ihr Kind weitergegeben haben. Dann besteht eine recht große Wahrscheinlichkeit, dass die Sichelzellerkrankheit ohne Behandlung einen tödlichen Verlauf nimmt. Ganz typisch für die Krankheit sind verstopfte Blutgefäße, die zu Schäden an Milz, Leber, Nieren oder Lunge führen.

Sprunghafter Anstieg der Fallzahlen

Vor Jahrzehnten war die Krankheit für deutsche Ärzte noch eine medizinische Rarität, die nur aus der Fachliteratur bekannt war. Mit der Zuwanderung aus Endemiegebieten in Afrika und dem Nahen Osten müssen allerdings auch hiesige Mediziner darauf vorbereitet sein, die Krankheit zu diagnostizieren und richtig zu behandeln.

Laut Daten aus dem Jahr 2010 wurde seinerzeit die Zahl der Sichelzellerpatienten in Deutschland auf bis zu 1500 geschätzt. Neuere Schätzungen gehen dahin, dass in der Bundesrepublik mittlerweile mehrere tausend Menschen unter der Sichelzellerkrankheit leiden. Als im Zuge eines Mo-

dellprojekts vor einigen Jahren in Heidelberg, Berlin und Hamburg 90.000 Kinder getestet wurden, war die Sichelzellerkrankheit bereits die am zweithäufigsten festgestellte Erbkrankheit.

Da es wichtig ist, möglichst früh mit der Behandlung zu beginnen, fordern Ärzte schon seit Jahren, auch in Deutschland die Reihenuntersuchung von Neugeborenen einzuführen. Schon vor fünf Jahren warnte beispielsweise der Kindermediziner Stephan Lobitz auf einer Fachtagung, dass die Sichelzellerkrankheit in Deutschland ein massiv unterschätztes und ver-

nachlässigtes Krankheitsbild sei. Verbunden war die Warnung mit der Forderung nach einem Neugeborenen-Screening.

In Großbritannien, Frankreich, Spanien, den Niederlanden und Belgien sind solche Untersuchungen von Neugeborenen auf die Erbkrankheit bereits eingeführt. Untersucht werden dabei die Säuglinge von Risikogruppen, etwa wenn die Eltern oder deren Vorfahren aus den Weltgegenden stammen, die historisch als Hauptverbreitungsgebiete der Krankheit bekannt sind.

In Frankreich kümmert sich die halbstaatliche Vereinigung für Behinderungs-erkennung und -vorsorge beim Kind um die Früherkennungsuntersuchungen auf die Sichelzellerkrankheit. Die Zunahme der Untersuchungszahlen spiegelt die Bevölkerungsentwicklung sowie die Zuwanderung aus Schwarzafrika und aus arabischen Ländern nach Frankreich in den letzten Jahrzehnten wider.

Bereits im Jahr 2000 schien bei etwa 19 Prozent der Neugeborenen in Frankreich ein Test auf Sichelzellanämie angebracht. Der Anteil wuchs bis zum Jahr 2010 auf über 31 Prozent. Bis 2015 kletterte der Anteil auf fast 39 Prozent der Neugeborenen.

Klassische Kolonialmächte wie Großbritannien, Frankreich, Spanien, die Niederlande oder Belgien haben bereits Erfahrungen mit der Erbkrankheit

CORONA

Auch der Fußball wurde auf den Kopf gestellt

Dietmar Hopp wurde vom Saulus zum Paulus – Bei Clemens Tönnies war es umgekehrt

Corona hat wie die ganze Gesellschaft auch den Fußball auf den Kopf gestellt und gezeigt, wie schnell jemand dort vom Helden zum „Schweinehund“ und umgekehrt werden kann. War vor Corona der Mehrheitsgesellschafter des Fußballunternehmens TSG 1899 Hoffenheim, Dietmar Hopp, noch Zielscheibe von Hassattacken von Fans, die ihn als „Schweinehund“ bezeichneten, wurde er wenige Wochen später als Mehrheitseigner des biopharmazeutischen Unternehmens Curevac zum „Retter der Nation“ in Corona-Zeiten.

Umgekehrt lief es bei Schalke 04. Des- sen Aufsichtsratsvorsitzender von 2001 bis zum 30. Juni dieses Jahres, Clemens

Tönnies, hat mutmaßlich mit der Missachtung von Corona-Regeln einen Covid-19-Ausbruch in seinem Stammwerk und damit einen zweiten Shutdown in Ostwestfalen und die Gefährdung Tausender unbeteiligter Menschen zu verantworten. Schalke-Fans sahen dadurch die Werte ihres traditionsreichen Ruhrpottklubs in Gefahr und machten gegen die Führung um Tönnies mobil.

„Schalke ist kein Schlachthof!“

Während Kirchen darauf hoffen, dass die Christen nach dem Lockdown wieder in die Gotteshäuser strömen, haben manche Fußballvereine entsprechende Hoffnung

nicht mehr. Zu tief sind die Gräben zwischen Verein und Fans geworden. Dazu kommt noch, dass Fußballer und Vereine in der Krise ihr wahres Gesicht gezeigt haben, dass sie nämlich nicht dem Ball hinterherlaufen, sondern eher dem Geld.

Bei Schalke kamen sportliche Talfahrt und der Corona-Skandal des damaligen Aufsichtsratsvorsitzenden zusammen und führten zu einer explosiven Stimmung. All dies nagte an der Substanz des Vereins. Auf Schalke gehörte von Anfang an das Image des Malochers, des Kumpels von der Zeche dazu. Über reine Rhetorik hinausgehender Zusammenhalt gehörte zur Philosophie des Vereins. Dies alles

drohte durch das Ausbeuterimage von Tönnies zu leiden. Deshalb lautete das Motto der Unzufriedenen: „Schalke ist kein Schlachthof! Gegen die Zerlegung unseres Vereins“, das sich klar gegen die Vereinsführung um Tönnies richtete.

Tönnies' Freund, der wegen Steuerhinterziehung vorbestrafte ehemalige Präsident des FC Bayern München und Aufsichtsratsvorsitzende der gleichnamigen Aktiengesellschaft, Uli Hoeneß, hat seinen Fehler eingesehen, und ihm war deshalb eine sportliche Rehabilitation vergönnt. Ob Tönnies auch seine Fehler einsehen und korrigieren wird, bleibt abzuwarten.

Bodo Bost

„ANTIDISKRIMINIERUNG“

Neues Gesetz trifft auch Schulen

„Vielfalt“ als Ziel: Neben der Polizei könnte der Lehrbetrieb Hauptopfer des umstrittenen LADG werden

VON NORMAN HANERT

Bislang drehte sich die hitzig geführte Debatte um Berlins neues Landesantidiskriminierungsgesetz (LADG) vor allem um die Auswirkungen auf die Arbeit von Polizeibeamten. Dabei gilt das Gesetz für alle Landesbediensteten Berlins. Besondere Brisanz könnte das Gesetz künftig an den öffentlichen Schulen entfalten.

Es war ausgerechnet die Berliner Fraktionschefin der Grünen, Antje Kapek, die im Zusammenhang mit dem LADG auf einen bislang wenig beachteten Aspekt aufmerksam machte. Kapek versuchte Befürchtungen zu zerstreuen, das am 21. Juni in Kraft getretene Gesetz werde große Auswirkungen auf die Berliner Polizei haben. „Es wird in den ersten Monaten überall dort zu Klagen kommen, wo wir im Verwaltungshandeln Antidiskriminierungslücken lassen. Wenn diese behoben sind, dann gehen die Klagen auch zurück“, so die Grünen-Politikerin.

„Größte Zahl der Klagen“

Bemerkenswert ist Kapeks Verweis auf den Bildungsbereich. Die Fraktionschefin sagte, sie rechne damit, dass „es die größte Zahl der Klagen im Schulbereich geben wird. Zum Beispiel, wenn es um die Frage geht, warum ein Kind keinen Platz an einer bestimmten Schule bekommen hat.“

Wie angespannt die Situation bei den Schulplätzen in Berlin ist, macht der Fall eines Schülers aus dem Bezirk Pankow deutlich. Der Elfjährige brauchte für seinen Schulweg bisher nicht einmal 20 Minuten. Nach den Sommerferien wird sich der Junge darauf einstellen müssen, dass sich Hin- und Rückweg jeden Tag auf insgesamt zwei Stunden ausdehnen werden.

Die Eltern hatten drei Gymnasien in Friedrichshain-Kreuzberg und Pankow als Wunschschulen angegeben. Über das Schulen-Zuweisungssystem erhielt der Junge stattdessen einen Schulplatz in Altglienicke, am anderen Ende der Stadt. Der Fall steht für insgesamt fast 2400 Berliner Familien, deren Schulwunsch in diesem Jahr nicht erfüllt wurde. Selbst der Senat geht davon aus, dass im kommenden Schuljahr berlinweit 9500 Schulplätze fehlen werden. Im Rennen um einen Platz auf der Wunschschule könnte mit dem



Lehrern droht eine Welle von Diskriminierungsvorwürfen: Schüler mit ihren Zeugnissen

Foto: imago/Roland Mühlanger

Antidiskriminierungsgesetz bei einigen Eltern die Versuchung wachsen, notfalls einen Diskriminierungsvorwurf als Trumpfkarte zu nutzen. Das Fehlen von Schulplätzen hat schon in den vergangenen Jahren dazu geführt, dass die Zahl von juristischen Klagen gegen Schulplatzbescheide zugenommen hat.

Benachteiligung erwünscht

Für Eltern, die glaubhaft machen können, bei ihrem Kind liege ein Fall von Diskriminierung vor, könnte das Gesetz zudem eine Möglichkeit darstellen, um für ihren Sprössling eine bessere Schulnote auf dem Jahresendzeugnis durchzudrücken. Das Gesetz liefert reichlich Anknüpfungspunkte, um einen Diskriminierungsvorwurf erheben zu können.

Neben Geschlecht, ethnischer Herkunft, rassistischer Zuschreibung, Religion und Weltanschauung werden chroni-

sche Erkrankungen, Behinderungen, Lebensalter, sexuelle und geschlechtliche Identität, der soziale Status und auch die Sprache aufgelistet. Im Streit um die Auswirkungen auf die Polizeiarbeit sind weitere Details des umstrittenen Antidiskriminierungsgesetzes bislang nur wenig zur Kenntnis genommen worden.

Erklärtes Ziel des Gesetzes ist es, eine Kultur der „Vielfalt“ im Berliner Landesrecht zu verankern. Dabei halten die Macher des Regelwerks offenbar auch eine Ungleichbehandlung für hinnehmbar. Im Gesetz heißt es, eine Ungleichbehandlung sei dann gerechtfertigt, wenn „bestehende Nachteile strukturell benachteiligter Personen verhindert oder ausgeglichen werden sollen“. Damit soll also ein „Anti“-Diskriminierungsgesetz dafür sorgen, dass bestimmte Gruppen, etwa angestammte Deutsche, gezielt benachteiligt werden dürfen. Im LADG steckt noch

weitere politische Brisanz. Ausdrücklich erwähnt wird im Gesetzestext auch die „mittelbare Diskriminierung“, beispielsweise durch rechtliche Vorschriften oder Gesetze.

Schlupfloch für das Kopftuch

Dies könnte ein Anknüpfungspunkt dafür sein, dass unter dem Vorwurf „antimuslimischer Rassismus“ auch das Thema Kopftuchverbot an den Berliner Schulen künftig wieder in Frage gestellt wird. Bemerkenswert ist, dass gegen Justizsenator Dirk Behrendt (Grüne) bereits vor einiger Zeit sogar aus den Reihen seiner eigenen Partei der Vorwurf erhoben wurde, er wolle das Berliner Neutralitätsgesetz wieder aufweichen. Das Gesetz stellt bislang die juristische Grundlage dar, um das sichtbare Tragen von religiöser Kleidung im öffentlichen Dienst Berlins einzuschränken.

NACH DEM LOCKDOWN

Tempelhofs neues Besucherzentrum öffnet

Die Hälfte der Ausstellung widmet sich zwölf Jahren NS-Zeit

Eigentlich schon im Februar dieses Jahres eröffnete im Empfangsgebäude des Flughafens Tempelhof eine Ausstellung zu dessen Geschichte. Seuchenbedingt war die Schau jedoch monatelang nicht zu sehen. Nun kann sie bei freiem Eintritt montags bis freitags von 13 bis 17 Uhr und am Wochenende von 10 bis 16 Uhr wieder besichtigt werden.

Die Hälfte der Ausstellung ist den zwölf Jahren der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft gewidmet. Volkspädagogisch soll auch hier dem Besucher der Blick auf Stolz und Leistung verstellt werden. Gewiss, in Tempelhof wurde ein provisorisches Konzentrationslager errichtet, und die Flugzeugbauer Junkers und Weser-Flugzeugbau ließen dort – auch durch Zwangsarbeiter – Junkers Ju 87 (Stukas) und Focke-Wulf Fw 190 (Abfangjäger) bauen, aber die Entstehungsge-

schichte Tempelhofs geht auf die Weimarer Republik zurück, in der dem Versailler Diktat zum Trotz Fliegerei betrieben wurde. Die Nationalsozialisten erbten Tempelhof, sie schufen den Flughafen nicht. Der Ausbau des Flughafens hat letztlich weniger mit den Nationalsozialisten zu tun und wäre auch ohne die Machtergreifung Adolf Hitlers erfolgt.

Das Tor zur Freiheit

Vom 24. Juni 1948 bis 12. Mai 1949 sperrte die sowjetische Besatzungsmacht die Zufahrtswege von Westdeutschland nach West-Berlin. Dies war die Bewährungsprobe für die US-Amerikaner, die West-Berliner und den Flughafen Tempelhof. Die Popularität der Amerikaner in Berlin gründet sich vornehmlich auf die von ihnen, aber auch den Briten und Franzosen, errichtete Luftbrücke. Gelegentlich

wird dabei übersehen, dass die USA es sich politisch gar nicht leisten konnten, Berlin aufzugeben. Der Kalte Krieg wurde – zum Teil wenigstens – bereits hier entschieden.

Auf dem Fußboden des Ausstellungsbereichs befinden sich Rollfeldmarkierungen. Auf einer Leinwand läuft in Endlosschleife eine Diavorstellung über die Entstehung des Gebäudes. Rechts neben dem Eingang ist auf einer Leinwand die Perspektive eines Flugkapitäns zu sehen, der sich im Anflug auf die Landebahn befindet.

Für die Berliner war Tempelhof das Tor zur Freiheit. Umso mehr verbitterte es die Berliner aus dem Westteil der Stadt, dass sich bei der Volksabstimmung über die Offenhaltung des Flughafens – bei der es eine Mehrheit dafür gab – die Ost-Berliner überwiegend nicht beteiligten, wo-

mit das Quorum verfehlt wurde. Es waren nicht nur die DDR-Flüchtlinge, die von Tempelhof nach Westdeutschland ausgeflogen wurden, von hier aus begannen auch die Urlaubsreisen ohne Drangsalierung durch DDR-Grenzer auf den Straßen und in den Eisenbahnen.

Hier begannen die US-Präsidenten Kennedy und Reagan ihre Berlin-Visiten. Das letzte Kapitel „Aufbruch in die Zukunft – Nach 1989“ enthält eine unzutreffende Überschrift. Nein, die West-Berlinhasser und Flugreisenbedenkenträger aus SPD, Linkspartei, Grünen, BUND, AWO und NABU hatten 2008 endlich erreicht, was sie schon immer wollten. Heimlich hatte sich auch die Bauindustrie gefreut – witterte sie doch goldene Zeiten. Aber daraus wurde nichts. Eine weitere Volksabstimmung entschied, dass Tempelhof nicht bebaut wird. Frank Bücker

● KOLUMNE

Die Maske als Machtmittel

VON VERA LENGSELD

Vor wenigen Wochen fanden in Berlin riesige „Black Lives Matter“-Demos statt, bei denen tausende Teilnehmer maskenlos und dicht gedrängt stundenlang beieinander standen. Die Polizei schaute machtlos zu. Wenn es tatsächlich eine Pandemie gegeben hätte, müssten jetzt die Krankenhäuser überfüllt sein, die Bestattungsinstitute überlastet. Wie in Italien hätte die Armee mobilisiert werden müssen, um die vielen Toten wegzuschaffen. Nichts von alledem ist passiert.

Die Demos waren der unbeabsichtigte Beweis dafür, dass die staatlichen Zwangsmaßnahmen, die in der Corona-Krise verhängt wurden, sinnlos waren. Mehr noch, sie sind Beweis dafür, dass es die vom Bundestag am 25. März beschlossene „epidemische Lage von nationaler Tragweite“ so nie gegeben hat. Dass es keinen Zusammenbruch des Gesundheitssystems wegen bis zu einer Million Toten gegeben hat, ist nun erklärungsbedürftig.

Das war die Stunde, in der das so genannte „Vorsorge-Paradox“ erfunden wurde. Weil so eine gute Vorsorge getroffen wurde, mit Lockdown, hätte die Katastrophe abgewendet werden können. Diese Argumentation ist mehr als brüchig, denn die politischen Zwangsmaßnahmen wurden ergriffen, als die Pandemie schon im Abflauen war. Inzwischen wird die Frage, ob die durch die Drosselung des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens erzeugten Kollateralschäden nicht viel größer sind als die Schäden, die durch die Pandemie verursacht wurden, immer dringender.

Deshalb haben wir es jetzt mit einem wirklichen Paradox zu tun: Je mehr die Pandemie abflaut, desto schärfer werden die Zwangsmaßnahmen exekutiert. In Berlin hat der Senat jetzt drastische Strafen für alle beschlossen, die in öffentlichen Verkehrsmitteln ohne Maske angetroffen werden. Damit die Strafmaßnahmen auch wirksam werden können, wurde der BVG das Recht eingeräumt, maskenlosen Fahrgästen an Ort und Stelle 50 Euro abzuknöpfen. Die BVG, die eigentlich nur für den Fahrgastransport zuständig ist, wird zum Sanktionsinstrument. Schöne neue Welt!

● MELDUNG

Randale nach Stromausfall

Berlin – Mutmaßlich Täter aus dem linksextremen Milieu haben in der Nacht zum 30. Juni im Stadtteil Friedrichshain die komplette Straßenbeleuchtung im Bereich Rigaer Straße, Liebigstraße und Zellestraße lahmgelegt. Dazu rissen sie aus Laternen die Kabel heraus, sodass die Straßenbeleuchtung ausfiel. Anschließend nutzten sie die Dunkelheit, um Barrikaden zu bauen, Feuer zu legen und mehrere Autos schwer zu beschädigen. Zeugen meldeten der Polizei, dass auch Hausfassaden mit Farbe und Politparolen beschmiert wurden. Die Täter sollen danach in ein Haus an der Rigaer Straße geflüchtet sein. Die Straße wurde von Einsatzkräften der Polizei geräumt, allerdings war sie erst nach Stunden wieder befahrbar. Der polizeiliche Staatsschutz ermittelt. N.H.

● MELDUNGEN

Graue Wölfe gegen Kurden

Wien – In Österreichs Hauptstadt ist es im Stadtteil Favoriten Ende Juni an mehreren Tagen zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Kurden und türkischen Nationalisten gekommen. Die Krawalle starteten am 24. Juni, als Anhänger der Grauen Wölfe die Kundgebung eines kurdischen Frauenvereins störten. An den darauffolgenden Tagen kam es zu weiteren Zusammenstößen von Kurden und linken Aktivisten mit türkischen Gegendemonstranten. Wiens Landespolizeivizepräsident Franz Eigner sagte auf einer Pressekonferenz, vor Ort habe man festgestellt, dass innerhalb weniger Stunden bis zu 500 Personen mobilisiert werden können, um „aggressiv gegen die Polizei vorzugehen“. Nach Morddrohungen, die vermutlich von türkischen Nationalisten kamen, mussten Österreichs Innenminister Karl Nehammer (ÖVP) und Integrationsministerin Susanne Raab (ÖVP) unter verstärkten Personenschutz gestellt werden. *N.H.*

Wider die Gender Studies

Bukarest – Das rumänische Parlament hat als Zusatz zum Bildungs-gesetz am 16. Juni eine Regelung verabschiedet, die es Bildungseinrichtungen des Landes untersagt, „Theorien und Meinungen zu propagieren, denen zufolge Geschlecht ein abweichendes Konzept sei, als das biologische Geschlecht“. Mehrere rumänische Professoren haben bereits angekündigt, diese gesetzliche Regelung nicht einhalten zu wollen. Universitäten und Studentenvereinigungen fordern nun den rumänischen Präsidenten auf, das Gesetz nicht zu unterzeichnen. Rumäniens Parlament folgt mit seiner Regelung dem Nachbarland Ungarn, das bereits im Jahr 2018 sogenannte Gender-Studien untersagte. Am 19. Mai dieses Jahres verabschiedete das ungarische Parlament mit Zweidrittelmehrheit ein Gesetz, gemäß dem das biologische Geschlecht, das nach der Geburt im amtlichen Personenregister vermerkt wird, später nicht mehr in amtlichen Identitätspapieren umgeändert wird. *N.H.*

Beinahe-Unfälle in Tschernobyl

Kiew – Der ukrainische Geheimdienst SBU hat gemeinsam mit dem Institut für nationales Gedächtnis ein Buch mit 190 bislang unveröffentlichten Dokumenten aus KGB-Archiven herausgegeben, in denen über Baumängel, Schlamperei, Notabschaltungen und Beinah-Katastrophen im Atomkraftwerk von Tschernobyl von 1971 bis zum Bau des Sarkophags berichtet wird. Die Dokumente enthalten unter anderem die Entschlüsselung von Telefonaten, die in der Nacht des Super-Gaus vom 25. und 26. April 1986 im Kernkraftwerk geführt wurden. Insgesamt 29 Unfälle soll es allein in den Jahren 1971 bis 1981 im Kernkraftwerk gegeben haben, von denen acht auf menschliches Versagen zurückzuführen sind. Für einen Großteil der Havarien sollen Planungsfehler, die Verwendung von qualitativ minderwertigem Material sowie dessen mangelhafte Verarbeitung verantwortlich sein. *MRK*

FRANKREICH

Die Grande Nation schwächelt

Kommunalwahlen in Frankreich decken Krise des Parteiensystems auf – Präsident Macron am Scheideweg

VON EVA-MARIE MICHELS

Die französische Demokratie ist tot. Das ist die erste Lehre aus dem Wahlergebnis der zweiten Runde der Kommunalwahlen am letzten Juni-Wochenende.

Nur noch knapp 40 Prozent der Wahlberechtigten nahmen an der Wahl teil. 60 Prozent wählten nicht, weil sie sich in keiner Partei mehr wiederfinden und zudem das Vertrauen verloren haben, dass sich durch einen demokratischen Machtwechsel irgendetwas ändern würde.

Die Wähler haben in den letzten 40 Jahren innerhalb des „erlaubten Parteiensystems“ alles versucht: bürgerlich rechts, sozialistisch und staatstragend mittig. Das Resultat ist seitdem das gleiche: je nach Partei mehr oder minder markige Worte über Gewalt, Massenimmigration, soziale Gerechtigkeit, Arbeitslosigkeit, wirtschaftlichen Niedergang während des Wahlkampfs.

Am Ende läuft es aber immer darauf hinaus, nicht die Fehler der Vorgängerregierungen zu korrigieren, sondern deren Fehler zu verwalten und technokratisch korrekt zu verbuchen. Das Ergebnis ist ein völlig verfetteter, Gruppeninteressen verfolgender Staatsapparat, der seit 40 Jahren die Bevölkerung mit der linksextremistischen Propaganda der 68er und ihrer Kinder indoktriniert, während die Menschen im Alltag mit einer ganz anderen Realität konfrontiert sind.

Der Rassemblement National (RN) unter der Führung von Marine Le Pen ist spätestens seit deren katastrophaler Fernsehdebatte mit Macron vor den Präsidentschaftswahlen 2017 keine glaubhafte Alternative mehr zu diesem allseits verhassten System. Zu deutlich zeigte Le Pen darin, dass sie weder intellektuell noch von ihrer Persönlichkeit her dem Präsidentenamt gewachsen ist. Von der Mehrheit der Franzosen wird der RN deshalb heute als Teil der verhassten Parteiendemokratie wahrgenommen, deren Zweck es ist, „Berufsoptionen“ ein gutes Auskommen zu garantieren.

Michel Onfray, der von den Linken kommende Philosoph mit Sympathien für die Gelbwesten, startete kürzlich die Zeitschrift und Plattform „Front Populaire“, um eine echte nationalistisch orientierte Gegenbewegung mit dem Ziel eines Frexit

ins Leben zu rufen. Für den Ausstieg aus der EU, wie ihn Teile der Gelbwesten fordern, tritt nicht einmal mehr der RN ein. Diese Position brachte dem Philosophen und seinem Medium seitens des Establishments den wenig schmeichelhaften Ruf ein, „braun-rot“ zu sein.

Dabei sammeln sich um ihn herum unabhängige, qualifizierte Persönlichkeiten verschiedener politischer und ideologischer Strömungen, die der Kampf gegen die globalistische Elite eint. Dazu zählen der kanadische Soziologe Mathieu Bock-Côté, die bekannten Journalisten Eugénie Bastie und Alexandre Devecchio sowie der Gründer des sozialistischen Souveränitätsprojekts, Jean-Pierre Chevènement, und die Souveränitätsikone der traditionellen Rechten, der Adelige und Gründer des Themenparks Puy du Fou, Philippe de Villiers.

Zudem unterstützt der Marseiller Infektologe, Professor Didier Raoult das Projekt. Die international anerkannte Koryphäe wird umso mehr vom Volk verehrt,

je mehr die Pariser Technokratie mit ihren engen Verbindungen zur Pharmaindustrie Raoult wegen seines billigen und effizienten Hydroxychloroquin-Protokolls bei Covid 19 bekämpft.

Die Suche nach einem „Retter“

Viele Franzosen erwarten aus den Reihen der nationalistisch Orientierten einen „Retter“, einen „starken Mann“, der das Land wieder auf die richtige Bahn bringt. Doch es fehlt ein Milieu übergreifender gemeinsamer Sockel, der einem solchen „Retter“ den Boden bereiten könnte.

Macrons Austausch der Regierung des Premierministers – Édouard Philippe wurde von Jean Castex ersetzt (Seite 8) – ist dabei kaum mehr als eine Verzweiflungstat. Denn die französische Gesellschaft ist atomisiert und polarisiert, und die Globalisierungsopposition kann die fundamentalen ideologischen Differenzen nur kurzfristig schwach übertünchen.

Das zweite Fazit aus dem sonntäglichen Wahlergebnis lautet, dass die bür-

gerlichen Republikaner Linke und Linksextremisten dem patriotischen Lager vorziehen. Louis Aliot vom RN gewann zwar in Perpignan mit einer lagerübergreifenden Koalition und ohne das Etikett seiner Partei gegen den bürgerlichen Amtsinhaber Jean-Marc Pujol, doch dies ist wohl eher der allgemeinen Unzufriedenheit mit der dortigen jahrzehntelangen städtischen Korruption geschuldet als einer neuen Offenheit im Umgang mit dem RN.

In Marseille hatte der Senator Stéphane Ravier die bürgerliche Rechte dazu aufgerufen, eine gemeinsame Liste gegen die vereinigte Linke um die Grüne Michèle Rubirola für das Oberbürgermeisteramt aufzustellen. Ravier hatte nicht einmal personelle, sondern nur inhaltliche Bedingungen gestellt. Trotzdem verweigerten sich die Bürgerlichen dem Angebot und sorgten mit dafür, dass Marseille nun von einer linken Allianz aus Grünen, Insoumis und Sozialisten regiert wird. In anderen Städten wie Carpentras geschah das Gleiche.



Gestern Bürgermeister, heute Premierminister: Jean Castex (r.), bislang das landesweit unbekannte Stadtoberhaupt der Gemeinde Prades, löst nach den für den Staatspräsidenten Macron enttäuschend verlaufenen Kommunalwahlen Édouard Philippe (l.) ab

KOSOVO

Krimineller Kriegsheld?

Erstmals ist der amtierende Staatschef eines europäischen Staates wegen Völkermords angeklagt

Am Kosovo-Kriegsverbrechertribunal in Den Haag ist Anklage gegen den Präsidenten des Kosovo, Hashim Thaçi, eingereicht worden. Thaçi und anderen Angeklagten wurden Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, also Völkermord, im Zusammenhang mit dem Kosovo-Krieg vorgeworfen.

Einst hatte Joe Biden, damals Vize unter Barack Obama, Thaçi noch als den „George Washington Kosovos“ geadelt. Innerhalb der albanischen Terrorgruppe UCK hatte dieser den Kriegsnamen „die Schlange“, die besser zu ihm gepasst hatte, denn wie eine Schlange konnte sich Thaçi jahrzehntelang um eine Anklage in Den Haag herumwinden. Erst nach über 20 Jahren holt den kosovarischen Präsidenten der Krieg wieder ein.

Mit Thaçi stürzt der wohl bekannteste kosovarische „Kriegsheld“ jetzt vom Sok-

kel, den er sich selbst gebaut hatte. Die Anklage beweist, dass die staatliche Selbstständigkeit des Kosovo von Anfang an auf einem Völkermord basiert hat und dass sie ökonomisch in ein Fiasko gemündet ist, das zur Flucht fast der Hälfte der angeblich vom serbischen Joch befreiten Kosovaren geführt hat.

Mit Thaçi stürzt auch der Mythos der NATO und der EU als Befreier der Albaner im Kosovo, denn erst der Eingriff der Europäer und der NATO hatte Thaçi und seine Verbrechen möglich gemacht.

NATO und EU tragen eine Mitschuld

Thaçi hatte sich 2015 selbst nach Druck aus der EU für die Schaffung des Sondergerichts eingesetzt, das die verbrecherischen Seiten des Unabhängigkeitskampfes gegen Serben, Roma und oppositionelle Albaner ahnden soll. Seither lässt Thaçi

jedoch nichts unversucht, um das Gericht wieder zu schließen oder zumindest zu diskreditieren.

Das Kosovo-Sondergericht ist eine Institution nach kosovarischem Recht in Den Haag, es wird aber von ausländischen Richtern geführt und von der EU finanziert. Wenn das Gericht jetzt gerechte Urteile fällt, ist dies ein wichtiger Schritt gegen die Strafflosigkeit, von der viel zu viele Täter in der Region, die sich in höchste Staatsämter oder ins Asyl in die EU geflüchtet haben, profitieren.

Die Unabhängigkeit des Kosovo ist ein Produkt der NATO-Intervention von 1998/99, der die Vorherrschaft Serbiens über das Kosovo mit Gewalt beendete, ohne eine Perspektive für das Land für die Zeit danach zu bieten. Die eingeführte Demokratie wurde nie tief im Volk verankert, alle Parteien gingen aus den ehema-

ligen Kampf-Fraktionen der albanischen UCK hervor, entsprechend korrupt und verbrecherisch sind die Strukturen bis heute geblieben. Eine UN-Mission begann das Land zu verwalten, das Kosovo wurde zu einem Protektorat der Vereinten Nationen. Mit der NATO und UN kamen Prostitution, Frauenhandel und Drogen ins Land und verstärkten das ohnehin schon vorhandene Gewaltpotenzial.

Hunderte von Millionen Euro internationaler Hilfgelder schufen viele der kriminellen Strukturen, die das Land heute beherrschen. Das Projekt eines multikulturellen und multireligiösen Staates hat sich unter den Augen der westlichen Institutionen in Pristina faktisch aufgelöst. Hatten im jugoslawischen Kosovo noch 30 Prozent der Bevölkerung nicht-albanische Wurzeln, sind es heute im UN-Kosovo keine zehn Prozent mehr. *Bodo Bost*

VON PETER ENTINGER

Die deutsche Wirtschaft rollt wieder“, schrieb die „Frankfurter Allgemeine“ optimistisch, meinte damit allerdings den Lkw-Verkehr auf den deutschen Straßen. In der Tat hat das Transportaufkommen fast wieder das Vorkrisen-Niveau erreicht. Aber die Auswirkungen, welche die massiven Einschränkungen des öffentlichen Lebens verursacht haben, dürften noch lange nachwirken.

Besonders betroffen sind Hotellerie und Gastronomie. Dort wurden Umsatzeinbußen von bis zu 85 Prozent gemeldet. Viele Hotels haben Kurzarbeit bis zum Jahresende angemeldet, denn das Geschäft mit Firmenfeiern, Hochzeiten und Jubiläen dürfte in diesem Jahr weitestgehend flachfallen. „Die vorsichtige Öffnung ist für viele Gäste ein positives Signal, aber für unsere Mitglieder bedeutet das nicht das Ende der Krise“, sagte der baden-württembergische Landesvorsitzende des Deutschen Hotel- und Gaststättenverbandes (DEHOGA), Fritz Engelhardt. Und der sächsische DEHOGA-Sprecher Axel Klein mahnt, dass die Situation sich im Herbst noch einmal verschlechtern könnte. „Solange die Menschen bei schönem Wetter im Freien sitzen können, geht es einigermaßen. Aber was ist, wenn eine zweite Welle kommt?“

Die Sorge vor einem Wiederanstieg der Infektionszahlen in den kälteren Monaten, verbunden mit einem neuerlichen Lockdown, ist groß. Dies gilt für alle Bereiche der deutschen Wirtschaft.

Wie aus einer Umfrage des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK) unter 8500 Unternehmen aller Branchen und Regionen hervorgeht, rechnet die Hälfte der Betriebe frühestens im kommenden Jahr mit einer Rückkehr zur geschäftlichen Normalität. Nur ein Drittel erwartet eine Normalisierung schon in diesem Jahr. In dem vom DIHK ermittelten Konjunkturradar gehen vier von fünf befragten Unternehmen davon aus, dass sie bis Jahresende mit Umsatzeinbußen zu kämpfen haben werden. Dies sei der schlechteste Wert seit 1985.

Angst vor einem zweiten Lockdown

„Diese Zahlen zeigen die aktuell große Verunsicherung unserer Unternehmen“, sagte DIHK Geschäftsführer Martin Wansleben dem „Spiegel“. „Sie sehen mit großer Sorge, dass ihre Geschäfte nicht schnell wieder in Gang kommen, obwohl der Shutdown in Deutschland und anderen Partnerländern gelockert worden ist.“ Anfang Mai rechneten 28 Prozent der Unternehmen damit, erst 2021 zum normalen Geschäft zurückkehren zu können.

Inzwischen sind es bereits 40 Prozent. Weitere zehn Prozent erwarten sogar eine noch spätere Normalisierung. Der DIHK



„Solange die Menschen bei schönem Wetter im Freien sitzen können, geht es einigermaßen. Aber was ist, wenn eine zweite Welle kommt?“ Außenbereich eines Restaurants in der Innenstadt von Würzburg
Foto: Imago images/Ralph Peters

KONJUNKTURAUSSICHTEN

Fachleute fürchten eine Pleitewelle im Herbst

Die Corona-Krise hat der deutschen Wirtschaft den härtesten Schlag seit Jahrzehnten versetzt. Erst für 2021 ist mehr Optimismus angesagt

geht weiterhin von einem Rückgang des Bruttoinlandsprodukts von zehn Prozent für das Jahr 2020 aus. Wissenschaftliche Institute sehen die Lage nicht ganz so dramatisch. Aber auch sie prognostizieren einen Rückgang von mindestens sechs Prozent.

Immerhin: Es gibt auch in diesen Tagen noch positive Signale. Zumindest die deutschen Exporteure gehen davon aus, dass das Schlimmste überstanden ist. Die vom Münchner Ifo-Institut erhobenen Exporterwartungen stiegen gegenüber dem Vormonat um 24,4 Punkte auf minus 2,3 Zähler. Das sei der stärkste jemals gemessene monatliche Anstieg, erklärte Ifo-Präsident Clemens Fuest hoffnungsvoll:

„Die deutsche Industrie arbeitet sich aus dem Keller.“ Auch für die anderen Bereiche der deutschen Wirtschaft sieht Fuest leichte Anzeichen einer Entspannung: „Die Stimmung ist insgesamt etwas besser geworden.“ Die Krise sei aber noch lange nicht vorbei. „Die aktuelle Lage wird weiterhin von einer großen Mehrheit der Unternehmen als schlecht eingestuft“, betonte Fuest. Vor allem mit Blick auf das kommende halbe Jahr sei man aber weniger pessimistisch. Es sind vor allem die milliarden schweren Konjunkturpakete des Bundes, die für eine leichte Aufhellung sorgen.

Dennoch sieht DIHK-Hauptgeschäftsführer Wansleben weitere Probleme auf

die deutsche Wirtschaft zukommen. Viele Unternehmen hätten bislang von Rücklagen gezehrt. Im Herbst drohe ein massiver Mangel an Eigenkapital, zahlreiche Pleiten könnten die Folge sein.

Die Rücklagen sind begrenzt

Während die Deutschen während der Sommermonate ihre „neue Normalität“ leben, wird in Wirtschaftskreisen die Angst „vor dem Herbst“ zum geflügelten Wort. Eine zweite Welle und ein neuerlicher Lockdown könnten jedes zarte Pflänzlein des Aufschwungs zunichtemachen. „Die Unsicherheit verhindert langfristige Planungen. Das ist ein großes Problem“, sagt der DIHK-Mann.

GELDPOLITIK

Flucht ins Bargeld ist keine Lösung

Der IWF hat Pläne vorgelegt, um eine Umgehung von Negativzinsen beim Sparen zu verhindern

Viele Menschen hierzulande glauben, das Horten von Bargeld sei der beste Schutz gegen die Erhebung von Negativzinsen auf Bankguthaben. Doch dies ist ein Trugschluss. Der Staat und die Europäische Zentralbank (EZB) werden Mittel und Wege finden, auch die Bargeldbesitzer für die „Rettung“ des Euro zur Kasse zu bitten. Welche Instrumente sie dabei einsetzen könnten, zeigen gleich zwei Studien von Mitarbeitern des Internationalen Währungsfonds (IWF) mit den Titeln „Enabling Deep Negative Rates to Fight Recessions: A Guide“ (Negativzinsen einführen, um Rezessionen zu bekämpfen: Ein Leitfaden) und „Monetary Policy with Negative Interest Rates: Decoupling Cash from Electronic Money“ (Geldpolitik mit

negativen Zinssätzen: Entkopplung des Bargeldes vom elektronischen Geld).

Preisauflagen für Barzahler

Das Ganze läuft darauf hinaus, eine Parallelwährung zu schaffen, welche sich „elektronisches“ beziehungsweise „digitales Geld“ oder „Buchgeld“ nennt. Darunter fielen zum Beispiel Spareinlagen oder Guthaben auf Girokonten. Hierfür wären satte Negativzinsen zu entrichten. Gleichzeitig soll dann auch das Bargeld im selben Maße wie das Buchgeld abgewertet werden. Verlangen die Banken also fünf Prozent Negativzinsen auf das virtuelle Geld, so müsste das Bargeld letztlich ebenfalls fünf Prozent an Wert verlieren, damit ein Gleichstand eintritt. Oder der

Wertverlust des Bargeldes übersteigt den des Buchgeldes sogar noch, was den Besitz von real existierenden Banknoten komplett unattraktiv machen würde.

Wie aber ließe sich eine solche Abwertung beziehungsweise Schlechterstellung des Bargeldes in der Praxis bewerkstelligen? Auch hierauf haben die IWF-Ökonomen Antworten. So könnten alle Preise in digitalem Geld ausgezeichnet werden. Die wären dann für jene gültig, welche ihre Rechnungen per Banküberweisung oder Karte begleichen. Wer auf Barzahlung bestehe, müsse einen vom Gesetzgeber festgelegten Aufschlag akzeptieren. Wenn der Artikel beispielsweise zehn Euro koste, hätte der Barzahler zehn Euro und 50 Cent hinzublättern. Auf diese Weise wür-

de er gleichfalls mit fünf Prozent „Zinsen“ zur Rettung der europäischen Gemeinschaftswährung beitragen. Im Prinzip bestünde aber auch die Möglichkeit, den Preis für Barzahler noch höher anzusetzen, also in der Größenordnung von elf Euro. Dann dürfte das Thema Bargeld für die meisten Menschen erledigt sein.

Dass diese Gedankenspiele angesichts der durch die Corona-Pandemie noch deutlich verschärften Eurokrise schneller Realität werden könnten als gedacht, ergibt sich aus dem Umstand, dass Christine Lagarde, die langjährige Chefin des IWF, unter deren Ägide die beiden Denkschriften entstanden sind, jetzt an die Spitze der Europäischen Zentralbank gerückt ist.
Wolfgang Kaufmann

MELDUNGEN

Riesterrente in der Krise

Berlin – Die sogenannte Riesterrente hat auch im ersten Quartal 2020 an Zuspruch verloren. 16,478 Millionen Verträge stehen zu Buche. In den Monaten Oktober bis Dezember 2019 waren noch einmal 22.000 Verträge hinzugekommen. Im Vorjahr war die Vertragszahl auch schon rückläufig. Bis zum Jahr 2015 hatten alle Riester-Angebote ein Wachstum zu verzeichnen. Bei den Assekuranz-Policen über Versicherungen sind die Verluste am meisten spürbar. Gab es Ende 2012 noch knapp elf Millionen Riester-Policen, sind es Stand Ende März 2020 nur noch 10.744 Millionen Verträge. Gab es 2014 noch 814.000 Riester-Bausparverträge, sind es heute nur noch 617.000. Jeder fünfte Riester-Vertrag wird nicht mehr bespart, das sind etwa 3,3 Millionen Verträge. Bei den Riester Investmentfonds fallen die Vertragsverluste mit 6000 auf 3,307 Millionen noch am geringsten aus.
F.B.

Massiver Stellenabbau

Frankfurt am Main – Gut bezahlte Arbeitsplätze gehen in Deutschland in rasantem Tempo verloren. Daimler baut mittelfristig 10.000 Stellen ab. Bei der Commerzbank gehen wahrscheinlich sogar 11.000 Arbeitsplätze verloren. Während der Autobauer nicht nur unter der Corona-Seuche leidet, sondern Russlandsanktionen und die autofahrer-feindliche Politik im Bund und vielen Ländern verkraften muss, leidet der Bankensektor unter der Zinspolitik der EZB und dem Zwang zur Automatisierung. Der Großaktionär Cerberus hatte höhere Gewinnaussichten verlangt. Zusätzlich zu dem geplanten Stellenabbau sollen 100 der bisher 1000 Filialen schließen, was Mietausgaben einspart. Betriebsratschef Uwe Tschäge sagte: „Hier erwarte ich auch vom Bund als Großaktionär Unterstützung. Gerade die SPD muss sich in der Bundesregierung dafür einsetzen, dass mit den Mitarbeitern der Commerzbank anständig umgegangen wird.“
F.B.

Aldi erobert die USA

Washington – Der deutsche Supermarktriase Aldi hat seine 2000. Filiale in den USA eröffnet. Schon im kommenden Jahr dürften Aldi-Süd und Aldi-Nord, die beide auf dem US-Markt aktiv sind, in den Vereinigten Staaten mehr Umsatz machen als in Deutschland. Im Jahr 2022 soll es dann 2500 Aldi-Märkte in den USA geben, womit das deutsche Unternehmen zur drittgrößten Supermarktkette des Landes aufsteigen würde. Umgekehrt war US-Marktführer Walmart mit dem Versuch gescheitert, auch in Deutschland Fuß zu fassen. Aldi punktet besonders mit günstigen Preisen gegen die angestammte US-Konkurrenz. In vielen Teilen der Staaten ist die Supermarktdichte erheblich geringer als in Deutschland. Das erlaubt es den Einzelhändlern bisher, mehr Geld zu verlangen. Die deutsche Billigkonkurrenz könnte nun noch von der Corona-Krise profitieren, die für viele US-Bürger erhebliche Einkommensverluste mit sich bringt. Da kommen Aldi-Preise gerade recht.
H.H.

KOMMENTAR

Was nicht hinterfragt werden soll

ERIK LOMMATZSCH

Beim Kommando Spezialkräfte der Bundeswehr (KSK) wurden Konsequenzen aus „rechtsextremistischen Vorfällen“ gezogen. Die Auflösung eines Teils der Einheit ist angeordnet, möglicherweise werden weitere Schritte folgen.

So recht erfährt man nicht, was es mit einem „Rechtsextremismus“ des KSK auf sich hat, der derartige Maßnahmen rechtfertigen würde. Aber der schwerwiegende Vorwurf lastet, auch durch die ständige Wiederholung. Betroffen ist nicht nur die Spezialeinheit. Trotz gegenteiliger Beteuerungen werden die gesamten Streitkräfte in Misskredit gebracht. Vorangetrieben wird das Ganze, wohlgemerkt, nicht etwa von einem Gegner jenseits der Grenzen, sondern von Politikern und Medien des eigenen Landes.

Das Etikett „rechtsextrem“ ist aufgeklebt. Der Kampf gegen „Rechtsextremismus“ bedarf keiner Rechtfertigung. Beifall für die Durchsetzung geht zu erwarten. Potenzielle Fragesteller gehen lieber in Deckung, ehe sie selbst Ziel werden.

Die Art und Weise des Rundumschlags legt nahe, dass es weniger um tatsächliche und gegebenenfalls zu ahnende Verfehlungen geht, sondern um Kategorisierungen in politisch gewünschter Manier. Die Glaubwürdigkeit der Unterstellungen steigt nicht, wenn etwa die „Welt“ in einem Artikel über langjährige „rechtsextreme Umtriebe“ beim KSK unter anderem anführt, Ende 2001 hätten Soldaten vor ihrem Einsatz in Afghanistan „ein nachgemachtes Wehrmachtssymbol, das an Adolf Hitlers Afrika-Korps erinnerte“ auf Fahrzeugen angebracht, um dann hinzuzufügen, das Verteidigungsministerium habe mitgeteilt, „das Bild sei nicht verfassungswidrig“. Ein Jahr später habe es, ebenfalls in Afghanistan, „Trinkgelage gegeben, an denen mindestens ein Offizier beteiligt gewesen sei.“

Behauptungen ohne Belege

Aktueller Anlass für das Vorgehen gegen den „Rechtsextremismus“ beim KSK ist ein von einem Hauptmann an die Verteidigungsministerin gerichteter „Brandbrief“, der eine „Kultur des Wegschauens“ schildere. Allerdings muss die „Welt“ selbst einräumen, die „genaue Motivlage des Verfassers bleibt

schwer zu durchschauen“. Anderswo wird davon berichtet, dass der Hauptmann wegen einer Affäre unter Kritik stand und aus dem KSK entfernt werden sollte. All das geht unter, ebenso die Tatsache, dass eine militärische Eliteeinheit kein Streichelzoo ist. Die Zuschreibung „rechtsextrem“ hingegen bleibt.

Der „Welt“-Text, in dem dies nachgewiesen werden soll, ist selbst ein gutes Beispiel dafür, wie verfestigte Zuschreibungen, für die es nie einen wirklichen Nachweis gab, immer weitergetragen werden. Erwähnt werden die Identitäre Bewegung mit ihrem „rechts-extremen Gedankengut“ sowie die 2003 gehaltene „antisemitische“ Rede des damaligen CDU-Abgeordneten Martin Hohmann. Sachlicher Auseinandersetzungen bedarf es nicht. Die Dinge sind in Schubladen eingeordnet und werden stets als „Argumente“ angebracht.

Worum handelt es sich dabei? Um Axiome, um Grundsätze, die keines Beweises bedürfen? Um Staatsaxiome? Davon gibt es derzeit recht viele.

„Rassismus“ allerorten

Etwa den „Rassismus“, der plötzlich allerorten lauert. Bundespräsident Steinmeier fordert zum entschlossenen Handeln auf. Es reiche „nicht aus ‚kein Rassist‘ zu sein. Wir müssen Antirassisten sein!“ Christian Wulff, auch einst Bundespräsident, bei dem man irrtümlicherweise vermutete, mit ihm sei bereits der Tiefpunkt der Institution erreicht, meldete sich sekundierend zu Wort. Deutschland müsse sich „ehrlieh machen und einsehen“, welche „gravierenden Defizite weiterhin bestehen und wie Menschen in unserer Gesellschaft noch immer ausgegrenzt werden“. Entgegen-treten müsse man „Ideen, die voll von Ressentiments und Rassismus sind“.

Wo sind die Zweifel am behaupteten, allgegenwärtigen „Rassismus“? Am großflächigen „Rechtsextremismus“ beim KSK? Die unbewiesenen „Hetzjagden“ in Chemnitz von 2018 sind inzwischen ebenso zur „Wahrheit“ geworden wie die angebliche Unmöglichkeit, die Grenzen vor dem Migrantenansturm zu schließen. Dass eine Sicherung sehr wohl funktioniert, sogar innerdeutsch, hat die „Corona-Krise“ gezeigt. Aber selbst derartig offensichtliche Widerlegungen der Staatsaxiome scheinen in der Breite kaum als Problem wahrgenommen zu werden.



Für die Rückkehr zur Wehrpflicht: Die Wehrbeauftragte des Bundestags Eva Högl

Foto: imago images auslöser-photographie

LEITARTIKEL

Wozu Bundeswehr?

RENÉ NEHRING

Dieser Vorschlag kam überraschend. Mit ihrer Aussage, die Aussetzung der Wehrpflicht vor rund zehn Jahren sei ein „Riesenfehler“ gewesen, und mit der Forderung, über deren Wiedereinführung nachzudenken, hat die neue Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestags Eva Högl (SPD) ein unerwartetes Achtungszeichen gesetzt und prompt eine Debatte ausgelöst. Zustimmung erhielt Högl unter anderem vom verteidigungspolitischen Sprecher der AfD, Rüdiger Lucassen; auf Skepsis stieß sie hingegen beim SPD-Obmann im Verteidigungsausschuss Fritz Felgentreu sowie beim CDU-Abgeordneten Roderich Kiesewetter, 2011 bis 2016 Präsident des Reservistenverbandes. Reserviert äußerte sich auch Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer, die ihrerseits ankündigte, in Kürze unter dem Namen „Dein Jahr für Deutschland“ ein Konzept für einen neuen Freiwilligendienst in der Bundeswehr vorstellen zu wollen.

So begrüßenswert der Vorschlag Högls auch ist – schließlich haben sich die Erwartungen an die Umstrukturierung der Bundeswehr vor zehn Jahren nicht erfüllt –, so fragwürdig ist ihre Begründung: Das Fehlen der Wehrpflichtigen, so Högl, habe einen Anstieg des Rechtsextremismus in der Bundeswehr ermöglicht. Ganz abgesehen davon, dass die Wehrbeauftragte damit an die alte Metapher von der „Armee als Schule der Nation“ erinnert,

die doch gerade bei der linken Parla-mentshälfte immer verpönt war, da diese Schule den männlichen Nachwuchs in einem ganz anderen Sinne erzog, als es ihnen vorschwebte, offenbart Högls Inten-tion das ganze Dilemma der deutschen Sicherheitspolitik seit dem Ende des Kal-ten Krieges: dass deren Repräsentanten offenkundig selbst nicht wissen, wozu sie die Truppe überhaupt brauchen.

Falscher Ansatz

Die Grundsatzfrage, welche Organisa-tionsform eine Armee hat, sollte weniger davon geleitet sein, welchen Typ Soldat die jeweilige Form anzieht oder hervor-bringt, sondern vielmehr davon, welchen strategischen Zielen Heer, Marine und Luftwaffe dienen sollen.

Eine Wehrpflichtarmee ist das Mittel der Wahl für die klassische Landesvertei-digung. Im Falle eines (potenziellen) äü-ßeren Angriffs kann sie unbegrenzt junge Männer (und gegebenenfalls Frauen) zum Dienst an der Waffe heranziehen. Nur eine solche Gefahr legitimiert im Üb-rigen auch einen so weitreichenden Ein-griff in die Freiheit junger Menschen, wie ihn der Wehrdienst darstellt. Für Aus-landseinsätze, seit Jahren die Hauptauf-gabe der Bundeswehr, waren und sind Wehrpflichtige jedoch nicht geeignet, da sie ein hohes Maß an spezialisierter Aus-bildung erfordern, das in wenigen Mona-ten Dienstzeit kaum zu erlernen ist. Auch die Entwicklung zu einer Hightech-Armee ist nur mit Freiwilligen zu gestalten, die

über einen längeren Zeitraum nicht nur ausgebildet werden, sondern ihre Fähig-keiten regelmäßig zum Einsatz bringen.

Der Nachteil, das haben die letzten Jahre gezeigt, ist jedoch, dass eine Freiwil-ligenarmee ein Arbeitgeber wie andere auch ist und entsprechend um die besten Köpfe werben muss. Dazu freilich reichen ein paar flotte Werbeslogans und You-Tube-Filmchen ebenso wenig aus wie die sozialpolitischen Errungenschaften der vormaligen Ministerin Ursula von der Ley-en, die zur Steigerung der Attraktivität der Truppe Kitaplätze für die Kinder von „Sol-dat*innen“ und Uniformen für Schwange-re einführte. Zu einem attraktiven Arbeits-platz gehören – das ist eine Binsenweis-heit – nicht nur eine angemessene Vergü-tung, sondern auch und vor allem ordent-liches und funktionsfähiges Arbeitsgerät.

Nicht zuletzt gehört dazu ein Faktor, der keinen Pfennig kosten würde und dennoch von großer Wirkung wäre: ein besseres Ansehen der Truppe. Wer wirk-lich will, dass die besten Köpfe unserer Gesellschaft zumindest zeitweilig in der Bundeswehr dienen, der sollte wenn schon nicht mit Empathie zumindest mit Achtung und Respekt über unsere Solda-ten und deren Dienst reden – und nicht bei jeder sich bietenden Gelegenheit ver-bal auf sie einschlagen.

Schließlich riskieren die Kameraden im Einsatz ihre Gesundheit und ihr Leben – und das nicht aus eigener Lust und Lau-ne, sondern im Auftrag des Bundestags und der von ihm gewählten Regierung.

PORTRÄT

Monsieur Handlanger

Einer der Gewinner der Corona-Krise in Frankreich heißt **Jean Castex**. Der den meisten Franzosen völlig unbekannte Bürgermeister der in den östlichen Pyre-näen gelegenen 6000-Einwohner-Gemeinde Prades ist plötzlich der neue Pre-mierminister der Grande Nation.

Der Wechsel des Regierungschefs hatte sich angedeutet. Seit den Gelbwesten-Protesten gegen die Pläne einer Steuer- und Rentenreform liebäugelte Staatsprä-sident Emmanuel Macron mit einer Kabi-nettsumbildung. Außerdem wurde ihm sein alter Premier Édouard Philippe zu eigensinnig, da er sich gegen eine von Ma-cron geforderte schnellere Lockerung der Pandemie-Eindämmung wandte.

Da kam Castex ins Spiel. Wohl auf Vor-schlag des früheren konservativen Staats-

chefs Nicolas Sarkozy, dessen stellvertre-tender Generalsekretär er von 2011 bis 2012 war, wurde Castex Anfang April zum Koordinator der Regierung für den Aus-stieg aus der Ausgangssperre bestimmt.

Als „Monsieur déconfinement“, dem Herrn der Lockerungsmaßnahmen, mach-te der 55-Jährige einen dreimonatigen



Neuer Premier: Jean Castex

Schnellkurs im Regieren. Die für Macron verheerend verlaufenen Kommunalwah-len (siehe Seite 6) boten dann einen ge-eigneten Anlass zum Regierungswechsel mit Castex an der neuen Spitze.

Mit dem Gaullisten Castex, der vor seinem Amtsantritt die Partei der Republi-kaner verließ, um dem linken Staatsprä-sidenten dienen zu können, hofft Macron mit seiner ins Stocken geratenen Bewe-gung „En Marche“ auf einen Neustart. Bis zu den nächsten Präsidentschaftswahlen haben er und sein Handlanger Castex zwei Jahre Zeit, die Reformpläne besser ans Volk zu verkaufen. Der durch Corona ausgelöste Wirtschaftsabschwung macht das nicht leichter. Dafür soll es der an der Elitehochschule ENA ausgebildete „Mon-sieur déconfinement“ richten. *H. Tews*

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreu-ßen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Die Pommer-sche Zeitung: Brigitte Stramm.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2019: Inland 12 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwert-steuer, Ausland 14,50 Euro, Luftpost 18,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem

Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 2,90 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 33.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht haftet.

Telefon	(040) 4140 08-0
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail: redaktion@paz.de anzeigen@paz.de vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen: www.ostpreussen.de Bundesgeschäftsstelle: lo@ostpreussen.de

Schwarzgewaschener Franz

Filmtheater öffnen langsam wieder – Nach drei Anläufen kommt „Berlin Alexanderplatz“ in die Kinos

VON HARALD TEWS

Ist es ein Sakrileg, die Figur des Franz Biberkopf mit einem Schwarzafrikaner zu besetzen? In seinem 1929 erschienenen Roman „Berlin Alexanderplatz“ hat Alfred Döblin den aus dem Tegeler Knast entlassenen Romanhelden, der im Bemühen, ein „anständiger Mensch“ zu werden, durch das Berlin der 1920er Jahre schlingert, als blonden, pummeligen Germanen geschildert. Genauso erkannte man ihn in den ersten beiden Verfilmungen wieder: 1931 wurde er von Heinrich George verkörpert und 1980 in Rainer Werner Fassbinders 14-teiliger TV-Serie von Günter Lamprecht.

In den kunterbunten 2020er Jahren aber ist alles anders. In einer Hollywood-Neuverfilmung von „Arielle, die Meerjungfrau“, die auf Hans Christian Andersens Märchen „Die kleine Meerjungfrau“ basiert, wird die dunkelhäutige Schönheit Halle Berry die sehr dänische Nixe spielen. Umgekehrt wird es ein Problem, wenn hellhäutige Akteure Indianer und Asiaten spielen oder – um Himmels Willen! – sich schwarze Schuhcreme ins Gesicht schmieren, um Othello zu mimen.

Das „Red-, Yellow- oder Blackfacing“ – je nach angeeigneter Hautfarbe – ist in der Unterhaltungsindustrie längst tabu. Das Reizwort, das die Empörungsmaschine des überempfindlichen Moralbürgers jetzt anwirft, lautet „Whitewashing“: die kulturelle Aneignung der Weißen von nicht-weißen Eigenschaften und Traditionen. Wer europäischer Abstammung ist, darf keine Dreadlock-Frisur, keinen Kimono oder zu Fasching keine Indianerhaube tragen.

Von „Blackwashing“ war bislang nicht die Rede. Dabei sind Afroamerikaner in Anzügen, also der Herrenmode europäischer Kultur, völlig normal. Und das sollte es auch bleiben, solange man umgekehrt bei der Debatte um „kulturelle Aneignung“ endlich einen Gang zurückschaltet.

Heute wird sich kaum jemand darüber aufregen, dass der Franz Biberkopf von einem Schauspieler aus dem afrikanischen Staat Guinea-Bissau verkörpert wird. Welket Bungué heißt er, ist in Portugal aufgewachsen, lebt aber inzwischen in Berlin und wirkt mit seiner athletischen



Schwarz-weißes Gaunerpaar: Reinhold (Albrecht Schuch, l.) und Francis/Franz (Welket Bungué)

Foto: 2019 eOne Germany

Figur eher wie ein Zehnkämpfer denn ein Prekariatsarbeiter. Um das Klischee einer multikulturellen Welt auf die Spitze zu treiben, ist dieser erst Francis, dann Franz genannte Beau ein Immigrant, der es übers Mittelmeer bis nach Berlin geschafft hat, dort in einer Asylunterkunft haust und vom windigen Menschenfänger Reinhold auf die schiefe Bahn gebracht wird, wobei er nach einer Diebestour bei einem Unfall den Arm verliert.

Berlin bleibt Nebensache

Soweit lassen sich tatsächlich Handlungsparallelen zum Roman erkennen, von einer Romanverfilmung kann man aber nicht sprechen. Von einer Verballhornung aber auch nicht. Regisseur und Autor Burhan Qurbani, in Deutschland als Sohn afghanischer Flüchtlinge aufgewachsen, der 2015 in „Wir sind jung. Wir sind stark“ die Ausschreitungen in Rostock-Lichtenhagen pflichtbewusst dramatisierte, hatte als Schüler Döblins Roman gelesen und

seither die Idee verfolgt, Motive des Buches für einen Film zu verwenden.

Um es klar zu sagen: Qurbani interessiert sich für Berlin nicht die Bohne. Das, was die Modernität des Romans ausmacht, nämlich die Schilderung des quirligen Großstadtlebens durch die Verwendung der von John Dos Passos und James Joyce eingeführten Stilmittel wie Montage-technik oder Innerer Monolog, spielen in diesem Film überhaupt keine Rolle.

Geschadet hätte es nicht, sonst hätte die dreistündige Spielfilmzeit abwechslungsreicher gestaltet werden können. So hockt dieser dunkelhäutige Franz leicht lethargisch auf einer Baustelle, in der Wohnung seiner Prostituierten Miese oder dem Drogenumschlagplatz vom Volkspark Hasenheide. Allzu knüppeldick drückt Qurbani dem Publikum aufs Auge, wie aus diesem Francis/Franz ein anständiger Mensch hätte werden können, wenn man ihm nur die Chance dazu gegeben hätte. Unterstützt wird das mit Off-Kom-

mentaren, die sich an die Kapitelanfänge in Döblins Roman anlehnen.

Und trotzdem funktioniert die Idee, aus Franz Biberkopf zeitgeistgemäß einen schwarzen Asylsucher zu machen, ganz gut. Das liegt vor allem an der sensiblen Ensembleführung. Die Kamera ist immer dicht dran an den Emotionen und Handlungen der Figuren. Heimlicher Star ist dabei Albrecht Schuch, der den Kleingang Reinhold mit mephistophelischen Verrenkungen spielt. Bei der Verleihung des Deutschen Filmpreises wurde er für die beste männliche Nebenrolle geehrt, der Film selbst kam nach Nora Fingschids „Systemsprenger“ auf Platz zwei.

Nach drei coronabedingten Verlegungen des Kinostarts könnte dieser schwarzgewaschene „Berlin Alexanderplatz“ vom 16. Juli an die Nummer eins in den Kincharts zu werden. Für die Zukunft des Kinos muss man nach allmählicher Wiedereröffnung der Säle trotz Pflicht zum Abstandhalten nicht ganz schwarzsehen.

KLASSISCHE MUSIK

Konzert mit Trecker

Zarte Pflanze Klassik wagt sich beim „Sommer der Möglichkeiten“ im Norden wieder zum Vorschein

Das Schleswig-Holstein-Musikfestival (SHMF) hat auf die Lockdown-bedingten Veränderungen reagiert und präsentiert ein „Sommer der Möglichkeiten“ genanntes Alternativprogramm auf unterschiedlichen Kanälen. „So live wie möglich, so digital wie nötig“, könnte das Motto lauten. Seit dem 5. Juli finden acht Wochen lang zwischen Nord- und Ostsee sowie im Radio, Fernsehen und Internet rund 100 Veranstaltungen statt.

Nach der Lockdown-bedingten Absage des SHMF haben sich Intendant Christian Kuhn und seine Mitarbeiter auf die Suche nach alternativen Ideen begeben, um trotz veränderter Bedingungen inspirierende Musikerlebnisse in diesem Sommer zu schaffen. Herausgekommen ist der „Sommer der Möglichkeiten“, der mit neuen Formaten an ungewöhnlichen Orten die gesamte Vielfalt des Festivals er-

lebbar macht. Nicht nur im Fernsehen, im Radio und online im Internet wird es Konzerte geben, sondern auch unter freiem Himmel, von einem Anhänger des historischen Musikfest-Treckers und mit dem österreichischen Percussion-Star Martin Grubinger auf einer Lkw-Bühne.

Der „Sommer der Möglichkeiten“ begann mit einem Eröffnungsfest, bei dem neben dem diesjährigen auch SHMF-Porträtkünstler der vergangenen Jahre aufeinandertrafen. Unter der Leitung des Chefdirigenten Alan Gilbert spielten Mitglieder des NDR Elbphilharmonie Orchesters sowie als Solisten der Harfenist Xavier de Maistre, die Cellistin Sol Gabetta, der Percussionist Martin Grubinger, der Mandolinen-Virtuose Avi Avital, die Klarinettenistin Sabine Meyer sowie die Violinistin Janine Jansen. Die Veranstaltung auf Gut Hasselburg fand zwangsläufig oh-

ne Publikum statt und wurde live im Fernsehen übertragen.



Mann an der Harfe: Xavier de Maistre

Im Rahmen des Lübeck-Musikfestes können Klassikfreunde außerdem erstmals nach langer Zeit wieder an zwei Freiluftkonzerten teilnehmen. Der Violinist Daniel Hope wird am 10. Juli um 17 und um 20 Uhr gemeinsam mit der „Helene Blum & Harald Haugaard Band“ sowie dem Lübecker Pianisten Ilja Ruf zwei Freiluftkonzerten im Bürgerpark der Vorwerker Diakonie Lübeck spielen. Die Musiker treten in verschiedenen Besetzungen mit einem bunten Programm aus Klassik und Folkmusik auf. Für jedes dieser Konzerte standen allerdings nur 125 „Duo-Karten“ zur Verfügung, die jeweils zum Einlass von zwei Personen eines Haushalts berechtigen und nach kurzer Zeit bereits ausverkauft waren.

Weitere Informationen zu dem „Sommer der Möglichkeiten“ im Internet auf www.shmf.de A. Guballa /H. Tews

● MELDUNGEN

Beethoven live im Zwinger

Dresden – Zum Abschluss einer verkürzten Konzertsaison präsentiert die Sächsische Staatskapelle Dresden erstmals ein neuartiges Freiluftkonzert: Live aus der Semperoper wird das – bereits ausverkaufte – Sonderkonzert am 11. Juli unter der Leitung von Christian Thielemann mit Werken Beethovens ins Zwingergelände übertragen. Während im Saal der Semperoper derzeit maximal 330 Personen Platz finden, werden im Zwingerareal zusätzlich fast 1000 Besucher das Konzert erleben können. In Kooperation mit den Staatlichen Kunstsammlungen Dresden haben die Zuhörer im Zwinger zusätzlich die Möglichkeit, mit ihrer Eintrittskarte zu 10 Euro die neue Sonderausstellung der Gemäldegalerie Alte Meister „Raffael – Macht der Bilder. Die Tapisserien und ihre Wirkung“ zu besuchen. Internet: www.staatskapelle-dresden.de tws

Kinderbücher im Fokus

Potsdam – Die Ausstellung „Wie im Bilderbuch? Die Nachkriegszeit im Kinderbuch“ im neuen Kinderbuchmuseum im Havelland von Kleßen-Görne nordwestlich von Berlin stellt bis 31. Dezember ausgewählte Kinderbücher der Nachkriegszeit aus Ost und West vor. Internet: www.kinderbuchmuseum-havelland.de tws

Hertha trifft auf Fotografen

München – Nach der Lockdown-Phase präsentiert das Haus des Deutschen Ostens in München zwei neue Ausstellungen. In „Städte... Unter den Füßen... Über dem Kopf...“ begibt sich der 1952 im russischen Nischni Tagil geborene Fotograf Waldemar Kern bis zum 29. Juli in Deutschland und Russland auf Spurensuche nach Dingen, über die wir im urbanen Alltag hinweggehen, ohne sie wahrzunehmen. Das können zum Beispiel Kanalabdeckungen oder Baumkronen sein. In „Hertha“ geht es bis 30. Oktober um die vor 100 Jahren auf Gut Kunzendorf in der Altvaterregion in Mährisch-Schlesien geborene Hertha Lindemann, deren Vertreibungsschicksal den Künstler Filip Raif zu der grafischen Novelle „Hertha“ inspirierte. Ort: Am Lilienberg 5, 81669 München; Internet: www.hdo.bayern.de tws

So lässt es sich gut baden

Baden-Baden – Mit der Ausstellung „Baden in Schönheit. Die Optimierung des Körpers im 19. Jahrhundert“ beschäftigt sich das Baden-Badener Museum für Kunst und Technik LA8 in der Lichtentaler Allee 8 mit der Geschichte der modernen Badekultur. Neben Gemälden und Skulpturen werden historische Kur-Gegenstände gezeigt. www.museum.la8.de tws

MP3

Ausländische Gewinne mit deutscher Idee

Nicht selten machen mit Steuergeldern alimentierte deutsche Grundlagenforscher bahnbrechende Erfindungen, von denen trotz aller Bemühungen um Patentschutz ausländische Unternehmen stärker profitieren als deutsche. Ein Beispiel hierfür ist die Entwicklung des sogenannten verlustbehafteten Audiokompressionsverfahrens ISO Standard IS 11172-3 MPEG Audio Layer 3. Vor einem Vierteljahrhundert, am 14. Juli 1995, erhielt es die sehr viel weniger sperrige Bezeichnung „MP3“, unter der es die Welt eroberte.

Unter der Leitung von Hans-Georg Musmann und Karlheinz Brandenburg hatten Experten des Fraunhofer-Instituts für Integrierte Schaltungen (IIS) in Erlangen ab 1982 nach Möglichkeiten gesucht, Tondateien derart zu komprimieren, dass bei deren Speicherung und Übertragung ungleich weniger Datenmengen anfielen als bisher. Hierbei griffen die Wissenschaftler schließlich auf eine Idee zurück, die zuvor an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg erdacht worden war: Könnte man nicht einfach nur jene Anteile der Tonsignale herausfiltern und verarbeiten, die das menschliche Gehör tatsächlich wahrnimmt?

Das auf diesem Prinzip beruhende MP3-Verfahren machte rund neun Zehntel der Ursprungsdaten obsolet und erlaubte somit hohe Kompressionsraten bei praktisch unverminderter Tonqualität. Die Folgen waren weitreichend. Winzige tragbare MP3-Spieler versetzten jedermann in die Lage, unterwegs auf umfangreiche Sammlungen seiner persönlichen Lieblingstitel zurückzugreifen; Künstler verbreiteten ihre Stücke nun einfach über das Internet; Musiktäuschkörsen gingen online. Mit der Revolutionierung der Vermarktung von Musik und sonstigen



Der meistverkaufte MP3-Spieler ist ein US-Produkt: Apple iPod

Tondokumenten einher gingen massenhafte Urheberrechtsverletzungen.

Die Fraunhofer-Gesellschaft erhielt zwar jahrelang einen hohen zweistelligen Millionenbetrag an Patentlizenzengebühren, doch mittlerweile sind die Patente für MP3 allesamt ausgelaufen. Daran ändert auch die Tatsache nichts, dass sich die via MP3 gespeicherten Musikstücke und sonstigen Audio-Dateien wohl auch noch in 100 Jahren abspielen lassen werden.

Das wirklich große Geschäft ist den Herstellern der MP3-Abspielgeräte vorbehalten. Sie sitzen meist im Ausland, nicht zuletzt in den USA. Brandenburg zufolge liegt das daran, dass in den USA zehnmal mehr Risikokapital bereitstehe, um neuen Produkten und Firmen eine Chance zu geben.

Wolfgang Kaufmann



Zu Zeiten der DDR: Universitätsklinik Rostock

Foto: pa

DDR

Das Schweigekartell hat über das Staatsende hinaus bis heute Bestand

Betrieb der SED-Staat eine Adoptionsvermittlung von Säuglingen ins westliche Ausland gegen Devisen? Und wurde hierzu der Tod von Neugeborenen vorgetäuscht?

VON HEIDRUN BUDDE

Säuglinge wurden in der DDR geboren und weggetragen, ohne dass die Mütter sie sehen durften. Kurze Zeit später kam fast beiläufig die schockierende Mitteilung, dass das Neugeborene verstorben sei. Keine oder nur notdürftige Informationen zur Todesursache, kein erlaubter letzter Blick auf das Kind und auch keine Bestattung – die Eltern wurden mit ihrer Trauer allein gelassen. Erst Jahrzehnte nach dem Zusammenbruch des SED-Staates stellten sie fest, dass es viele ähnliche, fragwürdige Todesfälle gab. Was ist damals tatsächlich passiert, und gibt es Hinweise auf einen vorgetäuschten Tod der Kinder?

Mysteriöse Randvermerke

Die heutige Spurensuche ist schwierig, denn viele, ehemals streng geheime Akten wurden vernichtet. Hinweise lassen sich aber in den noch erhaltenen offiziellen Dokumenten finden, die früher nur ausgewählte Personen einsehen durften und die heute zugänglich sind. Der Tod eines Säuglings musste sehr genau erfasst werden. Die Klinik war verpflichtet, eine schriftliche Sterbeanzeige an das örtliche Standesamt zu geben.

Eine Sichtung dieser Sterbeanzeigen im Stadtarchiv Rostock für die Jahre 1969 und 1970 zeigt erste Widersprüche auf. So weisen die Dokumente Sterbefälle von Säuglingen mit einem Geburtsgewicht von unter 1000 Gramm in Rostock aus, die aber in anderen Orten geboren wurden. Ein Zwillingssmädchen mit nur 900 Gramm Geburtsgewicht soll beispielsweise eine Stunde nach der Geburt in Rostock verstorben sein, wurde aber im 30 Kilometer entfernten Kühlungsborn geboren.

Ein anderer Fall: Marika wurde in Wismar mit nur 780 Gramm bei einer

Größe von 32 Zentimetern geboren. Nach offizieller Einordnung war sie eine Fehlgeburt, welche die erfolgreiche Statistik der Säuglingssterbefälle in der DDR nicht belastete. Dieser Säugling soll fünf Tage gelebt und den Transport von Wismar zum 71 Kilometer entfernten Rostock überstanden haben, wo es dann verstarb. 1969/1970 war es weder technisch noch medizinisch möglich, so kleine Säuglinge zu transportieren. Gab es diese Transporte tatsächlich, oder hatten sie nur eine Alibifunktion auf dem Papier, damit der Tod der Kinder nicht am Geburtsort passierte?

Bei der genauen Sichtung dieser Sterbeanzeigen fällt weiter auf, dass sie jemand mit handschriftlichen Randvermerken versehen hat, an deren Bedeutung sich heute niemand erinnern will. So wurde beispielsweise bei Monika, die 1970 in Wismar geboren wurde und die in Rostock verstarb, vermerkt: „Best. Wismar 2+1 d. 1E“ und „VMV 846“. Wer hat diese Vermerke in welcher Absicht gemacht?

Waren Ärzte der Uniklinik Rostock möglicherweise in Manipulationen von Sterbefällen eingebunden? Die Akte eines Oberarztes der Universitätsfrauenklinik,

angeworben als „Inoffizieller Mitarbeiter“ der Staatssicherheit, gibt hier interessante Einblicke. Dieser Oberarzt fühlte sich „in seiner Persönlichkeit bestätigt“ und er bedankte sich für das Vertrauen, als ihn der Geheimdienst um eine Zusammenarbeit bat. Skrupel hatte er keine, und seine Aufträge, insbesondere zur Neugeborenenstation der Klinik, erfüllte er prompt. So gab er Auskunft über das technische Verfahren bei Todesfällen von Säuglingen. Die Staatssicherheit wollte durch ihn ermitteln, ob bestimmte Sterbefälle in der Klinik bekannt waren, ob es Widersprüche in Arztberichten zu Entbindungen gab und ob über zu häufige Sterbefälle geredet wurde. Dahinter verbarg sich offensichtlich die panische Angst, dass die „Konspiration“ des heimlichen Vorgehens an der Medizinischen Fakultät nicht gesichert sein könnte. Warum sonst der ganze Aufwand? Die Staatssicherheit war für die Überprüfung der Arbeit auf der Neugeborenenstation der Uniklinik gar nicht zuständig. Das war Sache des Kreisarztes oder des Ministeriums für Gesundheitswesen.

Die Akten offenbaren auch, dass die Staatssicherheit selbst über zuverlässige hauptamtliche Ärzte verfügte, die jeden Auftrag ohne zu zögern erfüllten und unerkannt in den öffentlichen Krankenhäusern tätig werden konnten. Medizinalrat Dr. med. Joachim W. war als Gynäkologe hauptamtlicher Arzt der Staatssicherheit und zur Begründung seiner Beförderung zum Major im Jahre 1983 hieß es: „Als Leiter des ihm anvertrauten Dienstkollektivs hat er es verstanden, mit Umsicht, Eifer und Fleiß die vielfältigen organspezifischen Aufgaben in hoher Qualität zu erfüllen.“ Vier Jahre später wurde er zum Oberstleutnant befördert mit der Begründung: „Die ihm übertragenen militärmedizinischen und militärtschekistischen Aufgabenstellungen erfüllt er in

sehr guter Qualität und mit hoher Einsatzbereitschaft.“

Ein Gynäkologe der Staatssicherheit hatte „organspezifische“, „militärmedizinische“ und „militärtschekistische“ Aufgaben, ohne dass die erhalten gebliebenen Akten darüber aufklären, welche Tätigkeiten das konkret waren. Gehörte die Ausarbeitung von fiktiven Krankenberichten für Neugeborene dazu? Wurde dieser Gynäkologe unerkannt auf Entbindungsstationen tätig, und welche „organspezifischen Aufgaben“ hatte er dann zu erledigen?

Keiner will sich erinnern können

In den Akten des Bundesarchivs wurden interessante Unterlagen zu einem „Sondermittelkonto 6836-20-3117“ gefunden, das seit 1973 bei der Staatsbank der DDR geführt wurde. Offiziell war es ein Konto der Versorgungseinrichtung des Ministerrates. Tatsächlich handelte es sich um ein Schwarzgeldkonto der Staatssicherheit, das jeglicher Finanzkontrolle entzogen war. Die Belege wurden jährlich vernichtet, und im März 1990 hatte dieses Konto immerhin noch einen Bestand von über eine Million Mark, konkret 1.214.944,09 Mark. Das lässt erahnen, welche enormen Summen jahrelang über dieses illegale Konto an die Staatssicherheit geflossen sind. Welche schmutzigen Geschäfte wurden hier unerkannt finanziell abgewickelt, auch eine Adoptionsvermittlung von Neugeborenen ins westliche Ausland gegen Devisen?

Das Schweigekartell hält bis heute, und Antworten auf diese Fragen bekommt man auch 30 Jahre nach dem Untergang des SED-Staates nicht.

● **Dr. Heidrun Budde** ist Autorin einer 164-seitigen Monografie zu diesem Thema. „Verstorbene Babys in der DDR? Fragen ohne Antworten“ ist dieses Jahr im Hamburger Verlag Tredition erschienen.

Die Stasi verfügte über zuverlässige hauptamtliche Ärzte, die unerkannt in den öffentlichen Krankenhäusern tätig werden konnten

MASSAKER VON AUSSIG VOR 75 JAHREN

Die Parole lautete: „Werft die Deutschen aus ihren Wohnungen“

Die gewaltsamen Ausschreitungen eines entfesselten Mobs waren von langer Hand geplant

VON KLAUS J. GROTH

Das Massaker von Aussig am 31. Juli 1945 organisierte der tschechische Stabskapitän Bedrich Pokorný. Er wird auch für die verbrecherischen Ausschreitungen neun Wochen zuvor beim Todesmarsch von Brünn, der am 31. Mai 1945 begann, verantwortlich gemacht. Bald darauf übernahm er für kurze Zeit die Leitung des Inlandsgeheimdienstes.

Es gab wohl Agents Provocateurs

Der Zeitpunkt der Ausschreitungen war kein Zufall. Zwischen den Ereignissen von Brünn und Aussig segneten bei der Konferenz von Potsdam die Hauptalliierten die Vertreibung der Deutschen aus der angestammten Heimat ab. Im Sudetenland sollte brutal ein Zeichen der widererlangten tschechischen Souveränität gesetzt werden.

Auf der Münchner Konferenz 1938 hatten Großbritannien und Frankreich dem massiven Drängen Adolf Hitlers nachgegeben, das deutsch besiedelte Sudetenland wurde dem Reich zuerkannt. Der größere Teil der dortigen Bevölkerung feierte das begeistert. Die Presse im Reich begleitete die Ereignisse mit Schlagzeilen wie diesen: „Prag sabotiert München – Deutsche Häuser in die Luft gesprengt“ (14. März 1939); „Tschechen-Staat in voller Auflösung – Die Schreckensherrschaft über die Deutschen wird unerträglich“ (15. März 1939); „Führerstandarte auf dem Hradschin – Der Führer mit den Truppen in Prag eingezogen“ (16. März 1939); „Aufbau im neuen Reichsgebiet – Ein Werk genialer Staatskunst“ (17. März 1939); „Prag erwartet den Reichsprotektor – In der Geschichte Böhmens und Mährens beginnt ein neues Kapitel“ (5. April 1939).

Das „neue Kapitel“ im Reichsprotektorat Böhmen und Mähren wurde zur Leidenszeit für die tschechische Bevölkerung. Über 100.000 Menschen sperrten die Nationalsozialisten in Konzentrationslager. Die Erschießung der Männer des Dorfes Lidice 1942 als Vergeltung für das tödliche Attentat auf den Polizeichef und stellvertretenden Reichsprotektor Reinhard Heydrich gehört zu den grausamen Zeichen dieser Zeit.

Die Erschießung der mehr als 170 Männer, die Deportation von 200 Frauen und 100 Kindern aus dem Dorf befeuerte die Wut auf die deutschen Besatzer und Nachbarn. Bereits 1940 hatte der tschechische Militärattaché der Exilregierung in London, Josef Kalla, notiert: „Man sagt: Einen Teil bringen wir um, einen Teil vertreiben wir, viele fliehen aus Angst vor Rache, und den Rest werden wir durch die Umsiedlung der Deutschen beziehungsweise Grenzkorrekturen los.“

Wohl mehr als 200 Tote

Bereits zu dem Zeitpunkt waren die ursprünglichen Vorstellungen des Exilpräsidenten Edvard Benesch Makulatur. Die Pläne sahen die Ausgliederung einiger deutsch besiedelter Gebiete und einen Bevölkerungsaustausch vor. Doch bereits 1943 klang das anders: „Den Deutschen wird erbarmungslos und vielfach alles das zurückgezahlt werden, was sie seit 1938 in unserem Land angerichtet haben.“ 1945 klang das noch schriller: „Werft die Deutschen aus ihren Wohnungen. Kein deutscher Bauer darf auch

nur einen Quadratmeter Boden unter seinen Füßen behalten.“

Geplant waren Vertreibungen der Deutschen von Kriegsbeginn an. Die Exilregierung Polens in London dachte so, die Exilregierung der Tschechen ebenfalls. Auch Bulgaren, Rumänen, Kroaten, Serben, Slowaken und Ungarn wollten ihre deutschen Minderheiten aus dem Land haben. Die bei der Konferenz in Potsdam beschönigend „Transfer“ genannte Vertreibung dauerte mehrere Jahre, zu den schlimmsten Exzessen aber kam es in den Sommermonaten 1945 in der Tschechei. Das Massaker von Aussig und der Todesmarsch von Brünn setzten nachhaltige Zeichen der Grausamkeit.

In Aussig explodierte am 31. Juli 1945 ein Munitionsdepot. Umgehend wurde das als Anschlag deutscher Werwölfe ausgegeben. Tatsächlich dürfte es eine geplante Aktion des Innenministeriums gewesen sein, um die Wut tschechischer Bürger anzustacheln. Sie sollten bei der Vertreibung der Deutschen Fakten schaffen. Die Deutschen waren leicht zu erkennen: Sie waren gezwungen, weiße Armbinden zu tragen. Auf diese Menschen machte der wild johlende Mob Jagd. Die Opfer wurden erschlagen, ertränkt, erstochen: Frauen, Kinder, alte Männer. Löschteiche färbten sich rot, die Verfolgten wurden von Brücken in die Elbe gestürzt. Mehr als 80 Leichen barg man später in Meißen, Pirna und Bad Schandau aus der Elbe.

Wie üblich differiert die Zahl der Opfer je nach Quelle. Historiker schätzen sie auf mehr als 200. Die Zeitung „Rudé Právo“ (Rotes Recht) schrieb: „Der hinterhältige Angriff nazistischer Brandstifter in Aussig und die Berichte über das Wüten gemeiner deutscher Werwölfe erhalten ihre Antwort mit dem einmütigen zornigen

„Der hinterhältige Angriff nazistischer Brandstifter in Aussig und die Berichte über das Wüten gemeiner deutscher Werwölfe erhalten ihre Antwort mit dem einmütigen zornigen Aufschrei unseres ganzen Volkes: ‚Raus mit den Deutschen aus unserem Land. Mit eiserner Hand werden wir unser Grenzgebiet säubern.‘“

„Rudé právo“
Zentralorgan der
Kommunistischen Partei der
Tschechoslowakei.

gen Aufschrei unseres ganzen Volkes: „Raus mit den Deutschen aus unserem Land. Mit eiserner Hand werden wir unser Grenzgebiet säubern.“

Neun Wochen zuvor hatte Stabskapitän Bedrich Pokorný die Arbeiter des Rüstungswerkes Zbrojovka in Brünn gegen die Deutschen aufgehetzt. Binnen weniger Stunden zwangen die Arbeiter vorweg die Hälfte der deutschen Bevölkerung, 26.000 Menschen, ihre Häuser zu verlassen. Sie trieben sie in einem Elendszug „mit Peitschenhieben wie eine Herde Vieh“ auf die Grenze nach Österreich zu. Auf dem 80 Kilometer weiten Weg starben mindestens 2000 Menschen an Entkräftung, durch Schüsse oder Schläge ihrer Bewacher. Es blieb nicht bei diesem einen Elendszug. Weitere Todesmärsche von Brünn und die Jagd auf Deutsche in der Stadt forderten nach Unterlagen der Vertriebenen mehr als 8000 Opfer. Am Weg des Zuges standen alle paar Schritte Tschechen oder Russen, welche die Menschen mit Gewehrkolben oder Knuten weitertrieben: „Lauf, ihr Schweine, ihr deutschen Schweine.“ Den „Revolutionären Garten“ winkte reiche Beute: Land und Besitz der Deutschen.

An der Grenze zu Österreich verweigerten die Sowjets den Übertritt. Das Sterben ging weiter. Es ging auch in Österreich weiter, nachdem im Juni endlich die Grenze geöffnet worden war.

Edvard Benesch beeilte sich, Fakten zu schaffen. In mehreren Dekreten legt er fest, die Deutschen seien zu entrechten und zu enteignen, um jeden Preis. Das Amnestiegesetz vom Mai 1946 sicherte Straffreiheit für alle Unrechtstaten zu. Sie wurden eingestuft als Handlungen „im Kampfe um Wiedergewinnung der Freiheit“. So werden sie noch heute bewertet.

REICHENSPERGER

Politiker und Förderer des Kölner Doms

Das heute sichtbarste Zeichen des Wirkens von August Reichensperger ist zweifelsfrei der Kölner Dom. Dessen Bau begann 1248 und kam 1528 quasi zum Erliegen. Erst in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts kam es zu ernsthaften Bestrebungen, den Dom zu vollenden. Er galt nun über seine sakrale Bedeutung hinaus auch als Symbol für den ersehnten deutschen Nationalstaat. Reichensperger wandte sich 1840 mit einer Schrift mit dem Titel



August-Reichensperger-Statue des Bildhauers Hans-Otto Lohrengel im Oberlandesgericht Köln

„Einige Worte über den Dombau zu Köln, von einem Rheinländer an seine Landsleute gerichtet“ an die Öffentlichkeit. Fortan gehörte er zu denjenigen Persönlichkeiten, die, unter anderem mittels des 1842 gegründeten „Zentral-Dombau-Vereins zu Köln“ (ZDV), maßgeblich dafür sorgten, dass das Bauwerk 1880 fertiggestellt wurde.

Kunsthistorische Interessen pflegte Reichensperger ein Leben lang. Er publizierte ausgiebig und trat für stilgerechte Restaurierung ein.

Den Zeitgenossen war er aber mindestens ebenso als Parlamentarier ein Begriff. Der am 22. März 1808 in Koblenz geborene Jurist, der als Appellationsgerichtsrat in Köln tätig war, gehörte der Frankfurter Nationalversammlung, dem Erfurter Unionsparlament, dem preußischen Abgeordnetenhaus und dem Reichstag an.

Reichenspergers Hinwendung zur Politik und zum Katholizismus erfolgte vor allem durch die 1837 eskalierenden „Kölner Wirren“, die Auseinandersetzung des Erzbischofs mit Preußen. Das politische Engagement Reichenspergers, der vielfach mit seinem zwei Jahre jüngeren Bruder Peter zusammenwirkte, galt den Interessen des katholischen Volksteils und der Kirche, denen nicht nur die Berliner Führung misstrauisch gegenüberstand, was später im Kulturkampf gipfeln sollte.

1852 konstituierte sich im Abgeordnetenhaus die „katholische Fraktion“, aufgrund der herausragenden Rolle der Brüder auch „Fraction Reichensperger“ genannt. Sie gilt als Vorläufer der 1870 gegründeten Zentrumspartei.

Stets favorisierte der „Beutepreuße“ – das Rheinland gehörte erst ab 1815 zum Königreich – die großdeutsche Lösung unter Einschluss Österreichs. Nach der – kleindeutschen – Reichsgründung verlor er an Einfluss, in der Partei dominierte nun Ludwig Windhorst. In seinem Todesjahr verlieh die Stadt Köln Reichensperger die Ehrenbürgerwürde. Dort ist er vor 125 Jahren, am 16. Juli 1895, gestorben.

Erik Lommatzsch



Auf der Elbbrücke in Aussig: Gedenktafel an das Massaker vom 31. Juli 1945

Foto: SchiDD

VON DAGMAR JESTRZEMSKI

Dem deutschen Wald geht es so schlecht wie wohl kaum jemals seit Menschengedenken. Ende Mai wurde über die regionalen Rundfunksender das ARD-Radiofeature „Das neue deutsche Waldsterben“ übertragen. In den Fokus kam eine Katastrophe, die in der breiten Öffentlichkeit bislang noch kaum wahrgenommen wird.

Aufgrund der geringen Niederschläge und rapide gesunkener Grundwasserspiegel sollen bereits 110.000 Hektar Wald abgestorben sein. Ursache ist die Dürre im dritten Jahr in Folge. Nicht wenige Beobachter beschleicht schon die Befürchtung, dass wir womöglich aus der Situation nicht mehr herauskommen. Was aber ist zu tun? Geld allein hilft nicht weiter. Wer bei dieser Horrervorstellung reflexartig wieder nur auf den globalen Klimawandel verweist, übersieht leider die direkt vor Ort stattfindenden menschlichen Eingriffe in das global-atmosphärische System der Wasserkreisläufe und deren Folgen.

Solange die Wasserkreisläufe intakt sind, bescheren sie Mensch und Natur trotz gewisser Schwankungen ausreichende Niederschläge und umweltverträgliche Grundwasserstände. Bereits seit Jahrzehnten sind aber die Grundwasserspiegel schleichend und zuletzt rapide gesunken. Wenn die Ökosysteme jetzt an Wasserknappheit leiden, sollte das als allerletzte Mahnung dienen, um im Sinne der Natur „vernetzt zu denken“. Bekanntlich gehört die Funktionsweise der miteinander vernetzten Wasserkreisläufe zum Wissensstoff der Grundschule. Vernetzt zu denken, lernt man aber nicht einmal auf der Universität. So haben wir viel Zeit verloren – Zeit, die wir offensichtlich nicht mehr haben.

Meteorologin: „Es ist wie verhext“

CO₂-Emissionen einzusparen mag überaus wichtig sein. Wer aber die Windenergie propagiert, weist die Tatsache der unbeabsichtigten Nebenwirkungen zurück. Die permanente Abschöpfung von kinetischer Energie aus der Atmosphäre provoziert eine Schwächung des Windsystems, was bereits zur Änderung des Wettersystems „direkt vor der Haustür“ führte. Wenn man zur CO₂-Einsparung die Windkraft immer weiter vorantreibt, wäre letztendlich das Gegenteil von der erhofften Wirkung erreicht: Die Niederschläge heranführenden Tiefdruckgebiete im Nordatlantik würden das nordwesteuropäische Festland noch seltener erreichen, als bisher schon im Sommerhalbjahr der Fall, und noch öfter in Richtung Skandinavien abdrehen.

Dieses sich wiederholende Phänomen verleitete im Dürrejahr 2018 eine TV-Meteorologin zu dem Ausspruch: „Es ist wie



Von Trockenheit geschwächt werden die Bäume schließlich von Schädlingen ruiniert: Tote Fichten im Sauerland, Mai 2020

Foto: pa

DRITTES DÜRREJAHR

Dem deutschen Wald geht das Wasser aus

110.000 Hektar sollen bereits abgestorben sein. Mitschuld ist auch die viel gepriesene Windkraft. Doch der Grundwasserspiegel sinkt bereits seit Jahrzehnten – zuletzt allerdings rapide

verhext.“ Zudem ist durch Onshore-Windenergie je nach Ausbaustufe ein Temperaturanstieg nachgewiesen.

Die Wetter-Auswirkungen der Windturbinen sind vielfältig, wie neue Studien aus den USA und China gezeigt haben. Die PAZ berichtete darüber in Nr. 4/2020. In Deutschland, wo die Windkraft im Verhältnis zur Fläche weltweit am stärksten ausgebaut ist, finanzierte das Bundeswirtschafts- und Energieministerium bisher zwei große Forschungsvorhaben, um zu untersuchen, wie sich die Windbedingungen in der Deutschen Bucht ändern, wenn die Offshore-Windenergie weiter stark ausgebaut wird wie geplant.

An dem noch bis 2022 laufenden Großforschungsprojekt X-Wakes zur Windenergie-Nutzung in der Deutschen Bucht sind auch die Energiekonzerne innogy SE, Vattenfall, RWE Renewables, Nordsee One GmbH und Tennet TSO beteiligt. Vorrangig geht es dabei um die Standortwahl. Offshore „werden die

Windparks meist in Gruppen, sogenannten Windparkclustern, gebaut. Solche Cluster können aus mehreren hundert Windturbinen bestehen“, heißt es da. „Im Windschatten hinter den Anlagen entstehen Nachlaufströmungen mit geringerer Windgeschwindigkeit und stärkeren Turbulenzen, während stromaufwärts der Wind durch Vorstaueffekte (ebenfalls) reduziert wird“, heißt: aufgestaut.

Lieber glauben statt wissen?

Dies geschieht, wenn der Wind auf die rotierende Turbine mit einem Durchmesser von 160 Metern prallt. Auf der Leeseite der Turbinen fehlen dann ausgleichende Strömungen in der Grenzschicht der Atmosphäre (bis 1000 Meter Höhe). Es ist daher folgerichtig anzunehmen, dass die Komplexität dieser riskanten Faktoren, je nach dem meteorologischen Umfeld, nicht nur die statischen Wetterlagen begünstigt, die uns die wochen- und monatelangen Hochdruckgebiete bescheren,

sondern auch zum Abdriften der Tiefdrucksysteme vom Festland beiträgt. Da ein umfassendes Verständnis dieser Vorgänge aber bisher fehlt, nutzt die Windbranche diese faktische Leerstelle empirischen Wissens, um weiter mit politischem Rückenwind den Ausbau der Windenergie an Land und auf dem Meer zu betreiben.

Das 2019 beendete Projekt unter dem Kürzel WIPAFF (Forschungsprojekt Windpark-Fernfeld) sollte auch Aufschluss zu den „Wechselwirkungen Windkraft und lokales Klima“ geben. Nach einschlägigen Ergebnissen recherchiert man jedoch vergebens. Der MDR berichtete am 24. Juli 2019 online über das Projekt: „Die größten Windparks von Deutschland stehen draußen vor der Küste im Meer. Nebeneffekt: Hinter dem Rotor wird die Luft ausgebremst. Aber wie stark ist der Effekt, wollten Forscher wissen. Ergebnis: Noch in 50 Kilometern Entfernung war die Bremswirkung messbar. Allerdings je nach Wetterlage sehr unterschiedlich.“

Zwei beteiligte Forscher, ein Leipziger Meteorologe und ein Ingenieur von der hauptsächlich beteiligten Technischen Uni Braunschweig, erklärten gegenüber dem Sender, sie glaubten aber nicht, dass durch die ausgebremste Luft eine Auswirkung auf Wetter und Klima bestünde.

Die beiden Wissenschaftler „glauben“ also nicht an einen Wetter-Einfluss von immer mehr, immer höheren und größeren Windturbinen auf der Nordsee, welche den heranziehenden Tiefs gleich wirbelnden Gebirgszügen große Mengen an Energie und Niederschlägen entziehen, bevor sie, wenn überhaupt, das Festland erreichen. Die US-Wissenschaftlerin Cristina L. Archer berechnete allerdings 2017/18 den Einfluss vieler Windparks auf eine deutliche Abschwächung von Hurrikanen im Golf von Mexiko und einen Verlust der Niederschlagsmengen von bis zu 30 Prozent über der See im Bereich der Windparks. In Deutschland verlässt man sich dagegen lieber auf Meinungen.

UMWELTZERSTÖRUNG

Es fehlt an Mut und Willen

Auch die starke Veränderung der Landschaften lässt die Böden zunehmend austrocknen

Auch die industrielle Landwirtschaft, die fortschreitende Flächenversiegelung, die Begradigung von Fließgewässern und die Trockenlegung von Feuchtgebieten haben in den vergangenen Jahrzehnten wesentlich zu dem ökologischen Notstand mit geringer Verdunstung, sinkenden Niederschlagsmengen und seit Jahren ausbleibendem Landregen beigetragen.

Im Jahre 1987 stellte der Biochemiker und Systemforscher Frederic Vester (1925–2003) in seinem einzigartigen illustrierten Bildband „Wasser = Leben. Ein kybernetisches Umweltbuch mit 5 Kreisläufen des Wassers“ fest, dass der Grundwasserspiegel in Deutschland bereits „auf ein gerade noch vertretbares Niveau“ ab-

gesunken war. Weiter schrieb Vester, den man auch den „Vater des vernetzten Denkens“ nennt: „An einer Reihe von Beispielen sehen wir, wie wichtig es ist, die natürlichen Kreisläufe des Wassers zu beachten, nicht willkürlich und unbedacht in das vernetzte Gefüge der Biosphäre einzugreifen.“

Alte Erkenntnisse blieben ungehört

Weiter schreibt Vester: „Je stärker wir in dieses komplexe, vernetzte System eingreifen, desto schwererwiegend sind die Folgen. Wenn wir daher an den vielfältigen Diensten des Wassers weiterhin teilhaben wollen, hilft gar nichts anderes, als zu lernen, weit klüger mit ihm umzuge-

hen, als wir es heute tun.“ Es ist erschütternd, dass wir heute, nach 33 Jahren, weiter davon entfernt sind als je zuvor. In seiner Rezension des Buches schrieb Vitus B. Dröschner in der „Zeit“: „Wer dieses Experimentierbuch zur Hand nimmt, begreift erheblich mehr über die großen und kleinen Kreisläufe des Wassers in der Natur, über Umweltzerstörung und zukunfts bewahrende Schutzmaßnahmen als Tausende von Politikern, Fabrikdirektoren, Ingenieuren, Chemikern, Architekten und Agronomen in den Chefetagen der Konzerne und Rathäuser, die jene unheilvollen Umweltschäden angerichtet haben ... eben aus Unwissenheit oder Profitgier.“ Der unabhängige britische Naturwissen-

schaftler und Erfinder James Lovelock (geboren am 26. Juli 1919) hinterlässt der Nachwelt eine fast gleichlautende Mahnung.

1971 leistete Lovelock mit seinen Messungen zur Verbreitung von FCKW in der Erdatmosphäre einen wichtigen Beitrag zur Rettung der Ozonschicht. In einem Interview des „Spiegel“ (Ausgabe 5/2020) erklärte der 100-jährige Umweltforscher kürzlich: „Wir verstehen bei unseren Eingriffen in die Biosphäre nicht gut genug, was wir tun. Es gibt immer unbeabsichtigte Nebenwirkungen. Leider ist das derzeitige Wissenschaftssystem nicht darauf ausgerichtet, die Gesamtzusammenhänge zu verstehen. Auf den Universitäten ler-

nen die Studenten nur, wie man ein Examen macht.“

Neue Dimension des Eingriffs

Allgemein gilt die fortschreitende Umwandlung von natürlichen Systemen in degradierte Flächen als schwerstwiegender menschlicher Eingriff in die Biosphäre (Erde und Atmosphäre). Eine neue Dimension der Eingriffe in die Biosphäre betrifft die globale, permanente Abschöpfung von Windenergie. Wegen der europaweiten Dürre müsste hierzu endlich unabhängige, länderübergreifende Forschung ermöglicht werden und eine internationale Fachkonferenz stattfinden. Bisher fehlt es aber an politischem Mut und Willen. D.J.



ALLENSTEIN

Regenbogenfarben vor dem Rathaus

Landesweite Proteste gegen „homophobe“ Äußerungen von Staatspräsident Andrzej Duda

VON DAWID KAZANSKI

Vor der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen hatte der Amtsinhaber Andrzej Duda, der von der konservativen Regierungspartei Recht und Gerechtigkeit (PiS) unterstützt wird, bei einer der Wahlkundgebungen für Aufruhr gesorgt, als er die sexuellen Minderheiten der sogenannten LGBT-Bewegung als reine Ideologie bezeichnete und sagte, sie seien keine Menschen. Die Worte des Staatsoberhauptes lösten eine Welle der Kritik, Proteste und Demonstrationen der LGBT-Gemeinschaft und des ihr nahestehenden Teils der Gesellschaft aus.

Ende Juni fand vor dem Allensteiner Rathaus eine Protestkundgebung gegen Diskriminierung unter dem Motto „Menschenrechte sind keine Ideologie“ statt. Die Demonstration wurde von vier lokalen politischen Gruppen organisiert, dem „Komitee zur Verteidigung der Demokratie“, dem „Allensteiner Gleichheitsmarsch“, der „Jugendorganisation der Grünen“ und der Partei „Linke Gemeinsam“. Über 100 meist junge Menschen kamen zur Demonstration. Die Demonstranten brachten Plakate sowie Schilder mit verschiedenen Parolen mit wie „Dialog statt Hass“, „Liebe ist das Letzte, was man uns verbieten sollte“ oder „Jeder ist anders, alle sollen gleichberechtigt sein“.

Zu Beginn ergriff Marta Kaminska das Wort, eine Aktivistin des „Komitees zur Verteidigung der Demokratie“. „Wir möchten unsere Solidarität mit der LGBT-Gemeinschaft zeigen. Das ist nicht irgendeine Ideologie, das sind unsere Verwandten, unsere Freunde, unsere Familienmitglieder, unsere Mitbürger. Und es lohnt sich, daran zu erinnern, dass es im Laufe der Geschichte immer wieder unterschiedliche Meinungen darüber gegeben hat, dass Menschen nicht gleich sind. Und wozu das geführt hat, wissen wir alle sehr gut. Diskriminierung beginnt oft da-



Demonstration in Allenstein: Vor allem junge Menschen waren empört über Dudas Äußerungen

Foto: D.K.

mit, dass man behauptet, jemand sei schlimmer als man selbst. Und heute wird versucht, uns das einzureden. Und das dürfen wir nicht zulassen“.

Agata Szerszeniewicz, Mitorganisatorin des „Allensteiner Gleichheitsmarsches“ und Mitglied der Partei „Linke Gemeinsam“, erinnerte daran, dass Polen in einem im Mai vom Dachverband der Lesben-, Schwulen-, Bisexuellen-, Trans- und Intersexuellenorganisationen ILGA veröffentlichten Bericht den letzten Platz unter den EU-Ländern einnimmt, wenn es um die Gleichstellung im Hinblick auf die sexuelle Orientierung und die Beachtung von Rechten sexueller Minderheiten geht. „Nach den Worten von rechtsge-

richteten Politikern, darunter auch Präsidentschaftskandidat Duda, dass LGBT-Leute keine Menschen, sondern eine Ideologie seien, haben wir es mit Entmenslichung zu tun. Gleichzeitig wurden wir gestern darüber informiert, dass ein weiterer Jugendlicher wegen Verfolgung aufgrund der sexuellen Orientierung Selbstmord begangen hat“, fügte Szerszeniewicz hinzu.

Die Demonstration in Allenstein verlief friedlich, es gab keine Zwischenfälle. Inzwischen wurde der erste Wahlgang, wie vorhergesagt, vom amtierenden Präsidenten Duda gewonnen. Er hat jedoch keine absolute Mehrheit erhalten und muss in der Stichwahl gegen den Kandi-

daten Rafal Trzaskowski von der „Bürgerplattform“ antreten.

Was die sexuellen Minderheiten betrifft, so stellte Duda klar, dass die Familie eine Beziehung ausschließlich zwischen Mann und Frau sein dürfe. Er stellt sich damit entschieden gegen seinen Konkurrenten, denn Trzaskowski ist bekannt für seine Unterstützung der LGBT-Gemeinschaft. Als Bürgermeister von Warschau unterzeichnete er 2019 die LGBT-Charta, in deren Rahmen eine Reihe von Maßnahmen zur Bekämpfung der Homophobie ergriffen wurde.

Am 12. Juli wird sich herausstellen, wer das Amt des Präsidenten für die nächsten fünf Jahre innehaben wird.

● MELDUNGEN

Uniausbildung für Schwestern

Lyck – In Lyck läuft zurzeit das Anmeldeverfahren für die Krankenschwestern-Ausbildung. Diese ist ein neuer Bereich in der Lycker Niederlassung der Ermlandisch-Masurischen Universität, über die noch der Minister für Wissenschaft und das Höhere Schulwesen sowie der Gesundheitsminister entscheiden müssen. Dann können in Lyck neue Krankenschwestern examiniert werden. Die Ausbildung erfolgt ab dem neuen Jahr auf wissenschaftlicher Basis. In der Lycker Universitäts-Niederlassung sind schon Anatomie- und vier Vorlesungssäle vorbereitet worden. PAZ

Galinde als Pforte Masurens

Johannisburg – Der Hafen am Gluss Galinde hat die Chance, ein neues „Paradies für Aktive“ zu werden. In der Nachbarschaft der Überreste der Ordensburg soll für Wassersportbegeisterte ein Wasserweg von den Großen Masurischen Seen aus beginnen und enden. Die Stadt Johannisburg will bald das Ufer des Flusses bewirtschaften und den Park im Bereich der früheren Ordensburg verschönern. An den Wanderwegen sollen Tafeln Erläuterungen zum Burghügel, zur Freilegung und Konservierung erhaltener unterirdischer Mauern und Fundamente bieten. Da, wo früher der Verteidigungsturm stand, soll ein Aussichtsturm entstehen. Johannisburg liegt im Herzen der „grünen Lunge“ der Republik Polen, in welcher der Umweltschutz hohe Priorität hat. Der städtische Park soll in drei Bereiche mit verschiedenen Gehölzen eingeteilt werden. Im Hafen warten 36 Plätze auf das Festmachen von Kajaks und Motorbooten. Das Konzept zur Entwicklung von Johannisburg sieht auch den Bau einer Hafen-Taverne vor. PAZ

REFERENDUM IN KÖNIGSBERG

Die Mehrheit stimmte für Putin

Die Abstimmung erfolgte unter verschärften Hygienebedingungen – Niedrige Wahlbeteiligung in Königsberg und im gesamten Gebiet

Im Königsberger Gebiet sind die Stimmen des Referendums über die Verfassungsänderung, die eigentlich bereits am 22. April stattfinden sollte, ausgezählt. Da das Referendum wegen der Corona-Krise verschoben werden musste, hatte Präsident Putin den 1. Juli als Abstimmungsdatum festgesetzt. Die Änderungen im Verfassungstext sind recht bedeutsam und betreffen verschiedene Aspekte des öffentlichen Lebens. Insgesamt wurden etwa 200 Änderungsanträge eingereicht.

Äußerst umstritten war der Vorschlag zur sogenannten Aufhebung der Amtszeit des Präsidenten. Es geht um die Änderung von Artikel 81 „Über das Verfahren zur Wahl des Präsidenten der Russischen Föderation“. In der neuen Fassung heißt es, dass ein und dieselbe Person das Amt des Präsidenten nicht länger als zwei Amtszeiten innehaben darf, aber bei dieser Bestimmung wird die Anzahl der Amtszeiten Putins nicht gezählt. In

der neuen Fassung heißt es beispielsweise, dass der Präsident nicht nur das Recht hat, bei Sitzungen der Regierung der Russischen Föderation den Vorsitz zu führen, sondern auch die „allgemeine Leitung“ des Ministerkabinetts auszuüben. Artikel 79 schlägt vor, dass die Bestimmungen der russischen Verfassung Vorrang vor den Bestimmungen internationaler Verträge haben. Dies gilt für Entscheidungen zwischenstaatlicher Organe für den Fall, dass sie dem Grundgesetz widersprechen.

Der Abstimmungsprozess und seine Vorbereitung erfolgten im Königsberger Gebiet nach einem anderen Verfahren als sonst bei Wahlen üblich. So gab es nicht nur einen Wahltag, sondern jeder konnte einen beliebigen Tag in der Woche vom 25. Juni bis zum 1. Juli für die Abgabe seiner Stimme wählen. Darüber hinaus stimmten Menschen über 65 Jahren wegen der Corona-Beschränkungen nicht in



Werbung für das Referendum: Plakat in Königsberg

Foto: J.T.

den Wahllokalen ab, sondern zu Hause. Die Wahlkommission erhielt über 20.000 entsprechende Anträge.

In diesem Fall suchten Vertreter der Wahlkommissionen in Schutzkleidung

und unter Einhaltung aller sanitären Anforderungen mit einer tragbaren Urne den Bürger an seinem Wohnort auf. Der Abstimmungsprozess verlief so berührungslos wie möglich. Der Bürger legte seinen Reisepass vor und hielt dabei eine hygienische Distanz ein. Danach übergab ein Mitglied der Bezirkskommission dem Bürger berührungslos ein Wahlset für die Abstimmung zu Hause, das einen Stimmentzettel, eine Schutzmaske, Handschuhe, einen Stift und ein Antragsformular für die Abstimmung zu Hause enthielt. Die Mitglieder der Kommission und die Beobachter hielten während der Abstimmung einen Sicherheitsabstand ein. Auch die Bezirkskommissionen führten Abstimmungen in mobilen Gruppen in Siedlungen durch, in denen es nicht die notwendigen Räumlichkeiten gibt oder die Verkehrsverbindung schwierig ist.

Die Wahlbeteiligung im Königberger Gebiet war neben Moskau, wo nur 45 Pro-

zent der Wahlberechtigten teilnahmen, eine der niedrigsten in der Russischen Föderation. Die höchste Wahlbeteiligung in der Region gab es in Palmnicken, Tilsit und Rauschen. Dort wurde die größte Zustimmung zur Verfassungsänderung verzeichnet: in Tilsit 86 Prozent, in Palmnicken 80 Prozent.

Übrigens wurde bei einem Mitglied der Bezirkswahlkommission in Pillau das Coronavirus bestätigt, sodass die Mitglieder der Kommission, die mit dem Erkrankten in Kontakt kamen, durch einen Reserveausschuss ersetzt werden mussten. Die Wahlbeteiligung im Königsberger Gebiet lag bei 56,4 Prozent. Für die Verfassungsänderungen stimmten 72,15 Prozent der Wähler, 27 Prozent stimmten den Änderungen nicht zu. Zum Vergleich: Die durchschnittliche Wahlbeteiligung in Russland betrug 68 Prozent, wobei 78 Prozent für die Änderungen stimmten. Jurij Tschernyschew

Wir gratulieren...



ZUM 103. GEBURTSTAG

Behrendt, Hedwig, geb. **Zich**, aus Wehlau, am 10. Juli

ZUM 100. GEBURTSTAG

Friedrich, Helene geb. **Wriedt**, aus Keilern (Kamien), Kreis Sensburg, am 15. Juli
Masuhr, Hans, aus Lindenfließ, Kreis Lyck, am 12. Juli
Rosan, Otto, aus Sagsau, Kreis Neidenburg, am 11. Juli

ZUM 99. GEBURTSTAG

Aukthun, Liesbeth, geb. **Gutzeit**, aus Weißensee, Kreis Wehlau, am 10. Juli
Becker, Ilse, geb. **Stein**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 13. Juli
Kilanowski, Erika, geb. **Brunn**, aus Lyck, am 10. Juli
Krewald, Gertrud, geb. **Kalinowski**, aus Langsee, Kreis Lyck, am 11. Juli
Schmidt, Renate, geb. **Joschek**, aus Vierbrücken, Kreis Lyck, am 14. Juli
Vorberg, Ruth, geb. **Klein**, aus

Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 12. Juli

ZUM 98. GEBURTSTAG

Zerkowski, Norbert, aus Lyck, Am Rathaus 2, am 15. Juli

ZUM 97. GEBURTSTAG

Kowalewski, Dr. Karl, aus Neuen-dorf, Kreis Lyck, am 13. Juli
Suchalla, Berta, geb. **Kopka**, aus Hamerudau, Kreis Ortelsburg, am 14. Juli

ZUM 96. GEBURTSTAG

Berger, Hildegard, geb. **Bunschei**, aus Lyck, am 11. Juli
Rogowski, Hans, aus Lyck, am 12. Juli

ZUM 95. GEBURTSTAG

Brosda, Klara, geb. **Zoels**, aus Fro-ben, Kreis Neidenburg, am 16. Juli
Glasauer, Edith, aus Langheide, Kreis Lyck, am 14. Juli
Kaminski, Horst, aus Ruß, Kreis Heydekrug, am 14. Juli
Kolenda, Gerda, geb. **Gedaschke**, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 16. Juli
Methfessel, Friedel, geb. **Alexey**, aus Gorlau, Kreis Lyck, am 15. Juli

Meyer, Herta, aus Stettenbach, Kreis Lyck, am 13. Juli
Piekatz, Oskar, aus Nareythen, Kreis Ortelsburg, am 13. Juli
Timm, Eva, geb. **Motzkau**, aus Groß Engellau, Kreis Wehlau, am 14. Juli
Wietrzychowski, Elise, geb. **Fischer**, aus Pobethen, Kreis Fischhausen, am 12. Juli

ZUM 94. GEBURTSTAG

Hein, Liesbeth, geb. **Kowalzig**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 16. Juli
Hoffmann, Siegfried, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 10. Juli
Lullies, Meta, geb. **Beckert**, aus Langsee, Kreis Lyck, am 14. Juli
Merchel, Reinhold, aus Skottau, Kreis Neidenburg, am 14. Juli
Raddeck, Elsa, geb. **Strewinski**, aus Moterau, Kreis Wehlau, am 14. Juli
Reimer, Egon, aus Oswald, Kreis Elchniederung, am 11. Juli

ZUM 93. GEBURTSTAG

Bojarzin, Bruno, aus Großheide-nau, Kreis Ortelsburg, am 11. Juli
Hundsдörfer, Helmut, aus Pelke-ninken, Kreis Wehlau, am 12. Juli
Janz, Erwin, aus Warschfelde, Kreis Elchniederung, am 14. Juli
Jordan, Charlotte, geb. **Reuter**, aus Kinderhausen, Kreis Ebenro-de, am 14. Juli
Krieger, Ursula, geb. **Sindakowski**, aus Kuckerneese, Kreis Elch-niederung, am 10. Juli
Kuczinski, Heinz, aus Auglitten, Kreis Lyck, am 14. Juli
Reinelt, Hildegard, geb. **Hübner**, aus Treuburg, am 10. Juli
Schröder, Christel, geb. **Schwendtner**, aus Tilsit, am 14. Juli
Schummek, Gertrud, geb. **No-witzki**, aus Bunhausen, Kreis Lyck, am 15. Juli
Utecht, Ilse, geb. **Keding**, aus Trankwitz, Kreis Fischhausen, am 16. Juli
Weber, Christel, geb. **Laupsien**, aus Seesken, Kreis Treuburg, am 12. Juli

ZUM 92. GEBURTSTAG

Ambrosius, Erich, aus Buschfel-de, Kreis Ebenrode, am 14. Juli
Baethcke, Gerda, geb. **Petereit**, aus Großwalde, Kreis Elchniede-rung, am 12. Juli
Beyenbach, Inge, geb. **Ohlemey-er**, aus Lyck, Hindenburgstraße 54a, am 11. Juli
Creuzer, Jutta, aus Königsberg, am 12. Juli
Czernetzki, Lieselotte, aus Lich-tenfeld, Kreis Heiligenbeil, am 10. Juli
Drott, Maria, geb. **Goldmann**, aus Wittenwalde, Kreis Lyck, am 10. Juli
Herold, Gotthold, aus Theer-wisch, Kreis Ortelsburg, am 11. Juli
Jaros, Ruth, geb. **Litzbarski**, aus Stobingen, Kreis Elchniederung, am 15. Juli
Keller, Benno, aus Klein Marien-walde, Kreis Elchniederung, am 12. Juli
Klimmek, Ulrich, aus Muschaken, Kreis Neidenburg, am 13. Juli
Klinger, Hans, aus Ellerbach, Kreis Ebenrode, am 13. Juli
Knorr, Erika, aus Seerappen, Kreis Fischhausen, am 10. Juli
Machel, Margerete, geb. **Brehm**, aus Weidenkreuz, Kreis Ebenrode, am 13. Juli

Pernak, Ingeborg, geb. **Fischer**, aus Wiesengrund, Kreis Lyck, am 15. Juli
Posdziech, Traute, geb. **Soltek**, aus Farienen, Kreis Ortelsburg, am 15. Juli
Riedel, Gerhard, aus Lesgewan-gen, Kreis Tilsit-Ragnit, am 16. Juli
Schmeer-Asp, Ingrid, geb. **Schmeer**, aus Wehlau, am 11. Juli

ZUM 91. GEBURTSTAG

Bahlo, Dorothea, geb. **Kleppek**, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 10. Juli
Dzikonski, Werner, aus Eichhorn, Kreis Treuburg, am 10. Juli
Engel, Traute, geb. **Ritter**, aus Ni-ckelsdorf, Kreis Wehlau, am 12. Juli
Gülich, Edith, geb. **Kenzler**, aus Neukuhren, Kreis Fischhausen, am 10. Juli
Gwiasda, Helene, geb. **Jedamski**, aus Burdungen, Kreis Neidenburg, am 12. Juli
Höckendorff, Erika, geb. **Sze-zienski**, aus Friedrichsthal, Kreis Ortelsburg, am 14. Juli
Jacob, Wolfgang, aus Groß Allen-dorf, Kreis Wehlau, am 15. Juli
Janßen, Elly, geb. **Wierostek**, aus Pilgramsdorf, Kreis Neidenburg, am 11. Juli
Klose, Brigitte, geb. **Hein**, aus Au-gam, Kreis Preußisch Eylau, am 12. Juli
Korsch, Helmut, aus Treuburg, am 10. Juli
Kühn, Lydia, geb. **Rimkus**, aus Löffkeshof, Kreis Tilsit-Ragnit, am 12. Juli
Lee, Christel, geb. **Schwan**, aus Elbings Kolonie, Kreis Elchniede-rung, am 11. Juli
Malso, Paul, aus Gusken, Kreis Lyck, am 11. Juli
Palloks, Martin, aus Jägerhöf, Kreis Elchniederung, am 11. Juli
Schaper, Irmgard, geb. **Trojan**, aus Treuburg, am 15. Juli
Schulz, Brunhild, geb. **Titt**, aus Großwalde, Kreis Elchniederung, am 16. Juli
Sowa, Erika, geb. **Olk**, aus Rauch-ken, Kreis Ortelsburg, am 14. Juli
Unruh, Elfriede, aus Grünlinde, Kreis Wehlau, am 10. Juli
Von Mickwitz, Gerhard, aus Reuß, Kreis Treuburg, am 13. Juli
Walendy, Arno, aus Haasenberg, Kreis Ortelsburg, am 16. Juli

ZUM 90. GEBURTSTAG

Birkner, Brigitte, aus Struben, Kreis Neidenburg, am 14. Juli
Drews, Renate, geb. **Kreischatus**, aus Plötzendorf, Kreis Lyck, am 14. Juli
Gering, Ilse, geb. **Dziedo**, aus Schelasken, Kreis Lyck, am 13. Juli
Groß, Willi, aus Wartenhöfen, Kreis Elchniederung, am 13. Juli
Hass, Irmgard, geb. **Osenger**, aus Keipern, Kreis Lyck, am 10. Juli
Herzke, Irmgard, aus Heldenfel-de, Kreis Lyck, am 14. Juli
Koppenhagen, Felicitas, geb. **Dreyer**, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 11. Juli
Kulessa, Edith, geb. **Michalski**, aus Eichhorn, Kreis Treuburg, am 14. Juli
Lange, Erwin, aus Ruckenhagen, Kreis Elchniederung, am 15. Juli
Lojewski, Ursula, geb. **Konetzka**, aus Deutschheide, Kreis Ortels-burg, am 15. Juli
Looman, Irene, geb. **Donder**, aus Seebrücken, Kreis Lyck, am 13. Juli
Nowiński, Inge, geb. **Krosta**, aus Fröhlichshof, Kreis Ortelsburg, am 11. Juli



Historische Paddeltour Fröhlicher Ausflug auf der Alten Gilge in Skuldeinen, im Hintergrund ist der Hof der Familie Kleinert zu sehen. Im Padelboot links: Gertrud Tarowsky und Postmeister P.A. Weiß, im Padelboot rechts: Anna Olk und Bankrat Sorge, alle aus Kaukehmen.
Foto: Bildarchiv Ostpreußen

Powierski, Alfred, aus Buschwal-de, Kreis Neidenburg, am 16. Juli
Sanden, Horst, aus Neidenburg, am 15. Juli
Schauf, Gisela, geb. **Denkmann**, aus Dünen, Kreis Elchniederung, am 11. Juli
Schmidt, Gerda, geb. **Gronau**, aus Kuglacken, Kreis Wehlau, am 12. Juli
Tiedemann, Helmut, aus Gilken-dorf, Kreis Elchniederung, am 12. Juli

ZUM 85. GEBURTSTAG

Bartkowski, Gerhard, aus Nei-denburg, am 12. Juli
Behmann, Karla, geb. **Hübner**, aus Grüneberg, Kreis Elchniede-rung, am 11. Juli
Bollmann, Wendelgard, geb. **Ka-esler**, aus Silberbach, Kreis Moh-rungen, am 10. Juli
Dalaff, Manfred, aus Worschie-nen, Kreis Preußisch Eylau, am 12. Juli
Doerks, Manfred, aus Lyck, am 11. Juli
Friederici, Ilse, aus Steintal, Kreis Neidenburg, am 13. Juli
Hartje, Ingrid, aus Tusseinen, Kreis Tilsit-Ragnit, am 12. Juli
Heinrich, Hildegard, geb. **Grimm**, aus Sköpen, Kreis Elchniederung, am 15. Juli
Heldt, Herbert, aus Rothenen, Kreis Fischhausen, am 10. Juli
Hofer, Hans, aus Lengfriede, Kreis Ebenrode, am 11. Juli
Hohmann, Elfriede, geb. **Preuß**, aus Auglitten, Kreis Lyck, am 12. Juli
Kärner, Helga, geb. **Simoleit**, aus Insterburg, am 16. Juli
Klisch, Ilse, geb. **Raudies**, aus Ei-benau, Kreis Treuburg, am 14. Juli
Krawelitzki, Hugo, aus Lyck, am 12. Juli
Lauer, Karin, geb. **Glagau**, aus Neukuhren, Kreis Fischhausen, am 11. Juli
Otto, Elfriede, geb. **Spieß**, aus Birkenmühle, Kreis Ebenrode, am 15. Juli
Rehfeld, Gerhard, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 13. Juli
Rudolf, Ingrid, geb. **Pinkel**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 11. Juli
Schneidereit, Waldo, aus Grün-

wiese, Kreis Heiligenbeil, am 16. Juli
Schubert, Gernot, aus Lyck, am 15. Juli
Seitz, Ilse, geb. **Wegner**, aus Al-lenburg, Kreis Wehlau, am 10. Juli
Sokolowski, Nortrud, Kreisge-meinschaft Lyck, am 11. Juli
Sopha, Ursula, geb. **Bolowski**, aus Metgethen, Kreis Fischhau-sen, am 15. Juli
Stankewicz, Stanislaw, aus Lyck, am 10. Juli
Willmann, Elfriede, geb. **Pom-per**, aus Cranz, Kreis Fischhau-sen, am 12. Juli
Wolf, Christel, geb. **Fedder**, aus Fischhausen, am 15. Juli
Zimmermann, Hans-Joachim, aus Schanzenkrug, Kreis Elchnie-derung, am 13. Juli

ZUM 80. GEBURTSTAG

Harms, Grita, geb. **Steffeck**, aus Reinkental, Kreis Treuburg, am 10. Juli
Hild, Dr. Albrecht, aus Kassuben, Kreis Ebenrode, am 10. Juli
Kraska, Brigitte, geb. **Wittkow-ski**, aus Strauchwitz, Kreis Ortels-burg, am 14. Juli
Küster, Karin, geb. **Krause**, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 16. Juli
Matschulat, Siegmар, aus Wald-heide, Kreis Tilsit-Ragnit, am 10. Juli
Schikowsky, Hartmut, aus Frit-schienen, Kreis Wehlau, am 11. Ju-li
Wedler, Ulrich, aus Neulinkuh-nen, Kreis Elchniederung, am 10. Juli
Zielinski, Gerhard, aus Wachau, Kreis Sensburg, am 14. Juli

ZUM 75. GEBURTSTAG

Bödder, Walter, aus Groß Mi-chelau, Kreis Wehlau, am 13. Juli
Herrenberg, Rosemarie, geb. **Neumann**, aus Kallehnen, Kreis Wehlau, am 15. Juli
Nitt, Klaus, aus Gauleiden, Kreis Wehlau, am 11. Juli
Pohl, Renate, geb. **Dybus**, aus Schwalgenort, Kreis Treuburg, am 15. Juli

Termine der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. im Jahr 2020

Der Festakt „100 Jahre Volksabstimmung“ in Allen-stein und das **Ostpreußische Sommerfest** in Wuttrienen im Juli sowie das **Geschichts-seminar in Helmstedt** mussten leider wegen der Corona-Pan-demie abgesagt werden (siehe dazu auch den unten rechts auf dieser Seite stehenden Kasten).

Weiterhin geplant sind...

5. bis 11. Oktober: Werk-woche in Helmstedt
17. Oktober: 10. Deutsch-Russisches Forum in Lüneburg (geschlossener Teilnehmerkreis)
6. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzen-den der LO (geschlossener Teilnehmerkreis)
7./8. November: Ostpreußi-

sche Landesvertretung (ge-schlossener Teilnehmerkreis)
8. bis 11. November: Kultur-historisches Seminar in Helm-stedt

Bitte vormerken für 2021
Jahrestreffen der Ost-preußen, 5. Juni 2021, CongressPark Wolfsburg

Wegen der Corona-Krise kann es auch weiterhin zu Absagen einzelner Veranstal-tungen kommen. Bitte infor-mieren Sie sich vorab bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Tel.: (040) 41400826, E-Mail: info@ost-preussen.de oder im Internet unter www.ostpreussen.de/lo/seminare.html

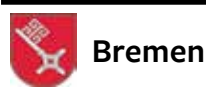
Zusendungen für die Ausgabe 30/2020

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 30/2020 (Erstverkaufstag 24. Juli) bis spätestens Dienstag, den 14. Juli 2020, an die Redaktion der PAZ:
E-Mail: renker@paz.de,
Fax: (040) 41400850 oder postalisch:
Preußische Allgemeine Zeitung, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg

Kontakt

Wegen Elternzeit der zuständigen Mitarbeiterin ist bis Ende 2020 Frau Ingrun Renker Ansprechpartnerin für die Heimat-Seiten.
Telefon: (040) 41 40 08 - 34
E-Mail: renker@preussische-allgemeine.de
Telefonische Erreichbarkeit: Dienstag–Donnerstag jeweils von 13-16 Uhr

Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Erfreulicherweise hat es aktuell weitere Lockerungen gegeben. Bis zu 20 Personen dürfen sich in einem Restaurant treffen und speisen. Wir haben daher vom Hotel Robben-Grollander Krug-, Emslandstraße 30, Bremen-Grolland erfahren, dass es möglich ist, sich dort wieder zu treffen. Wir möchten diese Möglichkeit kurzfristig wahrnehmen und bieten Ihnen die Möglichkeit eines Treffens am Montag, 27. Juli 2020 um 12.30 Uhr zu einem ostpreußischen Beetenbartsch-Essen.

Teilnehmen können allerdings nur 20 Personen. Wir bitten also um schnelle, aber verbindliche telefonische Anmeldung bei Dagmar Schramm, Lilienthal, 04298-698765.

Da die Bestätigung an 20 Personen, Zusagen an weitere, später anrufende Interessenten ausschließt, ist die Anmeldung dann auch unbedingt einzuhalten!



Vorsitzender: Ulrich Bonk
Stellv. Vorsitzender: Gerhard Schröder, Engelmühlenweg 3, 64367 Mühlthal, Tel. (06151)148788

Wiesbaden - Liebe Landsleute, liebe Freunde unserer Landsmannschaft,

in diesem Jahr kann Helmut Zoch die Fahne mit der Elchschaufel vor der Erbenheimer Kleingartenanlage nicht aufziehen, weil unser traditionelles Sommer-Gartenfest ausfallen muss. Denn noch immer bestimmt die Pandemie unser Geschehen, und das Virus ist noch längst nicht besiegt.

So mussten wir bereits unsere Monatstreffen für März und April kurzfristig absagen. Auch zu den Veranstaltungen im Mai und Juni

konnten wir nicht zusammenkommen.

Nach Lockerung der staatlich angeordneten Einschränkungen wollen wir uns wieder vorsichtig treffen und bieten Ihnen an:

Gemeinsames Mittagessen
Donnerstag, 23. Juli d.J. um 12.00 Uhr, Restaurant „Haus Waldlust“, im Biergarten

Bei dem Treffen werden seitens des Restaurants die staatlichen Hygieneauflagen erfüllt und alle Maßnahmen zur Kontaktverfolgung eingehalten.

Die mit Rundschreiben 03 + 04/2020 angekündigten Veranstaltungen holen wir sobald als möglich nach.



Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131)42684, **Schriftführer und Schatzmeister:** Hilde Pottschien, Volgerstraße 38, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131)7684391. **Bezirksgruppe Lüneburg:** Heinz Kutzinski, Im Wiesengrund 15, 29574 Ebsdorf, Tel.: (05822)5465. **Bezirksgruppe Braunschweig:** Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Tel.: (0531) 2509377. **Bezirksgruppe Weser-Ems:** Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Tel.: (05901) 2968

GEDENKEN AN DEN VOLKSAUFSTAND AM 17. JUNI 1953
Landesgruppe - Auch in diesem Jahr gedachten die Landesgruppe Niedersachsen der Landsmannschaft Ostpreußen und der Bund der Vertriebenen-Kreisverband Lüneburg der Opfer des Aufstands am 17. Juni 1953 an dem auf Veranlassung von dem aus Elbing stammenden langjährigen Lüneburger Oberbürgermeister Horst Nickel errichteten Gedenkstein in Lüneburg.

Der bekannte Osteuropa-Kenner Wolfgang Strauss schrieb in seinem Buch „Aufstand für

Deutschland - Der 17. Juni 1953“ : „Die Deutschen dürfen stolz sein auf ihre jüngste, mit Arbeitermut diktierte und mit Arbeiterblut geschriebene Geschichte. Am 17.Juni 1953, acht Jahre nur nach einer seelischen Katastrophe apokalyptischen Ausmaßes, bauten Überlebende der Kriegsgeneration Barrikaden zur Verteidigung der Menschen- und Völkerrechte, ohne Bündnispartner, ohne Solidarität der übrigen Welt, ohne materielle Waffen - auf sich allein zurückgeworfen und auf die eigene moralische Kraft: In der europäischen Freiheitsgeschichte ein einmaliges Ereignis. Ihre Freiheitsliebe und ihr Menschenstolz waren stärker als Todesfurcht und Logik. Darüber wundern können sich nur diejenigen, denen die Freiheitsgeschichte der Deutschen fremd ist. Geschichte der Deutschen, das war von Anbeginn an ein tragisches Epos des Widerstands, eine heroische Legende des Aufstandes gegen niederdrückende Fakten der Geschichte - Besetzung, Teilung, Auspowerung, Demütigung, Fremdbestimmung, Fremdherrschaft.

B. Loeffke



Stellvertretende Vorsitzende: Klaus-Arno Lemke und Jürgen Zauner , **Geschäftsstelle:** Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel.: (02964) 1037. Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaef@Ostpreussen-NRW.de, **Internet:** Ostpreussen-NRW.de

Wir trauern um Prof. Dr. Ulrich Penski.

Die ostpreußische Ortsgruppe hat mit Ulrich Penski nun auch ihren langjährigen 2. Vorsitzenden und damit ihre Mitte verloren. Wie soll es weitergehen?

Herr Prof. Penski war unser ständiger Ansprechpartner, Impulsgeber, Leiter der BdV-Montagsgespräche und Vermittler zwi-

schen unserer kleinen ostpreußischen Gruppe und der Stadt Siegen.

Sein Wort hatte Gewicht, sein Ansehen und seine Kompetenz verschafften uns Akzeptanz. Wir bemühten uns gerade, unsere Heimatstube und unsere Bücherstube gemeinsam mit der Herder-Bibliothek in ansprechenden Räumlichkeiten unterzubringen, ein Projekt, das er sehr unterstützte. Der Erhalt unserer kulturellen Identität und die Bewahrung unseres ostpreußischen Erbes waren ihm sehr wichtig. Wir werden ihn stets in dankbarer Erinnerung behalten und uns bemühen, unsere Arbeit in seinem Sinne so gut wie möglich fortzusetzen.

Wir haben einen lieben und wertvollen Freund verloren.

Hella Giesler



Vorsitzender: Tobias Link
Gst.: Buchtstr. 4, 22087 Hamburg, Tel.: (040) 4140080, E-Mail: kontakt@junge-ostpreussen.de, www.junge-ostpreussen.de

Liebe Freunde Ostpreußens, was Veranstaltungen betrifft hat die Coronazeit auch dem BJO einen Strich durch die Rechnung gemacht - bisher. Auf der Bundesvorstandssitzung wurde jetzt beschlossen, dass im zweiten Halbjahr 2020 wieder regelmäßig die unterschiedlichsten Unternehmungen angeboten werden. In der PAZ wird regelmäßig darüber berichtet.

Das 2. Halbjahr startet mit einer Berlinfahrt, zu der wir Euch ganz herzlich einladen (mehr dazu unten). Außerdem findet im September eine Weinwanderung statt. Über den Ort der Bundesversammlung im Oktober kann wieder abgestimmt werden. Im November findet dann wieder ein virtueller Stammtisch statt. Den Jahresabschluss bildet dann ein



Rauschen Historische Postkarte vom Rauschener Strand am Abend zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Foto: Bildarchiv Ostpreußen

Adventstreffen im Dezember. Es ist schön, dass man sich wieder sehen und etwas gemeinsam unternehmen kann. Lasst uns diese Chance nutzen und eine gute Zeit miteinander verbringen.

Jeder der Lust hat, sich mit Ostpreußen zu beschäftigen, ist herzlich dazu eingeladen an den Arbeitskreisen mitzuwirken. Kreative Köpfe mit eigenen Ideen können sehr gerne auch eigene Projektgruppen initiieren und Themen für virtuelle Stammtische vorschlagen.

Bei Interesse einfach eine kurze E-Mail an kontakt@junge-ostpreußen.de senden.

Liebe Grüße

Euer Vorstand

Liebe Mitglieder des BJO!

Nachdem die Corona-Krise unsere Vereinsaktivitäten in der ersten Jahreshälfte ausgebremst hat, freuen wir uns darauf, bereits in wenigen Wochen wieder persönlich zusammen zu kommen, preußische Geschichte und BJO – Gemeinschaft zu leben.

Zu diesem Anlass laden wir euch herzlich nach Berlin ein, wo wir vom 31. Juli bis zum 02. August d. J. unsere nächste Wochenendfahrt unternehmen. Die preußische Hauptstadt mit seinem (neuen) alten Stadtschloss, seiner Kneipenkultur, seiner Geschichte und den aktuellen und neuesten

Sehenswürdigkeiten, sollen uns am ersten Augustwochenende einen wunderbaren Wiedereinstieg in unser Fahrtenleben erlauben.

Organisatorische Hinweise:
Altersschwerpunkt: 20-40 Jahre
Beginn: 31. Juli 2020
Ende: 02. August 2020
Anmeldung: kontakt@junge-ostpreussen.de
Veranstalter: Bund Junges Ostpreußen i. d. LO, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg
Anmeldeschluss: 21. Juli 2020 -Die Zahl der Plätze ist begrenzt!
Übernachtung: Hotel Transit Loft (Immanuelkirchstr. 14 A, Prenzlauer Berg, 10405 Berlin), Erwünschte Ankunft Freitag bis 20 Uhr.
Mitzubringen: Personalausweis, ggf. Liederbücher
Nach Anmeldung folgt eine Bestätigungsemail
Haftung: Der Veranstalter übernimmt keine Haftung für Personen- und Sachschäden bei der An- und Rückreise und während der Veranstaltung.
Leitung: Friedrich M., Tobias K. Tobias L.
Programm: Wird den Teilnehmern nach der Anmeldung übersandt.
Wir freuen uns auf Eure Anmeldungen und hoffen auf ein Wiedersehen in Berlin!

Euer

Friedrich,
Stellv. Bundesvorsitzender

ANZEIGE

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

☐ **Ja, ich abonniere** mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 144 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie das ostpreußische Schlemmerpaket.

Name: _____
Vorname: _____
Straße/Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.
Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

☐ Lastschrift ☐ Rechnung

IBAN: _____
Bank: _____
Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:
Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 – 22087 Hamburg

AZ-03-B



Abonnieren Sie die PAZ
und sichern Sie sich Ihre Prämie

Unser
ostpreußisches
Schlemmerpaket



Lassen Sie sich in die guten alten Zeiten entführen und genießen Sie unser speziell für Sie angefertigtes Präsent. Verwöhnen Sie Ihre Familie und Freunde mit den traditionsreichen ostpreußischen Speisen aus unserem hochwertigen Kochbuch und bieten Sie Ihnen dazu den typisch ostpreußischen Honiglikör Bärenjäger an. Natürlich fehlt in diesem Schlemmerpaket auch das Königsberger Marzipan nicht.

Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

Heimatkreisgemeinschaften



Allenstein-Land

Kreisvertreter: Andreas Galenski, Sauerbruchstraße 2, 42549 Velbert, Tel.: 02051 – 8 77 29, Kreisvertreter-Allenstein@t-online.de, www.allenstein-landkreis.de
Geschäftsstelle: Gemeindeverwaltung Hagen, Postfach 1209, 49170 Hagen. Tel.: 05401 - 977-0

Tod des früheren Vorstandsmitgliedes Bruno Hantel

Wie verspätet bekannt geworden, verstarb am 13. Dezember 2019 in einem Pflegeheim in Ratingen bei Düsseldorf im 92. Lebensjahr unser ehemaliger Stellvertreter des Vorsitzenden des Kreistages der Kreisgemeinschaft Allenstein-Land e.V., Konrektor a.D. Bruno Hantel aus Heiligenhaus, Kreis Mettmann, Bezirk Düsseldorf. Seinen 90. Geburtstag hatte er noch zu Hause verbracht.

Bruno Hantel wurde am 23. April 1928 im Kirchspielort Wuttrien als Sohn des Dorfschullehrers Emil Hantel und seiner Ehefrau Magdalena geboren und wuchs in Grabenau, wo sein Vater Lehrer war, auf. Von 1939 bis 1945 war er Schüler des altsprachlichen, humanistischen Staatlichen Gymnasiums in Allenstein. Dort lebte er bis zu der Auflösung im Franziskaner Konvikt. Einer seiner Klassenkameraden war Joachim Hufenbach.

Seit Herbst 1944 leistete er den staatlichen Reichsarbeitsdienst ab. Der schriftliche Einberufungsbehl zur Wehrmacht erreichte ihn kriegsbedingt nicht mehr. Zusammen mit Vater und Mutter trat er am 20. Januar 1945 im privateigenen Opel P 4 die Flucht aus Grabenau in Richtung Heiligenbeil an. Über das alsbald zugefrorene Frische Haff und die Frische Nehrung gelangten die Drei nach Sachsen, wo sie eine Unterkunft fanden.

Nach dem Krieg erlangte Bruno Hantel in Halle an der Saale das Abitur, studierte anschließend Pädagogik und wurde nach bestandnem Examen Lehrer an der dortigen Volksschule.

Im Jahre 1956 ging er mit seiner Verlobten Annemarie die Ehe ein, aus der 1958 Sohn Stefan und 1966 Sohn Martin hervorgingen. 1961 setzte er sich mit Ehefrau und Kind über Berlin aus der damaligen DDR ab und reiste nach Heiligenhaus, wo sein Allensteiner Mitschüler Adalbert Graf wohnte. An der dortigen Nordring Schule wurde er Konrektor. 1971 bezog er daselbst sein eigenes Haus. Nach dem frühen Tod seiner Ehefrau Annemarie ging er eine zweite Ehe ein, die aber auch nicht lange wahrte.

Von Anbeginn gehörte Bruno Hantel der 1989 neu gegründeten Kreisgemeinschaft an und stach durch seinen Eifer hervor. So begleitete er den Vorstand in die Heimat zur Verteilung der Bruderhilfemittel vor Ort, also in den Wohnungen der im Kreisgebiet Ansässigen. Von 2002 bis 2008 war er Stellvertreter des Kreistagsvorsitzenden Adalbert Graf.- Nahezu 20 Jahre lang schrieb Bruno Hantel erhaltenswerte Artikel über unsere ostpreußische Heimat für unser Heimatjahrbuch, so 1994 über seinen einstigen Wohnort Grabenau, und „Mit dem Opel P 4 aus Grabenau“, im Jahre 2000., Schüler am Staatlichen Gymnasium in Allenstein“, 2001., Das Franziskaner Konvikt in Allenstein“, 2003 „Meine Erinnerung an die RAD-Zeit 1944“, 2009, „Aus der Geschichte des Allensteiner Gymnasiums“ und 2011 „Fahrt in die Heimat“ (zusammen mit Hufenbachs).

Die Kreisgemeinschaft dankt Bruno Hantel für fast 20 Jahre Vorstandsarbeit.

Horst Tuguntke



Heiligenbeil

Kreisvertreter: Erster Stellvertretender Kreisvertreter (Geschäftsführender Vorsitzender): Christian Perbandt, Im Stegefeld 1, 31275 Lehrte, Telefon: (05132) 57052. E-Mail: perbandt@kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de. **Zweite Stellvertretende Kreisvertreterin:** Viola Reyentanz, Großenhainer Straße 5, 04932 Hirschfeld, Telefon (035343) 433, E-Mail: reyvio@web.de. **Schriftleiterin:** Brunhilde Schulz, Zum Rothenstein 22, 58540 Meinerzhagen, Tel.: (02354) 4408, E-Mail: brschulz@dokom.net. Internet: www.kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de

Kreistagssitzung der Kreisgemeinschaft Heiligenbeil

Am 27. und 28. Juni fand in Burgdorf ein Sitzungswochenende der Kreisgemeinschaft Heiligenbeil statt. Hierbei wurden die aktuellen Hygieneregeln beachtet!

Am Vormittag des Sonnabends traf sich der Vorstand zu seiner turnusmäßigen Vorstandssitzung. Am Nachmittag begann dann der jährliche Kreistag.

Wichtige Themen waren die geplante Durchführung unseres Kreistreffens. Dies wird akkurat vorbereitet und geplant. Bei allem sollen aber die staatlichen Corona-Auflagen beachtet werden. Über eine mögliche Absage des Treffens soll rechtzeitig informiert werden.

ANZEIGE



In Dankbarkeit nehmen wir Abschied von unserer langjährigen stellvertretenden Vorsitzenden

Gertrud Kluczik

geb. Konopka
geb. am 30.03.1923 in Talten/Kr.Lötzen
gest. am 22.06.2020 in Frankfurt/Main



Danke, für den Weg, den Du mit und für uns gegangen bist. Danke, für Dein ausgleichendes Wesen, das uns zusammenhielt. Danke, dass es Dich gab.

Wir trauern in tiefer Verbundenheit mit den Kindern, Enkelkindern und Angehörigen

Landmannschaft der Ost- und Westpreußen, Kreisgruppe Frankfurt am Main e.V.
Gerlinde Groß (Kreisvorsitzende), im Namen aller Mitglieder

Die Beisetzung fand im engsten Familienkreis statt.

miert werden. Noch sind wir aber hoffnungsvoll, das Treffen durchführen zu können.

Für das Kirchspiel Waltersdorf konnte eine neue Vertreterin gewonnen werden. Frau Rabea Shahini, geb. Wölk (Vorfahren aus Birkenau) wurde nach ihrer Vorstellung als kommissarische Kirchspielvertreterin durch den Kreistag bestätigt.

Beschlossen wurde, dass am 11.9.2020 eine außerordentliche Kreistagssitzung stattfinden soll. Einzige Tagesordnungspunkte sollen sein: Die Nachwahl eines Kreisvertreters /Kreisvertreterin sowie eines 2. Stellvertreters.

Frau Viola Reyentanz erklärte sich bereit, für das Amt der Kreisvertreterin zu kandidieren.

Es war ein anstrengendes, hartnöhmisches und erfolgreiches Arbeitswochenende.

Christian Perbandt
Erster Stellv. Kreisvertreter der KG Heiligenbeil



Johannsburg

Kreisvertreter: Klaus Downar, An der Grubenbahn 21, 01662 Meißen, Telefon (03521) 4592901
Internet: www.kreisgemeinschaft-johannsburg.de; E-Mail: kodo48@aol.com; **Kassenverwalter:** Günter Woyzechowski, Röntgenstraße 14, 31157 Sarstedt, Telefon (05066) 63438, E-Mail: g.awoy@htp-tel.de

Rätsel

italienisch: Liebe	▼	himmlich, göttlich	▼	Zweifel, Bedenken	▼	ein Gewürz	▼	ein Sternbild	fahler Farbton	▼	griechische Stadt in Bööten	italienische WeinStadt	▼	unmittelbar zuvor	zeitlos (Mode)	▼	griechischer Liebesgott	Hauptstadt von Togo	▼	englisch: Schwimmbecken (Kurzwort)	ein Erdteil
tropische Stechmücke	▶								Unflug, Unsinn (ugs.)	▶					Frauenfigur aus „Fidelio“	▶					▼
▶						Vorname Kästners	▶					Teil des Plattenspieters	▶					Geliebte des Zeus		Enterich	
Auswirkung, Ergebnis				Randgebiet	▶										Architektur: Altan	▶					▼
▶						sich äußern, sprechen	▼				Fisch-, Vogel-fanggerät	ab-hängig, gebunden	▶	Sing-stimme			humoristische Kurz-szene	Bundes-staat der USA			
Bruder des Romulus	▼	Senke vulkanischen Ursprungs	▶	Staat in Nahost, Persien	▶					der dort	▶			Stutzer, Modenarr			Halt, Unterbrechung				
ent-behren	▶							dt. Schauspieler (Emil)	▶								Halb-insel in Ost-asien				
▶						chem. Zeichen für Lithium	▼	selbst-süchtiger Mensch			Parla-ments-gebäude in Berlin	Vorsilbe: zwischen (lat.)	▶	Winkel des Boxings				Warnung bei Gefahr		An-wohner, Anrainer	▼
Bürde, Drücken-des				sich in einen Text ver-tiefen	▶						Abk.: In-formati-onstech-nologie	nagen-der Kummer	▶							fern, entlegen	
europäischer Strom	▶													warmer Aufwind		Gegner Cäsars	Spaß-macher im Zirkus				
						Violine	▶								deutscher Schauspieler (Miroslav)	franz. Modeschöpferin (Coco)					
								Gelegenheit, zuerst zu gehen	span. Sängerin (Montserrat)	Hochruf	orienta-lisches Färbemittel						alt-römi-sche Unterwelt	italie-nisch: Vor-wärts!			
						Wache; Polizei (Gauner-sprache)	▶							Garten-frucht							
											Frau, die ein fremdes Kind stült	zu der Zeit, während	▶	Sumpfelände				un-gewiss, unbestimmt			
						Verkehrsstockung	▶	Rednerpult, erhöhter Tritt			asia-tischer Halbesel				Holzblas-instrument	Junge, Bub					
						Begriff beim Pächterspiel	▶						norwegischer Dichter (Henrik)			nieder-sächsischer Hafen	Welt-religion	aus Angst-llichkeit zögern			
													Eigen-tum, Habe						ein Himmels-körper		
						Film-regisseur (Roman)		Empfehlung		Kfz-Z. Land-kreis Rostock	wirt-schaftlicher Aufschwung					früherer Name Thai-lands					
														kostbar; menschlich vornehm				ostasia-tisches Brett-spiel			
						Trinkgefäß für Alkohol		Unwille, Verdrossenheit	▶					Studienabschlussprüfung							
						U-Bahn (bes. in Paris, Moskau)	▶				Wort der Ablehnung					Gesichts-teil					

Magisch: 1. Schluck, 2. Altenau, 3. Schälke

Admiral

5. Überfall, 6. Charakter, 7. Schluss –

Mittelworträtsel: 1. Getraenke,

2. Gedicht, 3. Kaufmann, 4. Armeisen,

3. Schälke

So ist's richtig:

A	B	S	T	A	M	N	G														
L	E	O	P	T	I	K															
R	A	I	D	E	R	A	T														
N	O	T																			

Schüttelrätsel

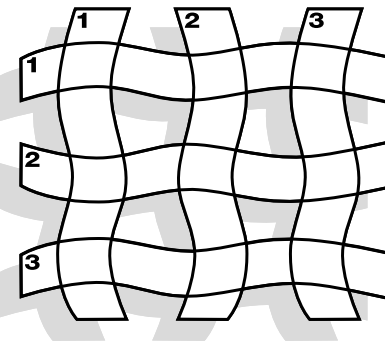
In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

AABGM MNSTU	BEJO	▼	AIKPS	AADI	▼	EIKMR	ALNU	ENOR	GOTT
▶				▼					
IKOPT	▶					ELO	▶		
AEKN RT			ADER RT	▶					
▶						NOT	▶		

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich als Lösung ein Marine-offiziersrang.

1	KALT				▼					KARTE
2	SPOTT									BAND
3	BANK									SCHAFT
4	WALD									BAER
5	RAUB									ARTIG
6	MODELL									LOS
7	AUF									AKT



Magisch

Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

- 1 Trinkmenge
- 2 Kurort im Oberharz
- 3 Stadtteil von Gelsenkirchen

Heimatkreisgemeinschaften

Das an dieser Stelle beworbene 65. Hauptkreistreffen am 6. September 2020 in Dortmund sowie die geplante Betreuungsfahrt Stadt- und Landkreis Johannisburg im Oktober mussten aufgrund der Corona-Pandemie leider abgesagt werden.



Lyck

Kreisvertreterin: Bärbel Wiesensee, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. Stellv. **Kreisvertreter:** Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665

Heimattreffen 2020 in Hagen
Liebe Lycker-Heimatfreunde,
in Anbetracht der derzeitigen Lage in Deutschland und der Welt muss das diesjährige Hauptkreis-

treffen der Kreisgemeinschaft Lyck e.V. am 29. und 30. August 2020 in Hagen leider ausfallen.
Da zurzeit niemand sagen kann, wie sich die Situation im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie entwickeln wird, haben wir uns als Veranstalter, dem die Fürsorgepflicht gegenüber allen Teilnehmern sehr wichtig ist, zu diesem Schritt entschlossen.
Bitte haben Sie dafür Verständnis.
Allen wünschen wir beste Gesundheit, geben Sie gut auf sich

acht, damit wir uns im nächsten Jahr in Hagen wiedersehen.
Bärbel Wiesensee
Vorsitzende der
Kreisgemeinschaft Lyck



Neidenburg

Kreisvertreter: Ulrich Pokraka, An der Friedenseiche 44, 59597 Erwitte, Telefon (02943) 3214, Fax -980276, E-Mail: u-pokraka@t-online.de.
Stellvertreter: Frank Jork, Oberbörry 18, 31860 Emmerthal-Börry, Telefon (0171) 7086334

Aufgrund der aktuellen Situation wegen des Coronavirus bleibt die Heimatstube der Kreisgemeinschaft in Bochum-Werne, Kreyenfeldstr. 31, bis auf Weiteres geschlossen. Wir bitten um Verständnis für diese Maßnahme und

wünschen Ihnen beste Gesundheit in diesen schweren Zeiten.

Absage Heimattreffen
Liebe Neidenburger und Soldauer, nach reichlichen Überlegungen im Vorstand und Rücksprache mit Behörden haben wir einstimmig beschlossen, das diesjährige Heimattreffen abzusagen. Die Unwägbarkeiten sind einfach zu groß.
Ein Heimattreffen mit Gesichtsschutz und Abstandsregelung bringt es nicht. Bei den Behörden geistert immer noch die Angst vor der zweiten Welle, die dann alles zunichte macht. Viele Mitglieder haben uns auch ihre Zweifel mitgeteilt.
Wir bitten aufgrund dieser vielen Unwägbarkeiten, um Verständnis für diese Maßnahme.
Das Treffen, so wie es geplant war, wird dann nächstes Jahr in Bochum durchgeführt.
Mit heimatlichen Grüßen
Ulrich Pokraka, Kreisvertreter



Ortelsburg

Kreisvertreter: Marc Plessa, Hochstraße 1, 56357 Hainau, E-Mail: kontakt@kreisgemeinschaft-ortelsburg.de. **Geschäftsführerin:** Karola Kalinski, Meisenstraße 13, 45698 Gladbeck.
Internet: www.kreisgemeinschaft-ortelsburg.de

Aufruf zu den Kreistagswahlen der Kreisgemeinschaft Ortelsburg

In diesem Jahr finden die Wahlen zum Kreistag der Kreisgemeinschaft Ortelsburg für die Wahlperiode 2021 bis 2025 statt. Aufgrund der Einschränkungen der COVID-19-Pandemie werden die Wahlscheine ausschließlich mit dem Heimatboten der Kreisgemeinschaft versendet. Wir bitten Sie um rege Teilnahme.

Herr Dieter Packheiser, Frau Claudia Karpa und Herr Reinhardt Philipp wurden vom Kreistag zum Wahlvorstand gewählt. Den Vorsitz hat Dieter Packheiser. Uns ist es gelungen, alle Landbezirke und Städte mit Kandidaten zu besetzen. Darüber hinaus freut es uns sehr, auch neue Mitglieder als Kandidaten begrüßen zu können. Die Vorstellung aller aufgestellten Kandidaten für den Kreistag finden Sie im Heimatboten 2020.

Sollten Sie Interesse an einer Mitarbeit haben und auch für einen Landbezirk kandidieren möchten, melden Sie sich bitte bis zum 17.07.2020 beim Vorsitzenden der Kreisgemeinschaft Marc Plessa oder bei der Geschäftsführerin Karola Kalinski.
Marc Plessa, Hochstr. 1, 56357 Hainau, Tel. 06772-9699799, E-Mail : M.Plessa@Kreisgemeinschaft-Ortelsburg.de
Karola Kalinski, Meisenstr. 13, 45968 Gladbeck, Tel. 02043-4027065, E-Mail : K.Kalinski@Kreisgemeinschaft-Ortelsburg.de
Marc Plessa,
Vorsitzender der
Kreisgemeinschaft Ortelsburg



Sensburg

Kreisvertreterin: Gudrun Froemer, In der Dellen 8a, 51399 Burscheid, Telefon (02174) 768799.
Alle Post an: Geschäftsstelle Kreisgemeinschaft Sensburg e.V., Stadtverwaltung Remscheid, 42849 Remscheid, Telefon (02191) 163718, Fax (02191) 163117, E-Mail: info@kreisgemeinschaft-sensburg.de, Internet: www.kreisgemeinschaftensensburg.de

Sensburger-Treffen abgesagt

Das für den 9. August 2020 vorgesehene Jahreshaupttreffen der Sensburger in Remscheid wird aufgrund der Corona-Krise abgesagt. Für viele Menschen ist ein Höhepunkt der Begegnung verloren gegangen.

Das Jahrestreffen wird im nächsten Jahr stattfinden. Weitere Informationen finden Sie auch auf unserer Webseite:
www.kreisgemeinschaftensensburg.de.
Bleiben Sie gesund!
Mit freundlichen Grüßen
Kreisgemeinschaft Sensburg e.V.
Helmut Tomsch
Geschäftsleiter



Schloßberg (Pillkallen)

Kreisvertreter: Michael Gründling, Große Brauhausstraße 1, 06108 Halle/Saale.
Geschäftsstelle: Tanja Schröder, Tel.: (04171) 2400, Fax (04171) 24 24, Rote-Kreuz-Straße 6, 21423 Winsen (Luhe)

Absage Ferienlager
Das geplante deutsch-russische Kinderferienlager in Otterndorf und auch die Jugendbegegnung in Lasdehnen müssen leider wegen der Corona-Pandemie in diesem Jahr ausfallen.
Norbert Schattauer
Kreisjugendbetreuer der
Kreisgemeinschaft

Liebevoll gestaltete Gesichtsmaske mit „Elchschaufel-Design“

Not macht erfinderisch. Seitdem die Pflicht zum Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes besteht, haben unzählige kreative Gestalter die vielfältigsten Maskenmodelle gefertigt, und aus den lästigen Utensilien halbwegs ansprechende Accessoires entwickelt. Ab sofort gibt es die Gesichtsmasken auch mit Elchschaufel!

Die zweilagige Ostpreußen-Maske besteht aus weißem Stoff (Material jeweils 100 Prozent Baumwolle und 100 Prozent Polyester) mit schwarzem Aufdruck. Die Maske wird durch Bügeln bei maximal 150 Grad oder Waschen bei 60 Grad sterilisiert und ist somit wiederverwendbar. Sie hat zwei Gummischlaufen zum Tragen über den Ohren. Herkunftsland ist Ungarn.

Das Bedecken Ihres Gesichts mit der Ostpreußen-Maske kann dabei helfen, die Verbreitung des Coronavirus anderen gegenüber zu reduzieren. Bitte beachten Sie jedoch, dass die Maske nur ein einfacher Schutz ist und keine vollständige Sicherheit zur Abwehr gegen Viren bildet und auch keinen Virusfilter hat. Bitte sterilisieren Sie diese Maske nach spätestens 4-stündiger Tragedauer!

Eine Haftung vonseiten der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* oder der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. ist ausgeschlossen.

Der Preis per Stück beträgt 4,50 Euro, zzgl. Verpackungs- und Versandkosten in Höhe von 2,- Euro. Wir freuen uns über Ihre **Bestellung** unter folgender E-Mail Adresse: **selke@paz.de** oder telefonisch unter **(040)414008-0**.

Gedenken an 100 Jahre Volksabstimmung in Ost- und Westpreußen

In wenigen Tagen jährt sich zum 100. Mal ein schicksalhaftes Datum in der preußischen und deutschen Geschichte. Am 11. Juli 1920 waren die damaligen Bewohner der südlichen Kreise Ostpreußens und einiger Kreise Westpreußens dazu aufgefordert zu entscheiden, ob ihre Heimat nach dem Ersten Weltkrieg bei Deutschland verbleiben oder künftig zu Polen gehören sollte. Mit überwältigenden Mehrheiten stimmten die Bewohner damals für den Verbleib ihrer Heimat bei Deutschland.

Die Preußische Allgemeine Zeitung und die Landsmannschaft Ostpreußen erinnern in den kommenden Tagen auf mehrfache Weise an dieses denkwürdige Ereignis. Ursprünglich geplant war ein Gedenkakt in Allenstein – zu preußisch-deutscher Zeit Sitz des Regierungspräsidiums, heute Zentrum der Woiwodschaft Ermland und Masurien – am 11. Juli. Wegen der Corona-Pandemie und der damit verbundenen unsicheren Lage musste diese Veranstaltung jedoch abgesagt werden.

Um dennoch der Volksabstimmung gedenken zu können, haben die Referenten – der Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen Stephan Grigat, der renommierte Historiker Manfred Kittel und sein Kollege Krzysztof Jachimowicz – ihre geplanten Vorträge vorab vor einer Kamera aufgezeichnet. Zu sehen ist die virtuelle Gedenkveranstaltung ab dem 11. Juli 2020 auf der Webseite der Preußischen Allgemeinen Zeitung unter www.paz.de/volksabstimmung.

Außerdem wird die PAZ in der kommenden Ausgabe 28/2020 in einer Sonderbeilage an die Volksabstimmung vor 100 Jahren erinnern.



Volksabstimmung Erinnerung an einen historischen Augenblick: Das Abstimmungsdenkmal in Allenstein mit den Wappen der ostpreußischen Städte *Foto: Bildarchiv Ostpreußen*

Ostpreußisches Landesmuseum

Wiedereröffnung des Ostpreußischen Landesmuseums mit Deutsch-baltischer Abteilung in Lüneburg
Haben auch Sie Besuche, Feiern oder Kulturangebote wie einen Theater- oder Museumsbesuch vermisst? Für Letzteren gibt es ab sofort eine wunderbare Gelegenheit: Wir freuen uns, unsere Türen wieder für Sie öffnen zu können.

Von Dienstag bis Sonntag heißen wir Sie von 10 bis 18 Uhr willkommen und hoffen, vielen Menschen mit der Auseinandersetzung von Kunst, Kultur und Geschichte ein Stück weit Halt und Inspiration zu geben. Auch das MuseumsCafé Bernstein ist unter strengen Auflagen wieder geöffnet. Wir freuen uns, Sie auch dort begrüßen zu dürfen.

Für Ihre und unsere Sicherheit haben wir verschiedene Maßnahmen in Abstimmung mit den behördlichen Auflagen getroffen:

- In allen Bereichen des Museums gilt die Abstandsregel von 1,5 Metern für alle Personen, die nicht in einem Hausstand leben.
- Besucherinnen und Besucher sind verpflichtet, einen Mund-Nase-Schutz zu tragen.
- Wir stellen Desinfektionsmittel bereit; waschen Sie sich dennoch bitte regelmäßig die Hände, vermeiden Sie Körperkontakt/Händeschütteln und niesen Sie ggf. in die Armbeuge oder in ein Taschentuch.
- Nicht alle Medien- und Mitmachstationen werden aufgrund unserer Hygienestrategie zur Verfügung stehen, wir bitten um Verständnis.
- Falls Sie sich krank fühlen: Bleiben Sie bitte zu Hause. Wir empfangen Sie gern jederzeit wieder, sobald Sie genesen sind.

Kontakt:
Heiligegeiststraße 38
21335 Lüneburg
Tel.: 04131 759950
info@ol-ig.de
www.ostpreussisches-landesmuseum.de

JUBILÄUM

Die Orgel in Warpuhnen wird wieder erklingen

Der Verein Freunde Masurens will sein zehnjähriges Bestehen in der renovierten Kirche feierlich begehen

VON FRYDERYK TEGLER

Als ich im Juni 2010 auf meiner 28. Studienfahrt in meine Heimat Masuren mit der Reisegruppe wieder einmal, wie jedes Jahr, vor der Kirche in Warpuhnen stand, in der ich getauft, konfirmiert, getraut und meine älteste Tochter Romy ebenfalls getauft worden war, da wurde mir schwer ums Herz. Es ist für einen Heimatverbundenen und dann noch Pastor, besonders schwer zu sehen, wie ein Gotteshaus dem Verfall preisgegeben ist. Einige Mitreisende sprachen mich an etwas zu tun und Kerstin Harms, die ihre Liebe zu Masuren entdeckt hatte, sagte: „Wir werden die Kirche nicht retten können, aber wenn wir nichts machen, wird auch nichts besser!“ Dieser Satz war wie ein Samenkorn, das auf fruchtbaren Boden fällt. Wir setzten den von mir schon länger gehegten Plan, einen Verein zu gründen, in die Tat um.

Am 1. August 2010 gründeten wir im Gasthaus Rose in Scharnebeck den Verein Freunde Masurens. Auf der konstituierenden Sitzung schlug ich Kerstin Harms als Erste Vorsitzende vor, da ich viel Potenzial in ihr sah. Gemeinsam haben wir mit vielen engagierten Mitgliedern viel für Masuren erreicht, was auch in dortigen politischen und sozialen Organisationen offiziell anerkannt wurde. Wir haben Patenschaften für Kirchen, Privatpersonen und Schulen übernommen, in denen die deutsche Sprache unterrichtet wird. Jedes Jahr zu Weihnachten bekommen alle Kinder Geschenke, Süßigkeiten, Spielsachen und Schulmaterial. Hierfür werden wir immer mit wunderbaren Programmen der Lehrer und Aufführungen der Kinder belohnt, die sich viel Mühe geben und deutsche Weihnachtslieder singen, Gedichte aufsagen und Theaterstücke oder Tänze vorführen.

Dreimal im Jahr organisieren wir Hilfst Transporte mit Rollstühlen, Rollatoren,



Setzte sich für die Rettung der Kirche in Warpuhnen (l.) ein: Der Verein Freunde Masurens, hier die Vorstandsmitglieder Matthias Nördemann, Kerstin Harms und Fryderyk Tegler (v.l.)

Pflegebetten, Hilfsmitteln, Süßigkeiten, Kleiderspenden und vielem mehr.

Es wurden Denkmäler und Grabsteine auf ehemaligen evangelischen Friedhöfen in Rhein und Steinwalde errichtet. Nie haben wir die Kirche in Warpuhnen aus den Augen verloren. Ein Geschäftsmann aus Sensburg war auf die Arbeit unseres Vereins aufmerksam geworden und kannte die Bemühungen, diese evangelische Kirche vor dem Verfall zu retten. Als 2014 Alfred Siwik Kontakt mit uns aufnahm, keimte wieder Hoffnung auf, dass wir nach längerem Warten den ursprünglichen Anlass zur Vereinsgründung wieder aufnehmen würden. In Gesprächen, die wir mit ihm führten, erklärte er seine Beweggründe. „Ich möchte etwas zurückgeben und dir ein Denkmal setzen“, sagte er, „und ein Zeichen für die deutsch-polnische Freundschaft.“

Es stellte sich heraus, dass ich ihn früher, als er ein kleiner Junge war und mit seiner Familie aus Weißrussland ins südliche Ostpreußen gekommen war, die polnische Sprache gelehrt und ihm die Liebe zu Literatur und Kunst nahegebracht hatte. Über Jahre hinweg hatte Siwik das Be-



Fotos: privat

„Ich möchte etwas zurückgeben und dir ein Denkmal setzen ... und ein Zeichen für die deutsch-polnische Freundschaft.“

Alfred Siwik
Geschäftsmann aus Sensburg

mühen des Vereins, die Kirche zu retten, verfolgt, und dann kam er auf die Idee, etwas Gutes zu tun. Er ließ vor dem Winter 2015/2016 das Dach reparieren, 200 Fenster neu einsetzen und den Turm sichern. Es war somit der erste Schritt getan, die Kirche vor dem gänzlichen Verfall zu retten. Nun war das Gebäude erst einmal notdürftig dicht, was Kerstin Harms auf die Idee brachte, die Kirche innen von Unrat, Laub, Vogelkot und einer dicken

Schicht Staub zu befreien. Das wurde an einem Wochenende im April 2016 von einer Gruppe aus der Bundesrepublik angereister Vereinsmitglieder gemeinsam mit Dorfbewohnern aus Warpuny und Sorkwity durchgeführt.

Als im letzten Jahr die Gefahr bestand, dass der immer noch stark beschädigte Turm der Kirche den bevorstehenden Winterstürmen nicht mehr standhalten könnte, und bereits Blechteile heruntergefallen waren, versuchten wir auf die Schnelle, Gelder für eine gründliche Sanierung zusammenzubekommen. Als die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien in Bonn alle Prüfungen abgeschlossen hatte, kamen die Gutachter zu dem Ergebnis, dass eine Zuwendung aus Fördermitteln zur Sicherung und Erhaltung deutschen Kulturguts in den historischen Siedlungsgebieten im östlichen Europa gerechtfertigt sei. Die Kirche in Warpuhnen wurde als dringend erhaltenswürdig eingestuft. Darüber waren wir alle sehr froh und glücklich über den Zuschuss. Den nicht unerheblichen Rest legten wir aus Spendengeldern von Organisationen und Privatpersonen dazu, und so konnten

die Arbeiten im April beginnen und wurden Ende Juni 2019 abgeschlossen. Seitdem strahlt die Kirche schon von Weitem sichtbar mit einem neuen stolzen Turm. In diesem Jahr wurden die restlichen Dacharbeiten ausgeführt. Ebenfalls wurde das untere Mauerwerk neu verfugt und Ziegelsteine ersetzt, so dass keine Feuchtigkeit mehr in die Kirche eindringen kann. Zurzeit läuft noch das Genehmigungsverfahren zur Restaurierung der drei kaputten Türen bei der Denkmalpflege in Allenstein, aber auch diese sollen noch im laufenden Jahr fertiggestellt werden.

Das größte Ereignis in diesem Jahr soll das zehnjährige Bestehen des Vereins Freunde Masurens am 1. August sein, das wir an dem Ort, der der Ausgangspunkt und erste Anstoß zur Vereinsgründung war, feiern: die alte Kirche in Warpuhnen. Aber vorher wollten wir noch etwas Wichtiges erreichen: Die Orgel sollte wieder erklingen. Im Januar stellte sich allerdings heraus, dass die wertvolle Orgel aus der Terletzki-Werkstatt aus Elbing nicht unter Denkmalschutz steht. Es konnten keine Fördermittel für dieses Technikdenkmal, das Teil des Orgelweltkulturerbes der UNESCO ist, beantragt werden und auch die Deutsch-Polnische Stiftung zog ihre Zusammenarbeit mit uns zurück.

Doch nach Kerstin Harms' Motto „Geht nicht, gibt's nicht!“ setzten wir uns zum Ziel, die zirka 35.000 Euro für die Orgelreparatur aus Spendengeldern zusammenzubekommen. Mit viel Engagement haben wir das große Ziel erreicht. Im Februar begann der Orgelbaumeister Andrzej Kowalewski aus Braunsberg mit seinen Helfern mit den Reparaturarbeiten. Die Orgel wird pünktlich zum Jubiläum fertig sein.

Dann wird mit einem festlichen Dankgottesdienst am 1. August um 16 Uhr gefeiert. Die Orgel wird von Bischof Pawel Hause geweiht und dann wieder zur Ehre Gottes die Kirche mit ihrem vollen schönen Klang erfüllen.

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Von Eisenbahn, Kraftfahrzeugen und Bergwerken

Wie Oberschlesien hat nun auch Niederschlesien eine Tourismusroute entlang 20 Denkmälern der Industriearchitektur

Es ist besiegelt. Vertreter des Marschallamtes der Woiwodschaft Niederschlesien und der Stiftung zur Bewahrung des Industrieerbes Schlesiens (Fundacja Ochrony Dziedzictwa Przemysłowego Slaska) haben die „Niederschlesische Route entlang von Industriedenkmälern“ gegründet und es damit den Oberschlesiern nachgemacht. Die Stiftung koordiniert die Zusammenarbeit der beteiligten Industriedenkmäler.

Wichtiger Wirtschaftszweig

„Niederschlesien spielte jahrhundertlang eine führende Rolle unter den Industriezentren Europas. Die touristische Route entsteht, um einstige Industrieorte zu unterstützen, ihr Potenzial zu präsentieren und attraktive Angebote für Besucher zu erarbeiten“, so Cezary Przybylski, Marschall der Woiwodschaft Niederschlesien. Er sieht im Tourismus einen wichtigen Wirtschaftszweig, der sich allmählich von der pandemiebedingten Krise zu erholen beginnt. Die Vorteile einer touristischen Route sieht das Marschallamt unter anderem darin, dass ein gemeinsam ausgearbeitetes Werbeangebot Kosten spart und Möglichkeiten öff-

net, EU-Geldtöpfe anzuzapfen. Für Piotr Gerber, den Vorsitzenden der Stiftung zur Bewahrung des Industrieerbes Schlesiens ist wichtig, dass die beitretenden Partner von Industrierelikten einen „authentischen Charakter“, eine besondere Rolle in der Industriegeschichte und eine gute Erreichbarkeit für Besucher mitbringen.

250 Jahre Industriegeschichte

Bislang sind 20 Einrichtungen dabei. Neben dem Museum für Schlesiensches Eisenbahnwesen in Königszelt [Jaworzyna Slaska] bei Schweidnitz [Swiczna] und dem Museum für Kraftfahrzeuge auf dem 15 Kilometer südlich von Breslau gelegenen Schloss Koberwitz [Zamek Topacz] stehen das Papiermuseum Bad Reinerz [Duszniki Zdroj], das Weberhaus in Schömborg [Chelmsko Slaskie], die „Hilbertmühle“ in Reichenbach im Eulengebirge [Dzierzoniow], die Josephinen-Glashütte [Huta Julia] in Petersdorf [Piechowice], die Urangrube Klessengrund [Kletno] oder das Zentrum für Kunst und Wissenschaft „Altes Bergwerk“ im Waldenburger [Walbrzych] Ortsteil Weißstein [Bialy Kamien] auf der Liste.



Waldenburg ist das „Alte Bergwerk“. Ein Teil der neuen Niederschlesischen Industriero-
Foto: Wagner

Letzteres feiert in diesem Jahr sein 250. Gründungsjubiläum. Dieses Wissenszentrum wurde vor fünf Jahren eingerichtet. Es informiert in sechs historischen Gebäuden über die Geschichte des

Bergbaus im schlesischen Bergland. Doch während historische Maschinen wie ein Siemens-Umformer von 1911 von der deutschen Geschichte der Region zeugen, werden bei didaktischen Bil-

dingsangeboten für Kinder nur Geschichten polnischer Einwanderer nach 1945 erzählt. Einen besonderen Raum erhielten hier die Nachfahren polnischer Bergleute, die im 19. Jahrhundert nach Frankreich emigrierten und nach Kriegsende den polnisch verwalteten Teil Ostdeutschlands besiedelten. Die Geschichte der Deutschen, die nach dem Krieg jahrelang in Waldenburg festgehalten wurden und ihr Wissen und Können an die nun polnische Industrie weitergeben mussten, sucht man hier vergebens.

Deutsche Geschichte ausgeblendet

Eine der ersten großen Maßnahmen, welche die Einrichtungen auf der Route der Industriedenkmäler gemeinsam veranstalten wollen, ist eine Oldtimer-Rally von Objekt zu Objekt. Diese ist für September angesetzt. Im Marschallamt hofft man auf einen großen Zulauf, da durch die Epidemie 90 Prozent der Bürger des Landes ihre Ferien in der Republik Polen verbringen wollen. Die neue Route soll sie nach Niederschlesien locken, das in den polnischen Urlaubsplanungen oft noch nicht vollständig angekommen ist.

Chris W. Wagner

STILLE IST RUHE

Die Kirche auf dem Heiligen Berg

... bei Pollnow – Kultstätte, Wallfahrtsort, Gesundbrunnen, Einsiedlerklausen und Kapelle

VON JÜRGEN LUX

Als einer der drei berühmten heiligen Berge Pommerns (der zweite ist der Gollen bei Köslin, der dritte der Revekol bei Schmolzin (Kr. Stolp) ragt er etwa 60 m hoch über das Grabowtal hinaus und liegt nur 1,9 km westsüdwestlich von Pollnow (Kr. Schlawe). Früher konnte man von seinem Gipfel in 156 m Höhe ü. d. M. aus einen prächtigen Fernblick genießen über die Stadt an seinem Fuße und das Wiesental der Grabow hinweg zu den Varbelower Höhen im Osten, den Sohrbergen im Norden, jenseits des Urstromtals und die Rotzoger Höhen im Westen. Man geht heute davon aus, dass sich hier in vorchristlicher Zeit ein Burgwall oder eine heidnische Kultstätte befand, bevor um die Zeit der Christianisierung im 12. Jahrhundert eine Kapelle erbaut wurde, die später als Wallfahrtskirche genutzt werden sollte. Sie war der heiligen Mutter Gottes Maria geweiht und enthielt ein wundertätiges Gnadensbild. Tag und Nacht war sie geöffnet. Deshalb entwickelte sich das Sprichwort: „Du hast den Mund so weit offen wie die Türe der Pollnower Kirche“. Diese Wallfahrtskirche, die den Pollnower Bürgern vom 12. bis zum 16. Jahrhundert auch als Pfarrkirche diente, zog Pilger aus ganz Europa an. In den Jahren 1435 und 1485 sind Pilgerreisen schriftlich überliefert. Ziel der Wallfahrten war u. a. die Vergebung der Sünden für Morde. Im Jahre 1544, mehrere Jahre nach Einführung der Reformation in Pommern, war Pollnow der einzige Wallfahrtsort, den Pilger noch aufsuchen konnten. Das Marienheiligtum wurde vermutlich um die Mitte des 16. Jahrhunderts aufgelöst. Erst nach der Reformation wurde in der Stadt Pollnow am Marktplatz eine neue Kirche gebaut, die alte auf dem Hl. Berg und alle Nebengebäude verfielen bzw. wurden abgebrochen, die letzten Mauern standen noch im 19. Jahrhundert. Anfang des 20. Jahrhunderts war von der Bergkirche immerhin noch ein Teil des Kellergewölbes erhalten.

Mythen und Legenden umranken seither diese Stätte. Angezogen von der Wunderkraft der Abbildung der Gottesmutter Maria und den heilenden Kräften des Wassers einer am östlichen Abhang sprudelnden Quelle, brachten die vielen Pilger dreihundert Jahre lang viele kostbare Geschenke mit. Die inzwischen zu einer festen Kirche ausgebaut Wallfahrtskapelle soll mit den 12 Aposteln aus purem Gold geschmückt gewesen sein.

Die Pollnower Einwohner glaubten auch nach der Auflösung des Marienheiligtums weiterhin an die Wunderkräfte dieses Ortes, Heimlich sammelten sie Steine aus den Trümmern der Kirche und schöpften Wasser aus der Heiligen Quelle (auch Gesundbrunnen genannt). Von Ge-

neration zu Generation wurden in den Familien Steine und Ziegel aus dem alten Heiligtum aufbewahrt und weitergegeben.

Oben auf dem Hl. Berg existieren heute noch unter der Erdoberfläche Überreste der Kirche, des Klosters und eines großen Friedhofes. Hier befinden sich auch die Ruhestätten der alten von Glasenapps aus Pollnow, der von Natzmers aus Gutzmin und der Bewohner des ganzen Landes Pollnow. Sicher ist, dass in früheren

schon im Jahre 1188. Die Kapelle auf dem Heiligen Berg bei Pollnow muss um diese Zeit oder etwas später entstanden sein, ihr genaues Gründungsdatum ist nicht mehr zu ermitteln. Mönche (vermutlich Zisterzienser) haben damals den im Grabowtal wohnhaften deutschen Siedlern und den ansässigen slawischen Pomoranen die christliche Lehre übermittelt und die alte heidnische Opferstätte zerstört.

Der letzte Besitzer des Heiligen Berges, Karl Pieper, dessen Gehöft heute



Die kleine Holzkirche auf dem Heiligen Berg, es finden regelmäßig Gottesdienste statt.

Foto: Jürgen Lux

Zeiten ein unterirdischer Gang vom Schloss in Pollnow bis zur Kirche auf dem Heiligen Berg verlief. Der untere Eingang im Schloss existierte noch 1945, er war allerdings zugemauert. Er befand sich im Keller des mittleren Schlossteils, damals im Eigentum der Großeltern des Autors. Auch der obere Eingang ist inzwischen bekannt. Er befindet sich am Fuße des Heiligen Berges. Nachdem es wohl nach 1945 zu einem Unfallereignis kam, bei dem ein Kind zu Schaden gekommen sein soll, wurde auch der obere Eingang versiegelt. Er ist heute öffentlich nicht zugänglich.

Der alte sagenumwobene Gesundbrunnen, der vom Trigonometrischen Punkt 156,6 m etwa 980 m in südöstlicher Richtung entfernt liegt, wurde im Jahr 2001 von Rügenwalder Franziskanermönchen vorbildlich restauriert. Früher befand sich etwa 100 m unterhalb des Brunnens ein Stauteich. Eines Tages könnte dieser ebenfalls wieder hergestellt werden.

Die Marienkapelle auf dem Gollenberg bei Köslin wird zum ersten Mal 1263 erwähnt, stand dort aber vermutlich

noch am Fuße des Hl. Berges steht, fand am 16. Juli 1926 zwei große gusseiserne Tafeln, die aus der Kirche auf dem Heiligen Berg stammen müssen. Abgebildet sind die Hochzeit zu Kana in Galiläa sowie Elias und die Witwe von Sarepta. Gefunden wurden sie, als ein Wald gerodet wurde und als Acker urbar gemacht werden sollte. Er vermachte sie dem Kreisheimatmuseum in Rügenwalde (heute Muzeum Darlowo), wo sie heute noch als Exponate zu betrachten sind. Bei archäologischen Ausgrabungen auf dem Heiligen Berg könnte noch manche Überraschung zu Tage gefördert werden. Die Stätte dort oben befindet sich jedoch im Besitz der Franziskaner und die haben offenbar weiteren Ausgrabungen bisher nicht zugestimmt.

Aber es tut sich etwas am und auf dem Heiligen Berg. Bereits unten an der Straße nach Rotzog begrüßte uns 2005 ein deutsches Hinweisschild „HEILIGER BERG“ (inzwischen leider entfernt). Noch vorhanden ein weiteres Schild: „Stille ist Ruhe“. Der Franziskanerpater Janusz Jedryzek aus dem Kloster in Rügenwalde begann im Jahre 2001 mit Genehmigung des

Kösliner Bischofs mit den Arbeiten. Zunächst wurde der berühmte Gesundbrunnen wieder hergestellt. Offenbar kann man das klare Bergwasser wieder bedenkenlos trinken (der Autor übernimmt hier aber keine Gewähr). Entlang des Fußweges, der von der alten Ziegelei Zinke aus auf das Bergplateau führt, sind eine Vielzahl von 2 m hohen hölzernen Statuen mit christlichen Motiven im kaschubischen Stil aufgestellt. Auf halber Höhe begrüßt den Wanderer eine lebensgroße Figur des Heiligen Franz von Assisi in einem kleinen von einem Holzzaun umgebenen blumengeschmückten Gärtchen. Und oben auf dem Berg wurde 2004 eine Einsiedlerklausen errichtet und im Jahr 2005 fertig gestellt, wo der christliche Wanderer jeder Konfession Ruhe findet und wo auch regelmäßig katholische Gottesdienste gefeiert werden. Der Grundstein für den Wiederaufbau der Kapelle auf dem Heiligen Berg wurde am 6.6.1999 durch Papst Johannes Paul II. in Pelplin geweiht. Selbst war der polnische Papst mit dem bürgerlichen Namen Karol Wojtyła (*18.5.1920, †2.4.2005) allerdings nie in Pollnow.

Die Klausen wurde inzwischen ausgebaut. Jetzt können Pilger und alle Besucher des Heiligen Berges in einer kleinen Holzkirche Ruhe finden, ein Gebet verrichten und Gottes heiligen Namen ehren. Diese steht etwa 20 m südlich von der immer noch als Steinwall zu erkennenden Ruine der ehemaligen Wallfahrtskirche. Im Juni 2010 besuchte Erzbischof Dr. Schick aus Bamberg den Heiligen Berg aus Anlass der Weihung einer aus Bamberg nach Pollnow verbrachten Reliquie des heiligen Bischofs von Bamberg, des Apostels der Pommern, der die Pommern 1124/1125 und 1128 missionierte. Der östlichste Punkt war damals allerdings Belgard, aber das sollte die Pollnower nicht daran hindern, ihn 45 km weiter östlich im Jahre 2010 ebenfalls zu würdigen und zu verehren.

Inzwischen sind weitere 10 Jahre vergangen, in denen Vater Janusz, der Franziskanermönch auf dem Heiligen Berg die Heilige Stätte weiter ausgebaut hat. Es finden dort regelmäßig Gottesdienste und inzwischen auch mit Genehmigung des Kösliner Bischofs Trauungen statt. Auf dem Berg befindet sich u. a. ein Gedenkstein für die 1917 ermordeten armenischen Christen, den ersten Genozid des 20. Jahrhunderts. Allen Lesern sei diese christliche Stätte ans Herz gelegt. Vater Janusz würde sich sicher freuen, auch Sie dort oben auf dem Heiligen Berg demnächst begrüßen zu dürfen.

• Weitere Info

www.pollnow.de
www.rummelsburg.de



Fotos: Jürgen Lux

• BAUERNREGELN FÜR DEN MONAT JULI

Hundstage hell und klar, geben ein gutes Jahr – Ist das Wetter am Siebenbrüderstage (10.7.) klar und rein, so wird es sieben Wochen sein – Sind die „Sieben Brüder“ naß, regnets lang ohn’ Unterlaß – Wenn’s Margareten (13.7.) regnen muss, gibt es keine Haselnuß. – Regnets an Mariä-Magdalenenstag (22.7.), so folgt gewiss mehr Regen nach. – J Sind um Jacobi (25.7.) die Tage warm, gibt’s im Winter viel Kält’ und Harm. – Wenn Abends de Näbel trecken, kannst du up schön Wäder reken. – Wenn die Haselnüsse geraten, gedeien auch die Eicheln. – Ist der Juli kalt und naß, bleibt leer Scheun und Faß. (Aus dem Pommerschen Heimatbuch)

• POMMERSCHES LANDESMUSEUM

Donnerstag, 23. Juli, 17 Uhr:
Der Klostergarten im Hochsommer
Anett Stolte nimmt Sie mit auf eine Erlebnisführung zum Thema Kräuter- und Duftpflanzen, die alle Sinne anspricht. Wer Lust hat, kann sich anschließend ein Kräutersträußchen pflücken.
Die Teilnehmerzahl ist auf zehn Personen beschränkt, daher wird um Voranmeldung am Tresen während der Öffnungszeiten gebeten, entweder persönlich oder telefonisch unter 03834-831229.
Eintritt: 5,00 €
Rakower Straße 9 • 17489 Greifswald
www.pommersches-landesmuseum.de

• THE GREAT

Katharina die Große aus Stettin einmal ganz anders, in einer Mini-Film-Serie, die auf Amazon prime video anzusehen ist. Es ist kein Dokumentarfilm. Die herausragende amerikanische Schauspielerin Elle Fanning, bissige Dialoge und ein schräger Blick auf die Geschichte zeigt die zehnteilige Mini-Serie «The Great». Sie gehört schon jetzt zu den besten Streamingangeboten des Jahres. Das ist die Geschichte: Zar Peter III. heiratet die junge Katharina aus Stettin. Die ist am russischen Hof aber nicht nur unglücklich, sondern träumt auch bald davon, ihren Mann zu stürzen und die Macht zu übernehmen. Tatsächlich starb Peter III. später unter mysteriösen Umständen, was den Beginn der Herrschaft von Katharina der Großen markierte. Hiervon inspiriert erzählt «The Great» die Geschichte aus Sicht von Katharina.
Das Drehbuch und die Idee zur Serie stammt vom Australier Tony McNamara. Derzeit ist die Original-Version in englischer Sprache mit deutschen Untertiteln zu sehen, die deutsche Synchronisation läßt auch, wie kann es anders sein, coronabedingt auf sich warten. BS

Katharina II. im Ornat der regierenden Zarin (1778)
Gemälde von Vigilius Eriksen

Foto: Wikipedia



Links: Holzstatue Bischof Otto von Bamberg, des Apostels, der die Pommern 1124/1125 und 1128 missionierte.

Rechts: Eines der Gedenkkreuze auf dem Heiligen Berg. Das Eiserne Kreuz mit den Daten des I. Weltkriegs 1914 - 1918 und der zweisprachigen Inschrift: Wenn das menschliche Gedenken erlischt, werden die Steine weitersprechen.

„Es ist 100 Sekunden vor 12 Uhr“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

„

„Während ich mir so nach und nach das Lesen etablierter Zeitungen abgewöhne, bleibt die PAZ meine Tageslektüre. Es gibt immer was zu lernen und man hat endlich mal was zu lachen“

Jens Bartelt, Rostock
zu: Hauptsache Trump (Nr. 25)



Beilage zur Ausgabe Nr. 26

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum,
Buchtstraße 4, 22087 Hamburg,
Fax (040) 41400850
oder per E-Mail an redaktion@
preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

WEITERE SCHLESISCHE MUSEEN ZUM BEILAGENTHEMA: DIE GANZE BANDBREITE SCHLESIENS (NR. 26)

Vielen Dank für den ganzseitigen Beilagen-Artikel zum 2006 eröffneten „Schlesischen Museum“ in Görlitz.

Als Ergänzung möchte ich dazu noch erwähnen, dass es auf der heute polnischen Seite der geteilten Stadt, in der „Neiße-Vorstadt“, direkt am östlichen Neiße-Ufer, zwei Gebäude gibt, die sich ebenfalls in Dauer- und Sonderausstellungen mit der schlesischen/Lausitzer Geschichte befassen.

Es sind das „Jakob-Böhme-Haus“, in dem der berühmte Philosoph und Schuhmacher von 1599 bis 1610 wohnte, und das „Lausitz-Museum“, welches das „Böhme-Haus“ mit betreut und in dem ebenfalls interessante Ausstellungen zu aktuellen und geschichtsträchtigen Themen zu sehen sind.

Beide Museen sollten bei einem Görlitz-Besuch mit auf dem Programm stehen.
Manfred Kristen, Freital

AUCH MARX WAR EIN RASSIST

ZU: WENN DIE ERINNERUNG
GESÄUBERT WIRD (NR. 26)

Wieder einmal ein brillanter Beitrag, der an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig lässt. Treffend wurde die gegenwärtige Bilderstürmerei mit Ereignissen aus der Geschichte verglichen, man könnte auch noch die Taliban und den sogenannten Islamischen Staat erwähnen.

In diesem Zusammenhang stelle ich zugleich die Frage, warum man bisher Denkmäler von Karl Marx verschont hat. Der Kapitalismuskritiker hat aus heutiger Sicht mit etlichen seiner Äußerungen tatsächlich einen blühenden Rassismus und Antisemitismus gepflegt. So schrieb er am 9. Februar 1860 in einem Brief an Friedrich Engels, er wolle ein Werk seines Konkurrenten, des jüdischen Sozialistenführers Ferdinand Lassalle, nur lesen, wenn es „nicht nach Knoblauch duftet“. Lassalles Kopfbildung und Haarwuchs seien

nämlich Beweis dafür, dass „er von den Negern abstammt, die sich dem Zug des Moses aus Ägypten anschlossen (wenn nicht seine Mutter oder Großmutter von väterlicher Seite sich mit einem Nigger kreuzten)“.

Den Mann seiner Tochter Laura, Paul Lafargue, der aus einer kreolischen haitianisch-kubanischen Familie mit afrikanischen, europäischen und karibischen Vorfahren stammte, bezeichnete Marx als „Negrillo“, „Nigger“ oder „Gorilla“, der „die üble Narbe von dem Negerstamm“ habe: „kein Gefühl der Scham“ (aus einem Brief an Friedrich Engels vom 11. November 1882).

Doch dies scheint die heutigen Jünger der kommunistischen Ikone nicht zu stören, jedenfalls ist nicht bekannt, dass jemand schon erwogen hätte, eines der zahlreichen Denkmäler von Marx in Deutschland vom Sockel zu stoßen.

Muss man nun aber alle historischen Größen, die man plötzlich als üble Rassisten ausmacht, für ihre Aussagen und Taten verdammen und aus den Annalen tilgen? Der Historiker Eberhard Straub erinnert dazu an ein Zitat Goethes aus dessen Farbenlehre, das sich einreicht in ähnliche Zitate der letzten Jahrzehnte. So schrieb etwa der renommierte Historiker Thomas Nipperdey (1927–1992) schon 1979 in seinem Werk „Kann Geschichte objektiv sein?“, es sei „anachronistisch, unsere Werte auf fremde Zeiten anzuwenden, Vergangenheit mit unseren Werten zu messen“.

Und Papst Benedikt XVI. mahnte am 25. Mai 2006 in Warschau: „Wir müssen uns hüten vor dem arroganten Anspruch, uns zu Richtern früherer Generationen zu erheben, die in anderen Zeiten unter anderen Umständen lebten.“

Noch drastischer formulierte es der ehemalige russische General Alexander Lebed, als er am 15. Januar 1997 ins Gästebuch der KZ-Gedenkstätte Dachau schrieb: „Man darf nicht mit der Pistole auf die Vergangenheit schießen, weil sonst mit Kanonen zurückgeschossen wird.“ Aus der Riege deutscher Politiker schließlich betonte Franz Josef Strauß im

Jahre 1974, „dass die beste Vergangenheitsbewältigung die Vorsorge für eine Zukunft ist“.

Goethes Zeitgenosse Friedrich Schiller warnte übrigens in einem Brief an den Prinzen Friedrich Christian zu Schleswig-Holstein vom 13. Juli 1793: „Man wird in anderen Erdteilen den Negern die Ketten abnehmen und in Europa den Geistern anlegen.“ Genau dieser Eindruck aber drängt sich auf, wenn man heute sieht, mit welchen absurden Methoden versucht wird, geschichtliche Ereignisse zu „bewerten“.
Wolfgang Reith, Neuss

WER ZIEHT DIE REISSLEINE?

ZU: JETZT WIRD ES GRUNDSÄTZLICH
(NR. 25)

Die Welt scheint völlig durchgeknallt zu sein. Zuerst laufen die Massen einer stigmatisierten Minderjährigen (Greta) hinterher. Dann wird ein Gewaltkrimineller (George Floyd) wie ein Märtyrer zu Grabe getragen, „komplett mit Heiligenschein und Engelsflügeln“. Gleichzeitig werden Denkmäler, die seit Jahrzehnten vielleicht schon dort stehen, von Präsidenten, Generälen, Entdeckern und so weiter vom Sockel gerissen.

Ich frage mich, wann das Columbus-Center in Bremerhaven umbenannt werden muss und die kleine Columbus-Statue abgerissen werden muss. Außerdem werden wir alle gender-neutral geboren und können später entscheiden, welches Geschlecht wir annehmen wollen.

Wenn nicht bald jemand die Reißleine zieht, haben alle normal Denkenden und Handelnden verloren. Und der Letzte macht das Licht aus.

Alexander Schnell, Steinau

KANONENFUTTER FÜR DIE USA

ZU: ZWISCHEN WUNSCH UND
WIRKLICHKEIT (NR. 24)

Nach Meinung des PAZ-Chefredakteurs René Nehring sei die Sicherheit Deutschlands von der militärischen Beistandsga-

rantie der USA abhängig. Diese sei gefährdet, wenn wir unsere NATO-Beiträge nicht auf zwei Prozent aufstockten. Kaufen wir uns damit tatsächlich Sicherheit ein? Welche Rolle spielt Deutschland in den Militärstrategien der USA?

Die USA haben den INF-Vertrag gekündigt, der die Vernichtung von Kurz- und Mittelstreckenraketen zum Inhalt hatte. Ebenso ist der START-1-Vertrag zur Reduzierung nuklearer Trägersysteme aufgelöst worden. Weitere Sicherheitsriegel sind beiseitegeschoben worden. Wozu? Es geht um weltweite militärische und wirtschaftliche Dominanz der USA. Sie wollen jegliche Beschränkung bei der Ausrüstung abschütteln. US-Präsident Donald Trump erklärt: „Wir haben viel mehr Geld als jedes andere Land, und wir werden unser Rüstungsarsenal erweitern, bis sie zur Besinnung kommen.“

Die USA haben sogenannte „Mini-Atombomben“ entwickelt, die die sechsfache Sprengkraft der Hiroshima-Bombe haben, sowie „Bunkerbrechende Atombomben“ für Ziele, die unter der Erde liegen, aber angeblich harmlos für die Zivilbevölkerung sein sollen. Mit Wegfall der Verträge sollen sie weltweit eingesetzt werden.

Das „Bulletin of the Atomic Scientists“, das seit 1945 die Gefahr eines Atomkrieges ermittelt, hat kürzlich die Zeiger der Weltuntergangsuhr nochmal vorgestellt auf 100 Sekunden vor 12 Uhr, das heißt, wir standen laut diesen Wissenschaftlern noch nie so kurz vor einer atomaren Vernichtung. So dramatisch war die Lage noch nie!

Was bedeutet das für Deutschland? In der Bundesrepublik sind an drei Standorten Atomsprengköpfe stationiert. US-amerikanische Drohnen werden zu weltweiten Kriegseinsätzen der USA in Deutschland von US-amerikanischen Soldaten gesteuert.

Das heißt: Sollte ein Konflikt weltweit eskalieren, dient Deutschland als vorgelagerter Puffer für die USA und läuft Gefahr, als Kanonenfutter für US-amerikanische Interessen verzehrt zu werden.

Peter Tolkien, Porta Westfalica

ANZEIGE

Jetzt bestellen!
Versandkostenfreie Lieferung
innerhalb Europas

Warum eine ideologisch manipulierte Sprache unser Denken blockiert – und was wir dagegen tun können

■ Schluss mit der Sprachmanipulation durch die »Qualitätsmedien«! Der Bestsellerautor Thor Kunkel erklärt anhand von circa 300 teils illustrierten Beispielen, wie Begriffsumdeutungen den gesunden Menschenverstand ausschalten sollen.

Durch Sprachregelungen errichtet eine gleichgesinnte Obrigkeit aus Politikern und Journalisten immer neue moralische Denkblockaden, die eine kritische Auseinandersetzung mit den Realitäten verhindern sollen. Denn was nicht gedacht werden kann, kann auch nicht artikuliert werden.

Sprache als Werkzeug der Repression und Gedankenkontrolle

Die von den staatstragenden Medien vorangetriebene Infantilisierung der deutschen Sprache, einst eine der präzisesten Sprachen der Welt, hat inzwischen groteske Ausmaße erreicht. Ein Blick in die deutschen Gazetten zeigt: Sie quellen über von Worthülsen, Begriffsumdeutungen, halbwahren Floskeln, wohlfeilen Mustersätzen, linguistischen Simplifizierungen, Kampfbegriffen und ewig gleichen linkspädagogischen Argumentationsmustern, die das Denken der Menschen normieren, ja ausschalten sollen.

Man muss kein Linguist sein, um in diesem Gesinnungsdiktat, das erwachsenen Menschen verbieten will, so zu sprechen, wie ihnen der Schnabel gewachsen ist, eine volkspädagogische Erziehungsmaßnahme zu erkennen.

Auch gut gemeinte Bevormundung ist Manipulation

Es ist Zeit, sich die sprachliche und somit intellektuelle Entwaffnung zu verbitten und das »Wahrhügen« der Medien an konkreten Beispielen zu hinterfragen. Wer der Zerstörung seiner Sprache nur untätig beiwohnt und ihre Verarmung auch noch begrüßt, dessen geistiger Horizont sinkt irgendwann auf die Breite des von der Regierung erwünschten Meinungskorridors ab.

Für dieses Werk betrieb der Bestsellerautor und Kommunikationsberater Thor Kunkel zusammen mit seinen Mitarbeitern 2 Jahre lang ein breit gefächertes Media-Monitoring.

Dieses Buch ist auch eine Einladung an alle, sich aktiv der Infantilisierung ihrer Sprache – und ihres Denkens – zu widersetzen und selbst zu Aktivisten zu werden. Es ist auch ein »Trainingslagerbuch« mit vielen Tipps aus der Praxis.

Holen wir uns unsere Sprache zurück!

Thor Kunkel
Das Wörterbuch der
Lügenpresse
Deutsch – Lügenpresse
Lügenpresse – Deutsch
KOPP

Thor Kunkel: Das Wörterbuch der Lügenpresse • gebunden • 383 Seiten • durchgehend farbig illustriert • Best.-Nr. 979 100 • 22.99 €

STADTJUBILÄUM

Über sich hinausgewachsen

Freiburg im Breisgau wollte im Juli den 900. Jahrestag seines Stadtrechts feiern – Es fällt wegen Corona aus

VON BETTINA MÜLLER

Lässt man am Freiburger Münster die Blicke nach oben schweifen, so könnte man annehmen, dass man sich in Sodom und Gomorrha befindet und nicht im Schwarzwald. Etliche in Stein gemeißelte, oft äußerst gruselig anmutende (Phantasie-) Tiere, aber auch Menschen in zum Teil sehr unvorteilhaften Posen, ragen waagrecht und keck an verschiedenen Stellen an den Außenbauwerken hervor. Sie sind als Wasserspeier Teil eines ausgeklügelten Entwässerungssystems, um das altehrwürdige Gemäuer der von zirka 1200 bis 1513 entstandenen Stadtpfarrkirche von Freiburg im Breisgau vor schädlichem Regenwasser zu schützen.

Über die Entstehung der mitunter auch sehr derben Darstellungen in schwindelerregender Höhe – berühmt ist zum Beispiel der „Hinternentblößer“ mit zwei Köpfen – streiten sich die Fachleute bis heute, weil die Steinmetze kaum etwas Schriftliches hinterlassen haben. So rätselt der Besucher über viele der schauerlichen Wesen, fragt sich, warum der Mensch da oben skelettiert ist und sich verzweifelt an den Schädel fasst, der andere eine Grimasse schneidet oder der da hinten wiederum zwei Köpfe hat.

Was auch immer die Steinmetze damals zu ihren Kreationen bewegt haben mag, sei es nun, um Geister abzuwehren, zu mahnen, zu verspotten oder den Freiburgern ihre Laster vorzuhalten, die Ergebnisse ihrer Schaffensprozesse sind noch heute in mehr oder weniger gutem oder rekonstruiertem Zustand mit dem Freiburger Münster verschmolzen.

Ein Fall für die Parapsychologie

Durch ihre Position in luftiger Höhe hat die merkwürdige Mischpoke uneingeschränkte Sicht auf die Stadt im Schwarzwald, der vor 900 Jahren von Herzog Konrad I. von Zähringen und seinem Bruder Berthold III. das Stadt- und Marktrecht verliehen wurde. Und eigentlich müsste man nun noch einen neuen Wasserspeier namens „Corona“ fest am Münster anbringen, denn sie ist daran schuld, dass die an diesem Juli-Wochenende geplanten Jubiläumsfeiern ausfallen müssen.



Blick vom Münster aufs Herz der Stadt: Dem Marktrecht vor 900 Jahren verdankt Freiburg seine Metropolfunktion

Die Wasserspeier wachen seit Jahrhunderten über die viertgrößte Stadt Baden-Württembergs, die mit zu den wärmsten und sonnenverwöhntesten Gegenden Deutschlands gehört. Sollte jemand die merkwürdigen steinernen Gestalten real herumspuken sehen, so empfiehlt sich vor Ort ein Besuch der in Deutschland wohl einzigartigen „Parapsychologischen Beratungsstelle“ in der Hildastraße, die Menschen Hilfestellung leistet, die „ungewöhnliche, paranormale, okkulte oder unerklärliche Erfahrungen gemacht“ haben.

Die beratungsresistenten Wasserspeier sehen derweil von oben – nicht ungnädig – eine Stadt mit knapp 230.000 Einwohnern, die sich vor allem Ökologie groß auf die Fahne geschrieben hat. Es ist kein Zufall, dass in der „Green City“ das Öko-Institut e.V. ansässig ist, das mittlerweile in Europa führend auf dem Gebiet der sogenannten Nachhaltigkeitsforschung ist. Durch das angenehme Ambiente mit sei-

nen vielen Grünflächen herrscht eine fast mediterrane Atmosphäre, in der man entspannt durch die mittelalterlichen Stadtore wandeln kann, durch die Gassen der Altstadt oder über den Freiburger Wochenmarkt am Münster.

Ältester Gasthof wird auch 900

Vorsicht ist des Nachts angeraten, und zwar nicht wegen der mysteriösen Wasserspeier. Die „Freiburger Bächle“, künstlich angelegte und vom Fluss „Dreisam“ gespeiste Wasserläufe, die die Altstadt wie ein Netz durchziehen, sollte man besser nicht nach übermäßigem Genuss des Hausbiers aus der in Freiburg beheimateten Ganter-Brauerei überqueren. Viele Höhepunkte der Stadt lassen sich gut mit der „StraBa“, der Freiburger Straßenbahn, erkunden, die zum Beispiel im ältesten Stadtteil „Oberlinden“ an einem der schönsten Plätze Freiburgs vorbeifährt.

Und schon wieder hat ein Tier das Sagen: Im „Roten Bären“ in Oberlinden aus

dem Jahr 1120 befindet man sich im wohl ältesten Gasthof Deutschlands. Abseits der Touristenpfade erreicht man mit der „StraBa“ zum Beispiel aber auch den Stadtteil Günterstal, wo die Schauinslandbahn den Aufstieg auf den Hausberg der Freiburger wesentlich erleichtert.

Zurück am Hauptbahnhof herrscht zunächst wieder Verwirrung. Wieso sieht die Kirche da hinten aus wie der Limburger Dom? Schließlich ist der doch in Hessen. Tatsächlich wurde die Herz-Jesu-Kirche in den Jahren 1892 bis 1897 stilistisch stark dem imposanten hessischen Vorbild angepasst, auch um den damals neuen Stadtteil „Stühlinger“, in dem sich die Kirche befindet, Prestige zu verleihen. Aufatmen, Erleichterung, alles richtig gemacht: Man ist in Freiburg.

● Wegen den Corona-Maßnahmen hat man das Jubiläumsprogramm abspecken müssen. Einzelheiten dazu unter der Internetadresse www.2020.freiburg.de

FREILICHTMUSEUM

Königsberger Straße

Schon kurz nach den Corona-Lockierungen war das Freilichtmuseum Kiekeberg ein beliebtes Ausflugsziel für viele Hamburger Familien. In dem vor den Toren der Hansestadt in der niedersächsischen Gemeinde Rosengarten gelegenen Museumsdorf kann man nachvollziehen, unter welchen einfachsten bauerlichen Verhältnissen unsere Vorfahren gelebt haben.

Inzwischen gibt es dort auch eine „Königsberger Straße“, an der bis 2022 fünf Gebäude entstehen. Bereits fertig sind eine Tankstelle und ein rekonstruiertes Siedlungsdoppelhaus aus den 50er Jahren, das damals zu Hunderten gebaut wurde, um die Wohnungsnot zu lindern. Darin ist jetzt eine neue Dauerausstellung eröffnet worden, welche sich mit den zwölf Millionen Flüchtlingen und Vertriebenen befasst, die ab 1945 aus Ostdeutschland kamen und von denen viele zunächst in beengten Nissenhütten hausen mussten. Eine solche ist schon seit 2007 im Museumsdorf aufgestellt.

Der Landkreis Harburg, in dem das Freilichtmuseum am Kiekeberg liegt, zeigt nun, wie sich die Integration der Neubürger vollzog. „Der Landkreis nahm überproportional viele Menschen auf“, erklärt Museumsdirektor Stefan Zimmermann, „wohnten hier 1939 noch 62.602 Menschen, waren es zehn Jahre später bereits 124.397.“ Ganz generell habe es im Bauen und Wohnen, aber auch im gesellschaftlichen Leben große Umbrüche gegeben, die teilweise bis heute den Alltag und das Erscheinungsbild von Dörfern in ganz Deutschland sowie deren Beziehungen zu nahen Großstädten prägen.

Die Dauerausstellung in der „Königsberger Straße“ zeigt auch die Entwicklungen und Veränderungen in den wirtschaftlichen Beziehungen mit der Großstadt Hamburg, im Verkehr, in der Politik oder im Freizeitbereich. Laut Zimmermann lassen sich bei den Themen Flucht oder neue Lebensstile angeblich auch Parallelen in die aktuelle Zeit ziehen.

H. Tews

● Freilichtmuseum am Kiekeberg, Am Kiekeberg 1, 21224 Rosengarten-Ehestorf, Telefon (040) 7901760. Eintritt: 9 Euro. www.kiekeberg-museum.de

MODE

Ende der pastellfarbenen Zeit

Die Modemarke Laura Ashley steht vor dem Aus – Lady Di war die prominenteste Kundin des britischen Traditionshauses

Wer die Mode und Textildesigns der britischen Traditionsfirma Laura Ashley kennt und mag, wird es bedauern, dass dieses Handelshaus Mitte März Konkurs angemeldet hat. Der ehemals prosperierenden Marke machte seit Jahren eine rückläufige Nachfrage im Onlinehandel und in den noch verbliebenen Einzelhandelsgeschäften zu schaffen. Laura Ashley steht für zeitlos schöne, pastellbunte und blümchenzarte Damenmode, für lange Rüschenkleider, elegante Strick-Oberbekleidung und hochwertige Wohnaccessoires im englischen Landhausstil.

In den 1970er und 80er Jahren war die Modemarke in vielen Ländern auf der ganzen Welt populär. Die prominenteste Anhängerin des konservativen Laura-Ashley-Stils war die 1997 tödlich verunglückte Lady Diana. Nachdem sich das Unternehmen geschmeidig den neueren Modetrends angepasst hatte, konnte es später wieder mit seinen Vintage-Kollektionen

punkten, ohne jedoch an die früheren Erfolge anzuknüpfen.

Die 1953 von dem walisischen Ehepaar Laura und Bernard Ashley gegründete Handelsfirma wurde nach dem Börsengang 1985 von ihren wechselnden Geschäftsführern hinsichtlich des Portfolios erweitert, zunächst um Wohnmöbel, dann auch um Küchen- und Badezimmer-einrichtungen. Zu dem Konzern gehören ferner eine Hotelkette sowie die in England beliebten Teehäuser „The Tea Room“. Neben dem dominierenden Online-Handel überstanden in Großbritannien 150 Ladengeschäfte den jahrelangen Schrumpfungsprozess.

Alles begann in London Anfang der 1950er Jahre, als die 1925 in Wales geborene Laura Ashley Schals, Kopftücher, Tischläufer, Geschirrtücher und Servietten aus Stoffen verkaufte, die ihr Mann mit Motiven von historischen Textilien und Porzellan bedruckt hatte. Ihre Vorbil-

der, kleinflächige floreale Muster, fand die junge Frau in einer Sonderausstellung mit viktorianischer Volkskunst im Victoria-



Bald dicht: Londoner Laura-Ashley-Filiale

und-Albert-Museum. Womöglich gab die Schauspielerin Audrey Hepburn ihrem Geschäft den entscheidenden Auftrieb. In dem Film „Ein Herz und eine Krone“ trat sie neben Gregory Peck mit einem Kopftuch in Erscheinung. Als Mode-Ikone kreierte sie damit einen neuen Stil, der bei Laura und Bernard Ashley eine große Nachfrage auslöste.

Ihre Designs waren binnen kurzer Zeit sehr beliebt und wurden sowohl im Versandhandel vertrieben als auch in großer Stückzahl in den Londoner Kaufhäusern John Lewis und Heal's verkauft. Das Ehepaar vergrößerte sein Angebot zunächst um Baumwollkleider, Wollpullover und Kindermode. 1958 erlebten sie einen Rückschlag, als ihre Produktionsstätte in Südengland durch eine Flussüberschwemmung zerstört wurde.

Im walisischen Ort Carno bauten die Ashleys ihren Betrieb neu auf. Ende der 60er Jahre fand Laura mit dem damals

modischen Maxi-Rock die typische Silhouette ihrer Modelinie. 1968 wurde in London das erste Einzelhandelsgeschäft unter dem Firmennamen Laura Ashley eröffnet. Weitere, holzvertäfelte Laura-Ashley-Läden mit der charakteristischen grünen Fassade folgten, ab 1971 auch in Paris, den USA, Kanada, Australien, Japan, weiteren europäischen Ländern und im Nahen Osten. 1985 starb die Chefin des stark expandierten Unternehmens infolge eines Unfalls. Bernard Ashley starb 2009.

Ab Anfang der 1990er Jahre litt die Laura Ashley plc (public limited company) an der großen Zahl ihrer Einzelhandelsgeschäfte in Kombination mit der Abhängigkeit von einem komplexen und kostspielig ausgelagerten Netzwerk von Herstellern. Anfang März teilte der malaysische Großaktionär MUI Asia Limited mit, er sei nicht in der Lage, die nötigen Zeitrahmen finanzielle Unterstützung zu leisten.

D. Jestrzemska

FÜR SIE GELESEN

KI und die Verantwortung

Das Buch von Microsoft-Präsident Brad Smith und seiner Co-Autorin Carol Ann Browne „Tools and Weapons“ über die „Digitalisierung am Scheideweg“ ist spannend geschrieben. In 17 Kapiteln beschäftigen die Autoren sich mit dem Umgang „mit einer Technologie, die größer ist als wir“.

Snowdens Enthüllungen

Das lesenswerte Buch beginnt mit dem 20. Mai 2013, dem Tag, an dem Edward Snowden sich nach Hongkong absetzte mit mehr als einer Million höchst vertraulicher digitaler Dokumente im Gepäck. Später meldete die „Washington Post“, dass die Snowden-Dokumente enthüllen, wie der Auslandsgeheimdienst der USA, die NSA, weltweit Rechenzentren infiltriere. Dieser Artikel brachte das Weiße Haus samt Präsident Barack Obama in Aufregung, aber als das Jahr 2014 anbrach, hatte Obama „die Welt verändert und den Technologiesektor gleich mit“.

Die Causa Snowden zeigte das empfindliche Gleichgewicht zwischen dem Schutz persönlicher Daten und öffentlicher Sicherheit. Es war der Anfang einer Rechtsmittellkette, zumal die Öffentlichkeit schnell und heftig reagierte. Zum Schluss kam ein „Gesetz zur rechtsstaatlichen Nutzung der im Ausland gespeicherten Daten“ zustande. Am 23. März 2018 unterzeichnete Präsident Donald Trump das „CLOUD Act“-Gesetz.

Neue Welt der digitalen Medien

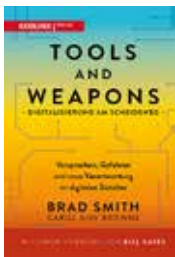
Smith, der als eine der angesehensten Persönlichkeiten der Technologiebranche gilt, zeigt eindrucksvoll auf, dass digitale Medien eine andere Welt geschaffen haben, doch wie wir damit umgehen sollen, sei immer noch nicht ganz klar. Die Technologie geht mit Riesenschritten voran, etwa mit dem Breitbandzugang von Glasfaserkabeln. Mit „TV-White-Space“ sollen die ländlichen Regionen erobert werden, wie bei der Elektrifizierung. Jedes Unternehmen wird zu einem IT-Unternehmen, ebenso wie eine Regierung. Es herrscht ein sehr starker Mangel an Lehrern, die Informatik unterrichten können. Alle diese Herausforderungen erfordern ein aktives Handeln.

Die Künstliche Intelligenz (KI) werfe nicht nur die Frage auf, was Computer tun können, sondern auch, was sie tun sollten. Die Künstliche Intelligenz beruht auf der menschlichen Wahrnehmung wie auf der menschlichen Kognition der Fähigkeit eines Rechners zum logischen Denken und Lernen.

Auf die Frage „Was brauche die Welt?“ ziehen die Autoren das Fazit: „Einen Motor für eine neue Generation des Wirtschaftswachstums – überall auf der Welt“.

Wolfgang Thüne

Brad Smith/Carol Ann Browne: „Tools and Weapons, Digitalisierung am Scheideweg, Versprechen, Gefahren und neue Verantwortung im digitalen Zeitalter“, Redline Verlag, München 2020, gebunden, 400 Seiten, 24,99 Euro



Symbole für Weite und Freiheit

Von Alarmglocke bis Wippfeuer erklärt Reinhard Scheiblich alles rund um die Leuchttürme, die Seefahrern den Weg bei gutem wie schlechtem Wetter weisen

FOTO:LEUCHTTÜRME WARNEBÜDE, IMAGO IMAGESHOTOSHOP



Leuchttürme werden oft mit romantischen Gedanken an die Seefahrt verbunden. Dass der Beruf des Leuchtturmwärters keineswegs romantisch war, beschreibt Reinhard Scheiblich in seinem reich bebilderten Buch

„Leuchttürme“. Neben einer Beschreibung der wichtigsten Signaltürme gibt es zahlreiche Informationen zu Funktion und Geschichte der technischen Bauwerke, deren moderne Varianten hoch technologisiert sind. *MRK*

Reinhard Scheiblich: „Leuchttürme. Von Borkum bis Usedom“, Ellert & Richter Verlag, Hamburg 2020, broschiert, 208 Seiten, 14,95 Euro

AFRIKA

Von Warlords und Bürgerrechtlern

Florian Stumfalls Romantrilogie zeigt, wie der imperiale Kampf um Gas- und Diamantenvorkommen einen Kontinent zerstört

VON WOLFGANG KAUFMANN

Florian Stumfall, der für den „Bayernkurier“ schrieb und seit Längerem zum Autorenstamm der *Preußischen Allgemeinen* zählt, gehört zu den besten deutschen Kennern der Verhältnisse in Afrika: Auf seinen journalistischen Reisen quer durch den Schwarzen Kontinent lernte er sowohl die Großstädte als auch das Wüstenleben kennen und sprach mit Ministern wie Rebellen. Seine Erfahrungen inspirierten ihn zu drei, stark an Tatsachen orientierten Romanen, welche eine lockere Einheit bilden und gemeinsam unter dem Titel „Tripoli Charlie. Feuer der Hochfinanz in Afrika“ erschienen.

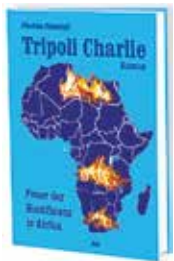
Der erste Teil der Trilogie, „Das große Geschäft“, spielt vor dem Hintergrund des Machtwechsels in Südafrika, an dessen Ende die Einparteiherrschaft des African National Congress (ANC) unter Nelson Mandela stand. Stumfalls Protagonisten schauen hinter die Kulissen und erlangen Kenntnis von einem Deal zwischen westlichen Strippenziehern in Wirtschaft, Politik und Geheimdiensten sowie schwarzen „Bürgerrechtlern“, der einerseits zum Sturz des Apartheid-Systems führte, andererseits aber auch die Gewinne von in Südafrika präsenten US-Firmen maximierte. Gleichzeitig wird beschrieben, wie der transnationale Energiekonzern SASOL in Mosambik einen blutigen Bürgerkrieg anzettelte, um die Konkurrenz davon abzuhalten, ebenfalls in dem mit großen Gasvorkommen gesegneten Land Fuß zu fassen.

Schauplatz des zweiten Romans „Die Aktion Erongo“ ist vorrangig Angola, wo bis 2002 mehrere Milizen gegeneinander kämpften. Dieses Ringen endete mit dem Tod des Führers der UNITA, Jonas Savim-

bi. Inwieweit das US-Diamantenkartell Oppenheimer hierin verwickelt war, schildert Stumfall ebenso kenntnis- und detailreich wie die unter afrikanischen Warlords übliche Praxis, Bodenschätze für den Kauf von Waffen und Munition zu verwenden.

„Tripoli Charlie“, der nun erschienene dritte und abschließende Teil des Romanzyklus, handelt von den Ereignissen rund um den Sturz des libyschen Revolutionsführers Muammar al-Gaddafi im Jahre 2011. Nach Stumfalls Darstellung tobte ein geheimer Krieg zwischen jenen Kräften im Westen, welche den Oberst irgendwie zu retten versuchten, und denen, die konsequent auf seinen Tod hinarbeiteten. Zu den Letzteren gehörten dem Roman zufolge vor allem die Gegner von Gaddafis Projekten einer afrikanischen Goldwährung und der Bewässerung der Wüste in Nordafrika.

Stumfalls Beschreibung der Ereignisse in Südafrika, Mosambik, Angola und Libyen widerspricht natürlich dem Narrativ der Mainstream-Medien. Das ändert aber nichts an der inneren Logik der Romanhandlungen sowie der Aussagen über die Aktivitäten und Motive der Protagonisten. Zudem gibt es verschiedene objektive Belege dafür, dass Stumfall keineswegs nur seine Phantasie walten ließ, sondern im Grundsatz tatsächliche Begebenheiten beschrieb.



Florian Stumfall: „Tripoli Charlie. Feuer der Hochfinanz in Afrika“, Anderwelt Verlag, München 2019, gebunden, 422 Seiten, 24,30 Euro

VÖLKERKUNDE

Handlanger des Imperialismus?

Um das koloniale Erbe wird heftig gestritten – Der US-Historiker Glenn Penny beschreibt den humanen Geist von Völkerkundlern

VON DIRK KLOSE

In Berlin sind Flughafen (BER) und Schloss (Humboldtforum) auf der Zielgeraden. Während der BER nun wohl wirklich im Oktober starten kann, wird das Humboldtforum Ende des Jahres teileröffnet. Dann werden zahlreiche völkerkundliche Schätze eingezogen sein. Erstaunlich dabei, dass dieser Vorgang eher wütende Reaktionen auslöst. Völkerkundler seien Handlanger des Imperialismus, ihre durch Raub und Plünderung ergatteten Objekte müssten zurückgegeben werden, so die Kritiker.

Das erstaunt etwas, denn gerade die Völkerkundler haben sich, wie der US-Historiker H. Glenn Perry (University of Iowa) zeigt, dem humanen, kosmopolitischen Geist eines Alexander von Humboldt immer verpflichtet gefühlt. Das 19. Jahrhundert war geradezu deren goldenes Zeitalter, wie es in zahllosen Forschungsreisen und Museumsgründungen zum Ausdruck kam.

Drei herausragende Forscher

Penny nennt drei herausragende Namen: Adolf Bastian (1826–1905) und Felix von Luschan (1854–1924), die das berühmte Museum für Völkerkunde in Berlin gegründet und zum größten seiner Art ausgebaut hatten, sowie Franz Termer (1894–1968), erster Direktor des heutigen Museums für Kulturen und Künste der Welt in Hamburg. Penny erzählt in einem spannenden, mitunter an Karl May erinnernden Stil von deren Forschungsreisen. Sie führten besonders Bastian durch alle Welt mit überwältigenden wissenschaftlichen und materiellen Ergebnissen. Termer war manche

Jahre mehr in Guatemala als zu Hause. Und Luschan war 1897 wie ein Spürhund den ersten Benin-Bronzen hinterhergejagt. Er sicherte Berlin in virtuoser Geschäftigkeit den weltgrößten Besitz.

Die NS-Zeit überstand die Ethnologie halbwegs unbeschadet, weil das Regime an ihr nicht sonderlich interessiert war. Trotz Kriegsverlusten konnte besonders der Westteil Berlins mit den großen Museumstrakten in Dahlem wieder an frühere Größe anknüpfen. Das Humboldtforum wird demnächst Heimat der meisten Objekte. Penny sieht darin eher „nationalistische Symbolik“. Er plädiert für eine Forschungs- und Begegnungsstätte, um die Geschichte der Menschheit gerade in Zeiten der Globalisierung besser begreifen zu können.

Der Ferne wohnt offenbar ein Zauber inne – er trieb schon damals viele Forscher hinaus. Mit Bewunderung verfolgt der Leser deren wissenschaftliche und organisatorische Fähigkeiten (wie mühsam war es, Objekte heil nach Hause zu bringen!) und ihre zutiefst humanen Ziele (Luschan: „Es gibt keine an sich minderwertigen Rassen“). Die Urteile des Autors über das Berliner Schloss mag man einseitig finden. Die Frage ist halt, wie wir mit dem kolonialen Erbe in unseren Museen umgehen wollen.



H. Glenn Penny: „Im Schatten Humboldts. Eine tragische Geschichte der deutschen Ethnologie“, C.H. Beck Verlag, München 2019, gebunden, 287 Seiten, 26,95 Euro



Walther Franz
Geschichte der Stadt Königsberg
Ostpreußische Landeskunde in Einzeldarstellungen
Unveränderter Nachdruck der Auflage 1934 mit 49 Abbildungen.
218 Seiten
Nr. P 56 Gebunden 19,95 €

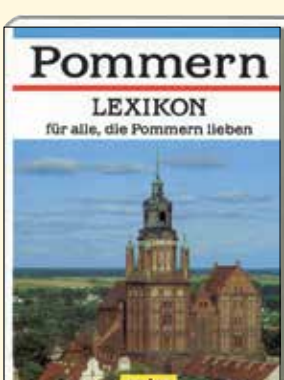


Martin Wehrmann
Geschichte der Stadt Stettin
Unveränderter Nachdruck der Auflage 1911 mit einigen Abbildungen,
Plänen und einer Stadtkarte Stettins als Faltkarte.
584 Seiten
Nr. P 53 Gebunden 19,95 €



Georg Hermanowski
Ostpreußen Lexikon
für alle, die Ostpreußen lieben
Gebunden mit Schutzumschlag.
328 Seiten
Nr. P 58 12,95 €

Das ganze Ostpreußen mit seiner fast tausendjährigen Geschichte, von den Preussen, dem Deutschen Ritterorden, der Besiedlung, dem Deutschordensstaat und dem autonomen Fürstbistum Ermland, über die herzoglich und königlich preußische Zeit, das Bismarckreich, die beiden Weltkriege bis hin zu Flucht und Vertreibung, der Besetzung und Teilung des Landes zwischen Russland und Polen ist hier eingefangen. Alphabetisch geordnete Stichwörter erleichtern die Benutzung. Mit über 300 künstlerischen Zeichnungen von Heinz Georg Podehls.



Johannes Hinz
Pommern Lexikon
für alle, die Pommern lieben
Gebunden mit Schutzumschlag.
358 Seiten
Nr. P 54 12,95 €

Der Autor beschreibt in mehr als 850 ausführlichen Stichworten alle pommerschen Städte mit ihren kulturhistorischen und architektonischen Höhepunkten, zahlreiche Dörfer und die Vielfalt der pommerschen Landschaften, die von den ausgedehnten, flachen Küsten mit ihren malerischen Inseln bis zur mittelgebirgig anmutenden Pommerschen Schweiz bei Bad Polzin reicht. Zudem enthält das Lexikon reichhaltige Informationen über herausragende Persönlichkeiten aus Kultur, Geschichte, Politik und Wirtschaft sowie Wissens-wertes über regionale Bräuche und Besonderheiten. Mit 225 Abbildungen, darunter 105 Federzeichnungen des Autors.



Franz Steffen
7 Jahrhunderte bezeugen Danzigs Deutschtum
Geschichte der ethnographischen, geschichtlichen, kulturellen, geisti-
gen und künstlerischen Verbundenheit Danzigs mit Deutschland.
Mit 58 Bildern. 311 Seiten
Nr. P 57 Gebunden 19,95 €



Bruno Schumacher
Geschichte Ost- und Westpreussens
Gebunden/402 Seiten
Nr. P 512 14,95 €

Die „Geschichte Ost- und Westpreußens ist ein Werk der allgemein verständlichen Geschichtsschreibung für alle diejenigen, deren eigene Vergangenheit mit Ost- und Westpreußen verbunden ist, und für alle, die mehr über die wechselvolle Historie der Region erfahren wollen. Bruno Schumacher schildert ausführlich die Ereignisse der Vergangenheit Ost- und Westpreußens in allen Bereichen des politischen, geistigen und wirtschaftlichen Lebens über einen Zeitraum von mehreren Jahrhunderten. Durch seine verständliche Fassung bringt das Buch die geschichtlichen Zusammenhänge lebhaft und anschaulich näher.



Ruth Geede und Ruth Maria Wagner (Hrsg.)
Typisch ostpreußisch
Heiteres und Besinnliches zum Schmunzeln und zum Nachdenken
Gebunden/200 Seiten
Nr. P 55 9,95 €

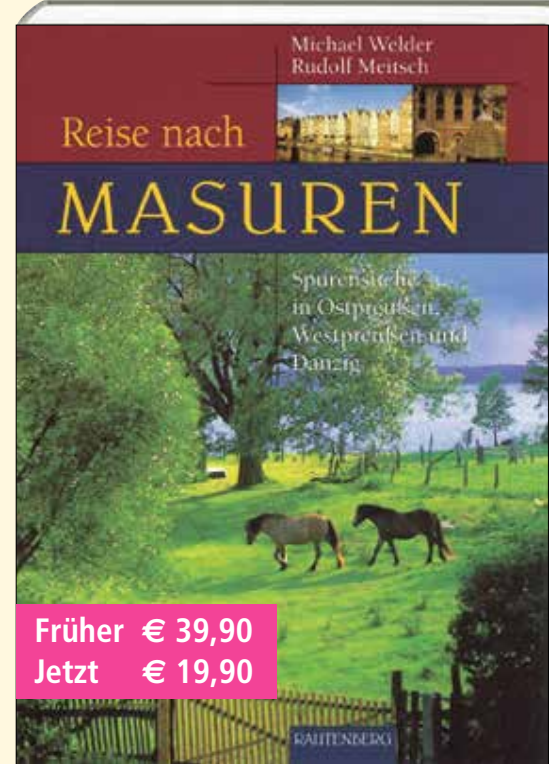
In Sprichwörtern und Redensarten, in allerlei Vertellkes, oft auch im vertrauten Platt, hat sich der urwüchsige, nie versiegende, ostpreußische Humor bis heute erhalten. In diesem Band finden Sie eine gehörige Portion solcher „Nuschkes“, in denen sich die Wesensart der Ostpreußen widerspiegelt. Auf zweihundert Seiten gibt es hier Texte zum Schmunzeln und zum Nachdenken, zum Vorlesen wie zum Nachlesen, zum Wiederbegegnen wie zum Kennenlernen, in langen Jahren gesammelt, in vielen Stunden ausgewählt – alles unter dem Stichwort „Typisch ostpreußisch“.



Klaus Granzow (Hrsg.)
Pommern – in alten Ansichtskarten
Format 21 cm (Breite) x 15 cm (Höhe), 92 schwarz-weiße und farbige Ansichtskarten auf 95 Seiten zeigen Pommern wie es damals war.
Nr. P 59 Geb. (Abbildung kann abweichen) 14,95 €



Michael Welter
Reise nach Königsberg
Spurensuche von Litauen in das nördliche Ostpreußen
Diese „Reise nach Königsberg“ führt in eine Stadt mit einzigartiger Kultur, zahlreichen Kirchen und Kunstdenkmälern. Die alte Hauptstadt Ostpreußens ist wieder zu einem erreichbaren Reiseziel geworden. Eine Spurensuche nach dem reichen Erbe an Architektur und anderen Werken zeigt Bekanntes und Neuzuentdeckendes. Die steinernen Zeugnisse wurden zum Teil wieder aufgebaut, enge Gassen und historische Speicher laden in diese bedeutende Stadt am Pregel an der alten Bernsteinstraße ein.
297 Abbildungen/224 Seiten. Mängel exemplar.
Nr. P 533031 Gebunden mit Schutzumschlag 19,90 €



Michael Welter und Rudolf Meitsch
Reise nach Masuren
Spurensuche in Ostpreußen, Westpreußen und Danzig
Diese „Reise nach Masuren“ führt in eine Region mit einzigartiger Kultur, aber auch in herrliche Naturlandschaften. Die Spurensuche nach dem reichen Erbe an Architektur und anderen Kunstwerken, nach Bekanntem und Neuzuentdeckendem, findet in Ostpreußen, Westpreußen und in Danzig, der „Königin der Ostsee“, statt. Für die einen ist der Bildband Erinnerung an die Heimat, den anderen eröffnet er ein neues, noch zu entdeckendes Reiseziel.
153 Abbildungen/192 Seiten.
Mängel exemplar
Nr. P 533032 Gebunden mit Schutzumschlag 19,90 €



Michael Welter
Reise nach Ostpreußen
Spurensuche zwischen Weichsel und Memel
Diese „Reise nach Ostpreußen“ führt in ein Land der dunklen Wälder, kristallinen Seen und der weiten Küste. Die faszinierende Region mit der geheimnisvollen Schönheit der masurischen Seen, der Kurischen und Frischen Nehrung ist wieder zu einem erreichbaren und einzigartigen Reiseziel geworden. Die Städte und Dörfer, deren Kirchen, Burgen, Schlösser und Herrenhäuser erzählen von der wechselvollen Geschichte. Nach der Zerstörung im Zweiten Weltkrieg haben viele Orte und Bauwerke ihr altes Gesicht wieder erhalten.
278 Abbildungen/224 Seiten. Mängel exemplar.
Nr. P 533033 Gebunden mit Schutzumschlag 19,90 €



Harry Redmann (Hrsg.)
Danzig – in alten Ansichtskarten
Format 21 cm (Breite) x 15 cm (Höhe), 99 schwarz-weiße und farbige Ansichtskarten auf 103 Seiten zeigen Danzig wie es damals war.
Nr. P 511 Geb. (Abbildung kann abweichen) 14,95 €



Barbara Bartos-Höppner (Hrsg.)
Riesengebirge – in alten Ansichtskarten
Format 21 cm (Breite) x 15 cm (Höhe), 89 schwarz-weiße und farbige Ansichtskarten auf 95 Seiten zeigen das Riesengebirge wie es war.
Nr. P 513 Gebunden mit farbigem Überzug 14,95 €



Wilhelm Scholz
Fahne Sudetenland
Die Fahne ist bedingt wetterfest.
Format 150 cm x 90 cm
Nr. P A0587 Fahne 12,50 €



Wilhelm Scholz
Ostpreußisches Liederbuch
Liedtexte und Notensatz
64 Seiten/Gebunden mit Schutzumschlag
Nr. P 533112 9,95 €

61 Lieder (mit Notensatz) herausgegeben von Wilhelm Scholz, erinnern an das alte Ostpreußen. In ihnen klingen die dunklen Wälder und weiten Wiesen, die bedeutenden Kirchen und Burgen und auch der Bernstein wieder. Besinnliches und Heiteres finden sich in dieser Sammlung, die Buntheit des alten ostpreußischen Lebens spiegelt sich in den Liedtexten und Noten wieder. Lieder aus niederdeutscher Wurzel gemeinsam mit solchen masurischer Prägung und denen dem Litauischen verwandt ergeben ein unteilbares Gesamtbild des ostpreußischen Liedgutes. Lieder erhalten die Stimme der Heimat lebendig.



Gerd Lüpke (Hrsg.)
Mecklenburg – in alten Ansichtskarten
Format 21 cm (Breite) x 15 cm (Höhe), 90 schwarz-weiße und farbige Ansichtskarten auf 95 Seiten zeigen Mecklenburg wie es damals war.
Nr. P 510 Gebunden mit farbigem Überzug 14,95 €



Helmut Papengut (Hrsg.)
Stolp und Stolpmünde – in alten Ansichtskarten
Format 21 cm (Breite) x 15 cm (Höhe), 92 schwarz-weiße und farbige Ansichtskarten auf 96 Seiten zeigen Stolp und Stolpmünde wie es war.
Nr. P 514 Gebunden mit farbigem Überzug 14,95 €



Tischfahne mit Elbschaukel
Masthöhe: 43 cm Holz
Fahnenformat: 24 cm Breite und 14,5 cm Höhe
Nr. P A0746 19,95 €



Tischfahne mit Wappen Westpreußen
Masthöhe: 43 cm Holz
Fahnenformat: 24 cm Breite und 14,5 cm Höhe
Nr. P A0747 19,95 €

RAUTENBERG BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

RAUTENBERG Buchhandlung
in der Verlagshaus Würzburg GmbH & Co. KG
Beethovenstraße 5 B
97080 Würzburg

Telefon 09 31/ 46 58 89-12
Telefax 09 31/ 46 58 89-29
Email info@rautenberg-buch.de
Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,50*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

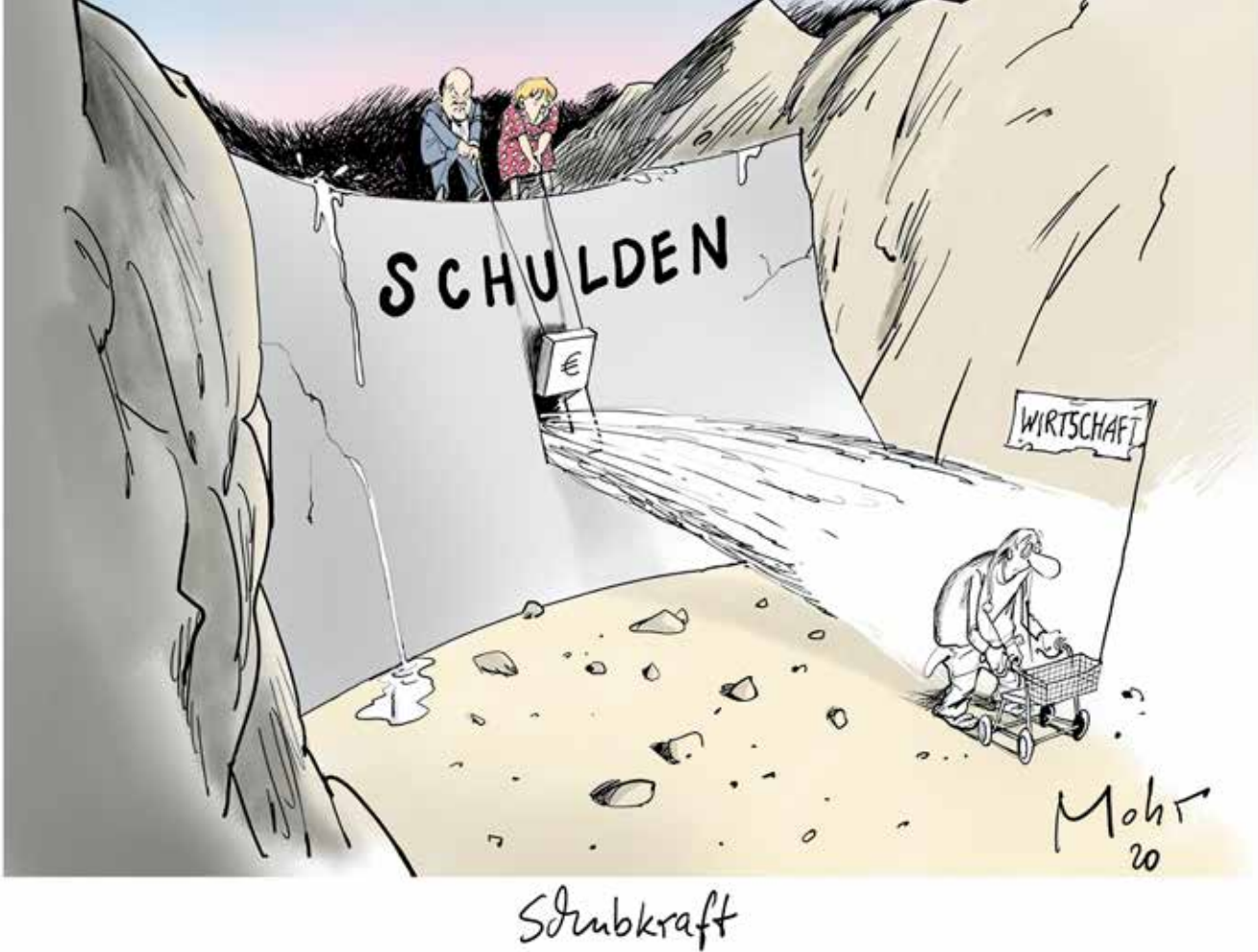
Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname	Name
Straße/Nr.	Telefon
PLZ/Ort	
Datum	Unterschrift

BÜCHER • KARTEN • KALENDER • FAHNEN/PINS • DVD/CD • SPIRITUOSEN • MARZIPAN • BERNSTEIN
Telefon 09 31/46 58 89 12 • Telefax 09 31/46 58 89 29 • www.rautenberg-buch.de
Telefonische Erreichbarkeit: Montags bis Freitags von 9.00 Uhr – 12.00 Uhr und 13.00 – 17.00 Uhr

● AUFGESCHNAPPT

In einem Gastbeitrag fordert der US-Autor Brandon Hasbrouck die Umbenennung der „Washington and Lee University“ im Bundesstaat Virginia, weil beide Namensgeber Rassisten gewesen seien. Derlei Forderungen hagelt es aus der linksradikalen Ecke in den USA derzeit ständig. Das Pikante an Hasbroucks Auslassung: Sie erschien in der „Washington Post“. Einer Zeitung also, die den Namen des mutmaßlichen „Rassisten“ selbst führt. Das Gleiche gilt für die Hauptstadt der Vereinigten Staaten, von der die Zeitung ihren Titel unmittelbar ableitet. Der Zusatz „District of Columbia“ (D.C.) wiederum geht auf Christoph Kolumbus zurück, der ebenfalls ins Visier linker Fanatiker der „Black Lives Matter“-Bewegung geraten ist. Der gesamte Name von Stadt und Zeitung müsste also geändert werden, was die Absurdität und das Ausmaß der Verwirrung freilegt, in welche die Bilderstürmerei derzeit abgleitet. Sollte Washington D.C. tatsächlich seinen Namen ablegen, gäbe es immerhin einen passenden Ersatz: Schilda. *H.H.*



● STIMMEN ZUR ZEIT

Entsetzt hat Wolfgang Hintze gesehen, dass auf der Fassade des Alten Museums am Berlin Lustgarten neuerdings ein rotes Riesentransparent mit der weißen Losung „Für Weltoffenheit und demokratische Werte. Gegen Rassismus, Antisemitismus, Nationalismus und Hetze“ prangt. Im Blog der PAZ-Autorin Vera Lengsfeld (4. Juli) schreibt er:

„Es erinnert fatal an die DDR-Zeit, aber – ich habe kurz recherchiert – weder die DDR noch die Nazis, die beide mit Propagandaplakaten nicht gerade sparsam umgingen, haben es gewagt, die Fassade des Schinkel-Baus mit Parolen zu entweihen. Das ist offenbar eine originäre Errungenschaft der neuen Gesinnungsdiktatur in Merkel-Deutschland! ... Jetzt fehlt nur noch, dass die Mitarbeiter des Museums künftig täglich auf den Stufen unterhalb des Transparents niederknien und die Losung skandieren ...“

Der bekannte Hamburger Kardiologe Prof. Karl-Heinz Kuck beklagt im „Hamburger Abendblatt“ (3. Juli), dass man in der Corona-Krise quasi alle Krankenhäuser für die Pandemiebekämpfung freigeräumt habe:

„Es war ein kapitaler Fehler. Man hätte Schwerpunkt-Kliniken bilden können ... Hätte es Schwerpunkt-Kliniken gegeben, wären andere Krankenhäuser frei von Corona-Patienten gewesen, in die hätten sich andere Kranke getraut. Das hätten das Erliegen von klinischer Medizin und Forschung in allen Fachgebieten verhindert. Stattdessen wurde unsere wunderbare Medizin, die Leben rettet, nicht mehr in Anspruch genommen.“

Für Markus C. Kerber, Professor für öffentliche Finanzwirtschaft und Wirtschaftspolitik an der TU Berlin, ist der EU-Corona-Hilfsfonds das Einfallstor für den europäischen Zentralstaat. Auf „Achgut.com“ (5. Juli) warnt er:

„Sollte die EU-Kommission dann über die 750 Milliarden Euro verfügen, wird sie zur Herrin Europas werden ... Die Kommission ist längst zu einer völlig autonomen Instanz geworden, die sich durch diesen einmaligen Coup d'État in die Lage versetzt, ihre Macht exponentiell auszubauen. Wer eine europäische Zentralregierung unter Leitung von Frau von der Leyen wünscht, möge dem Wiederaufbauprogramm zustimmen.“

Der Ex-al-Kaida-Aktivist Irfan Peci spricht im österreichischen „Wochenblick“ (3. Juli) Klartext über die Stuttgarter Krawalle:

„Nicht umsonst wurde in Stuttgart ‚Allahu Akbar‘ gerufen. Das ist ein muslimischer Schlachtruf, eine religiöse Formel. Die Herkunftsländer die genannt wurden, Irak, Syrien, Kosovo, Bosnien ... sind allesamt islamisch. Von den Medien wird dieser Faktor aber bewusst ignoriert. Man versucht es zu umgehen, die Gruppe als das zu benennen, was sie ist – nämlich muslimisch – und spricht stattdessen von einer ‚Partyszene‘.“

● WORT DER WOCH

„Vielleicht ist sie auch gar keine Satirikerin, sondern eine Hasserin.“

Helmut Markwort, Ex-Focus-Chef und FDP-Politiker, hegt in dem Magazin von 4. Juli Zweifel, ob die „taz“-Autorin Hengameh Yaghoobifarah ihre Beleidigung von Polizisten als „Müll“ satirisch gemeint hat, wie sie behauptet

DER WOCHENRÜCKBLICK

Von Natur aus böse

Was uns der „weiße Mann“ alles eingebrockt hat, und wie wir ihn zur Strecke bringen

VON HANS HECKEL

Interessant: Während in den westlichen Demokratien junge Aktivisten pöbelnd, randalierend und plündernd durch die Städte toben, um das Erbe und Ansehen des „weißen Mannes“ zu zerstören, setzen in der größten Diktatur der Weltgeschichte junge Demonstranten ihre Freiheit, ihre Gesundheit und letztlich ihr Leben aufs Spiel, um die Reste eben dieses Erbes zu retten. Denn genau darum geht es in Hongkong: Zwar stammte die Idee „Ein Land, zwei Systeme“ von Deng Xiaoping. Doch es war die britische Kolonialmacht, die es zur Bedingung für ihren Abzug 1997 machte, dass die einstige Kronkolonie nach der Übergabe an China entscheidende demokratische Sonderrechte für 50 Jahre behält. Seit Jahren arbeitet die Führung der Volksrepublik daran, diese Rechte zu zertrümmern.

Da können wir sehen, wie eng die Welt zusammengewachsen ist. Chinas kommunistische Führung und die „Black Lives Matter“-Demonstranten verfolgen tatsächlich das gleiche Ziel, den Abriss all dessen, was „weiße Männer“ (und Frauen) in Jahrhunderten unter Mühen und Rückschlägen errichtet haben.

Die linken Kräfte haben dabei auch die gleichen Verbündeten, nämlich das ganz große Geld. Chinas Großkonzerne sind schon seit ihrer Entstehung aufs Innigste mit der Kommunistischen Partei verklumpt – sonst wären sie ja auch nie „groß“ geworden. Im Westen wirft sich ein Milliarden-Unternehmen nach dem anderen „Black Lives Matter“ (BLM) zu Füßen und verspricht, den Forderungen der Bewegung so gut es geht nachzukommen. Außerdem erfreuen sich zahlreiche Gruppierungen im Lager der BLM-Aktivistinnen der großzügigen Unterstützung von Milliardärs-Stiftungen aus der George-Soros-Liga. Kurz gesagt: Die „Macht“ ist mit ihnen, und zwar auf beiden Seiten des Planeten.

Die Mächtigen haben ja auch allen Grund, auf die „weißen Männer“ sauer zu sein. Diese Typen waren es doch, die sich im 18. und 19. Jahrhundert zu „Nationen“ zusammengerotet haben, um demokratische Rechte einzufordern und ihrer Obrigkeit so richtig einzuheizen, bis hin zur Revolution! In anders geprägten Kulturen blieb den Oberen das erspart. Dort löste höchstens mal ein Tyrann den anderen ab. Das Volk wurde höchstens vor den Karren gespannt beim Umsturz, um danach von anderen Häuptern weiterge-

knechtet zu werden. In den meisten afrikanischen Ländern läuft das heute noch so. Unter den kulturell nicht europäisch geprägten Ländern sind nur jene demokratisch geworden, die das politische Modell des „weißen Mannes“ übernommen haben, wie etwa Japan, Taiwan oder Indien.

Wollen wir diesen Spuk von Freiheit, Demokratie und Recht endlich wieder loswerden, müssen wir an die Wurzel allen Übels heran, den „weißen Mann“ selbst. Ihn gilt es, als Geißel der Menschheit zu entlarven und unschädlich zu machen. Ziel ist es, dass mit ihm auch sein ganzes aufklärerisches Gerümpel denunziert und ausgemerzt wird.

Spalte und herrsche lautet das Rezept. Also hetze man beispielsweise die außereuropäischen Einwanderer und deren Nachkommen (beziehungsweise in den USA: die Nachkommen der Verschleppten) gegen die Weißen auf und enthülle deren Errungenschaften als verbrecherisch. Zudem treibe man die weiße Gemeinschaft auseinander. Aus „Nationen“ müssen lauter konkurrierende Gruppen mit eigenen „Identitäten“ werden, die misstrauisch um (am besten geldwerte) Vorteile miteinander ringen.

Wer übrig bleibt, wird mit Schuldgefühlen vollgepumpt oder mit Drohungen, Verboten und Strafen unter die Knute gezwungen. Dabei muss die ideologische Kontrolle bis in den letzten Winkel der Gesellschaft vordringen, kein Bereich des Lebens darf sich der Aufsicht entziehen dürfen.

An dieser Stelle wird das bereits vorbildlich geleistet: Als bundesweit erste staatliche Filmförderungsgesellschaft hat die Filmförderung Hamburg Schleswig-Holstein (FFHSH) eine „verpflichtende Checkliste rund um das Thema Diversität entwickelt“, berichtet der Deutschlandfunk. FFHSH-Sprecherin Claudia Hartmann sagte dem Sender, man wolle so „verstehen, warum Regisseure ihre Rollen mit bestimmten Schauspielern und Schauspielerinnen besetzen und den Stoff auf eine bestimmte Weise entwickelt“ hätten.

FFHSH-Geschäftsführer Helge Albers wird noch etwas konkreter: Man wolle in erster Linie die Drehbuchautoren, Produzenten und Regisseure „sensibilisieren“, damit sie eine „vielfältige, multikulturelle Gesellschaft“ auf die Leinwand bringen. Es solle mehr „Vielfalt“ gefilmt werden. Und es sei an der Zeit, dass die Filmemacher von nun an Stellung zu den Themen, Rollen und Besetzungen ihres Films beziehen. Mit anderen Wor-

Chinas Führung und „Black Lives Matter“ verfolgen das gleiche Ziel: Das Erbe der Europäer zerstören

ten: Die Zensoren lassen kein Detail mehr unausgeleuchtet, vom ersten Manuskriptblatt bis zur letzten Klappe am Drehort wird alles auf seine politische Stromlinienform hin geprüft.

Ja, aber was machen wir, wenn Filmemacher ganz frech auf staatliche Zuschüsse verzichten und frei finanziert so „unsensibel“ drauflos drehen, wie es ihnen passt? Da muss dann eben eine „freiwillige Selbstverpflichtung der Filmwirtschaft“ her, damit auch von privater Seite kein Rubel mehr rollt und keine Technik mehr zur Verfügung gestellt wird für politisch abweichende Produktionen. Oder gibt es diese Verpflichtung schon?

Egal, wer dann noch immer widerspenstig bleibt, dem müssen wir mit „Signalen des Widerstands“ (also Randalen und Publikumsbeschimpfung vor den Kinos), Druck auf Kinobetreiber und schließlich mit Verboten zu Leibe rücken. Damit hört auch das dumme Gequatsche auf, wir schlitterten in eine „DDR 2.0“ hinein. Die albernen Ziffern mit dem Punkt dazwischen können wir dann nämlich getrost weglassen, um unsere Gegenwart zu beschreiben.

Was sich bei der Filmförderung bewährt, kann getrost auf Zeitungen ausgeweitet werden. 200 Millionen Euro sollen an bestimmte Zeitungsverlage direkt über die Presseförderung gezahlt werden, um die „Vielfalt der Medien“ zu erhalten. Das hat Schwarz-Rot gerade beschlossen. Immer mehr Journalisten können da auf den Geschmack zahlender Leser pfeifen, denn die benötigten sie ja nicht mehr, der Steuerzahler bezahlt sie sowieso.

Das Kalkül: Nach und nach werden sich die Schreiber an die Staatsknete gewöhnen, bis sie nicht mehr ohne sie können. Dann kann man die Falle zuschnappen lassen und strenge Bedingungen nachschieben wie jetzt bei der Filmförderung im hohen Norden.

Das Modell könnten wir Schritt für Schritt auf andere Berufsgruppen ausweiten. Irgendwann hängen alle an der Angel der Macht und unser Land wird erblühen in gleichgeschalteter Vielfalt und Antifaschismus.

Allerdings müssen wir wachsam bleiben: Die Jahrhunderte haben gelehrt, dass die Völker Europas (und ihre Nachkommen in Übersee) tückische Rudel sind. Eben noch lassen sie sich völlig vertrottelt in die Falle locken und beugen demutsvoll ihr Knie, ja, beschimpfen sogar sich selbst, und dann plötzlich heben sie den Kopf und jagen die Despoten zur Tür hinaus. Diese Kreaturen sind und bleiben von Natur aus böse.



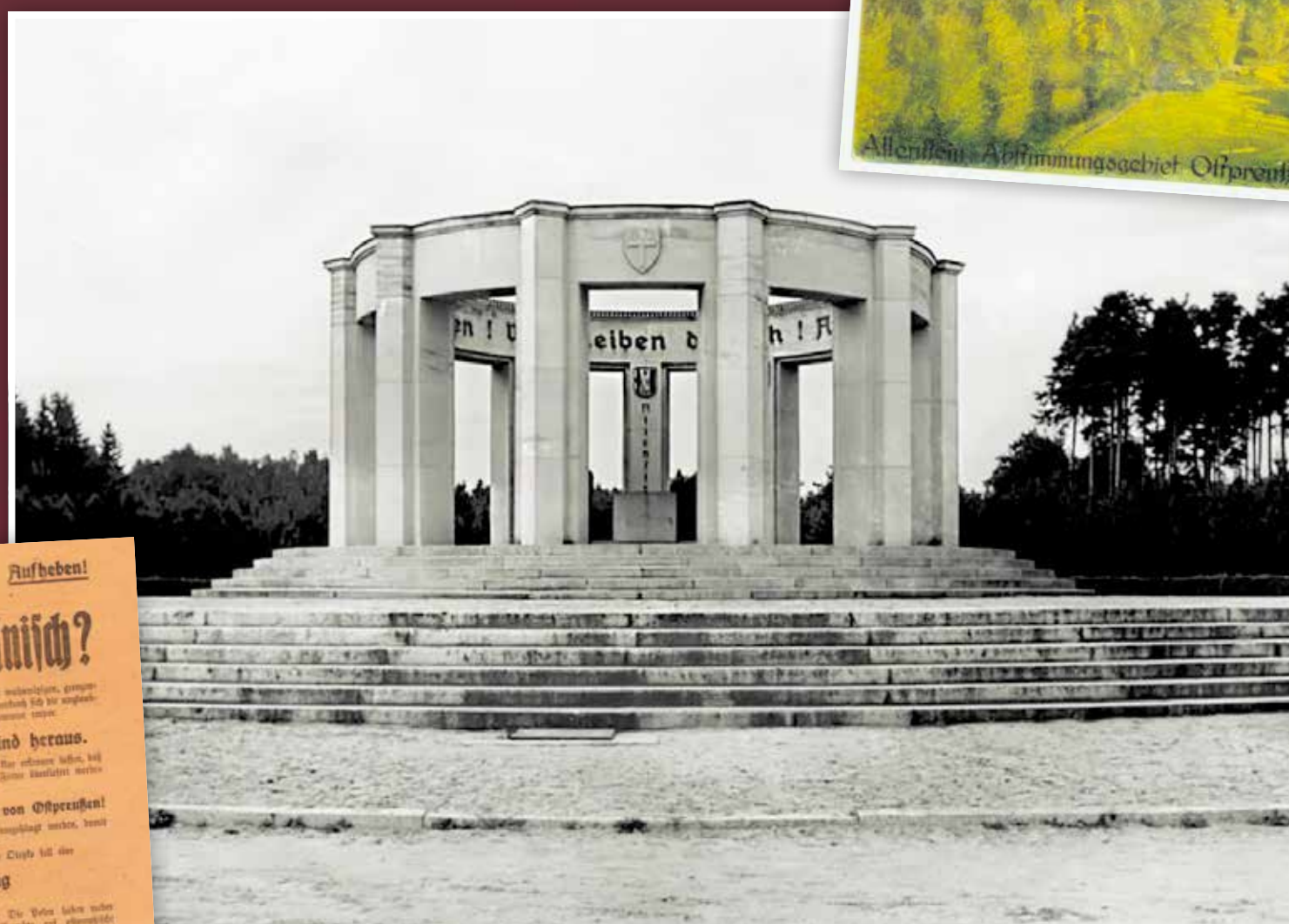
Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de



Sonderveröffentlichung
Preussische Allgemeine Zeitung
Freitag, 10. Juli 2020 – 1,00 €

PAZ-SPEZIAL

Volksabstimmung 1920



Symbol eines kurzen Triumphs: Das 1923 auf dem Jakobsberg errichtete Abstimmungsdenkmal in Allenstein

Oben und links: Postkarte und Infozettel aus der Zeit der Abstimmung

100 Jahre Volksabstimmung

Zum Gedenken an das Referendum vom 11. Juli 1920
in Ost- und Westpreußen

100 Jahre Volksabstimmung

IN DIESER BEILAGE

Meilenstein der Geschichte

Gedanken zum Geleit vom Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.
Seite 2

Ein deutscher Jahrestag

Die Volksabstimmung 1920 und die zarte Pflanze des Selbstbestimmungsrechts der Völker
Seite 3

Vergessene Volksgruppe

Das Referendum in Ost- und Westpreußen und die Identität der Masuren
Seite 5

Chronologie der Ereignisse

Vom Versailler Vertrag zur Volksabstimmung in Ost- und Westpreußen – ein Überblick
Seite 6



PAZ-SPEZIAL

Eine Sonderveröffentlichung der Preußischen Allgemeinen Zeitung

IMPRESSUM

Redaktion: René Nehring (Chefredakteur und V.i.S.d.P.) **Bildredaktion:** Manuela Rosenthal-Kappi, Harald Tews
Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Geschäftsführer:** Dr. Sebastian Husen
Anschrift von Verlag und Redaktion: Buchstraße 4, 22087 Hamburg.
Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf.
Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.
Internet: www.paz.de
E-Mail: redaktion@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: lo@ostpreussen.de



Umstrittenes Land: Auf der Grundlage des Versailler Vertrags wurden nach dem Ersten Weltkrieg in einigen deutschen Grenzregionen Volksabstimmungen über deren künftige staatliche Zugehörigkeit durchgeführt. Im Nordosten Deutschlands betraf dies die südlichen Kreise Ostpreußens und einige Kreise Westpreußens (Abbildung links). Das dortige Referendum fand am 11. Juli 1920 statt. Die Karte rechts unten zeigt die territoriale Situation Deutschlands nach dem Ersten Weltkrieg.

Karten: Kulturzentrum Ostpreußen



ZUM GELEIT

Verdrängter Meilenstein ostpreußischer Geschichte

VON STEPHAN GRIGAT

Liebe Ostpreußen, liebe Freunde Ostpreußens, sehr geehrte Damen und Herren!
Vor 100 Jahren, am 11. Juli 1920, fand in zehn Kreisen Ostpreußens und vier Kreisen Westpreußens eine Volksabstimmung über die künftige staatliche Zugehörigkeit des jeweiligen Abstimmungsgebiets statt. Zur Wahl stand die weitere Zugehörigkeit zu Deutschland oder ein Wechsel zu Polen.

Diese Volksabstimmung war, nicht zuletzt aufgrund der von dem kurz zuvor wiedererrichteten Polen erhobenen Gebietsansprüche, durch die Siegermächte des für Deutschland verlorenen Ersten Weltkriegs angeordnet und in den Artikeln 94 bis 97 des Versailler Vertrags festgeschrieben worden.

Klares Bekenntnis zu Deutschland

Das Ergebnis der Abstimmung war „eine ost- und westpreußische Ohrfeige für die Polen“, wie die „Lycker Zeitung“ am 13. Juli 1920 titelte: Im ostpreußischen Teil des Abstimmungsgebiets stimmten 363.209 Personen oder 97,5 Prozent für den Verbleib bei Deutschland und 7980 oder 2,5 Prozent für Polen, im westpreußischen Teil 97.894 oder 92,4 Prozent für Deutschland und 7.947 oder 7,6 Prozent für Polen.

Das Abstimmungsergebnis setzte die polnische Führung und die von ihr ohne jede Rücksicht auf die Fakten gepushte veröffentlichte Meinung unter Schock, obgleich sieben Jahre später der polnische Präsident Pilsudski zum deutschen Außenminister Stresemann sagte, „Ostpreußen ist ein unzweifelhaft deutsches Land. Das ist von Kindheit an meine Meinung, die nicht erst der Bestätigung durch eine Volksabstimmung bedurfte. Und dass dies meine Meinung ist, können Sie ruhig Ihren Ostpreußen in einer öffentlichen Versammlung in Königsberg zur Beruhigung mitteilen.“

Niemand, der offene Augen und einen klaren Verstand hatte, hatte ein anderes Abstimmungsergebnis erwarten können.

Verdrängte Geschichte

Heute, nachdem 100 Jahre vergangen sind, ist in Deutschland nicht nur diese Abstimmung in Vergessenheit geraten, sondern die ganze über 700jährige deutsche Geschichte Ostpreußens gleich mit.

Es ist an uns, das zu ändern und die ostpreußische Kultur und Geschichte ans Licht zu holen und dort zu bewahren. Dabei helfen uns die Volksabstimmung von 1920 und ihr Ergebnis noch heute:

Ohne die Volksabstimmung vor 100 Jahren würde der gesellschaftliche und politische Mainstream heute

Ohne die Volksabstimmung vor 100 Jahren würde der gesellschaftliche und politische Mainstream heute wohl fest auf dem Standpunkt verharren, Ostpreußen sei doch eigentlich immer ein polnisches Land gewesen

wohl fest auf dem Standpunkt verharren, Ostpreußen sei doch eigentlich immer ein polnisches Land gewesen. Das Ergebnis der Volksabstimmung straft eine solche Haltung damals wie heute Lügen.

1945 wurden die Ostpreußen nicht mehr gefragt, sondern fast vollständig vertrieben.

Gedenken unter besonderen Umständen

Die Landsmannschaft Ostpreußen hatte ursprünglich geplant, anlässlich des 100. Jahrestages der Abstimmung im Kopernikushaus in Allenstein in Ostpreußen eine große und würdige Festveranstaltung durchzuführen. Leider wurde dieses Vorhaben durch die Corona-Krise vereitelt.

Deswegen haben wir uns entschlossen, die Veranstaltung gewissermaßen digital durchzuführen, in dem wir die geplanten Vorträge vorab aufzeichnen und auf der Internetseite der Preußischen Allgemeinen Zeitung, www.paz.de, veröffentlichen. Unsere Hoffnung ist, dass das Gedenken durch diese aus der Not heraus geborene Lösung letztlich eine größere Verbreitung und eine größere Nachhaltigkeit erzielt, als es mit unserer ursprünglich geplanten Veranstaltung in Allenstein möglich gewesen wäre.

Zudem dokumentieren wir die gehaltenen Vorträge unserer Gedenkveranstaltung – erweitert um einen Artikel, der die damaligen Ereignisse noch einmal nachzeichnet – in der vorliegenden Sonderbeilage der Preußischen Allgemeinen Zeitung. Die Beilage kann auch ohne Zeitungs-Abonnement in der Geschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. bezogen sowie auch von Abonnenten nachbestellt werden.

Ich wünsche Ihnen eine angeregte Lektüre der vorliegenden Beiträge, beziehungsweise ein informatives Verfolgen der Gedenkreden unter www.paz.de, und ich würde mich freuen, wenn Sie durch Weitergabe dieser Beilage und/oder Weiterempfehlung der digitalen Gedenkveranstaltung mithelfen würden, an das denkwürdige Ereignis der Volksabstimmung vor 100 Jahren ebenso zu erinnern wie an die über 700jährige deutsche Geschichte Ostpreußens.

Ihr
Stephan Grigat
Sprecher der
Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Die Redebeiträge zur digitalen Gedenkveranstaltung der Landsmannschaft Ostpreußen zum 100. Jahrestag der Volksabstimmung am 11. Juli 1920 finden Sie unter www.paz.de/volksabstimmung



FOTO: KULTURZENTRUM OSTPREUSSEN

„Eine ost- und westpreußische Ohrfeige für die Polen“: Die Lycker Zeitung vom 13. Juli 1920 verkündet das Ergebnis der Volksabstimmung in Masuren, Ermland und Westpreußen

100 Jahre Volksabstimmung

VON MANFRED KITTEL

Auf dem Stimmzettel hatte man sich im Juli 1920 nur zwischen Polen und Ostpreußen zu entscheiden, nicht zwischen Polen und Deutschland. Die Regierung in Warschau hatte gehofft, Ostpreußen so im Falle einer Abstimmungsniederlage – ähnlich wie Danzig – zumindest noch als eine Art Freistaat vom Deutschen Reich abspalten zu können. Das Wort „Deutschland“ stand deshalb, wie gesagt, im Juli 1920 gar nicht auf dem Stimmzettel. Aber: Alle Menschen in Ost- und Westpreußen wussten genau, dass sie für den Verbleib ihrer Heimat beim Deutschen Reich stimmen würden, wenn Sie in der Wahlkabine das Wort „Ostpreußen“ ankreuzten. Und so kam es dann auch – mit den bekannten Ergebnissen. 97,5 Prozent beziehungsweise 92,4 Prozent in den beiden ost- beziehungsweise westpreußischen Abstimmungszonen für den Verbleib bei Deutschland.

Beschränkte Sicht auf die Geschichte

Heute gehören diese Gebiete gleichwohl zu Polen, zu einer – zwischenzeitlich Gottseidank demokratischen – polnischen Republik. Der Grund dafür ist die von Stalin geforderte und von der Potsdamer Konferenz der Siegermächte des Zweiten Weltkriegs im Sommer 1945 beschlossene Westverschiebung Polens. Der Wunsch Moskaus nach Reparationen war nach Hitlers mörderischem Vernichtungskrieg historisch erklärbar: Nur weshalb musste es unbedingt so viel Land sein? Die große Sowjetunion litt zwar an sehr vielem, an einem Mangel an Land aber doch gewiss nicht. Nach Hitlers Krieg war es Moskau allerdings ein Leichtes, für eine polnische Westverschiebung zu Gunsten Sowjetrusslands die Zustimmung der Westmächte zu erhalten. Und so kam schließlich auch der Süden Ostpreußens trotz seines „demokratischen Bekenntnisses zu Deutschland“ von 1920 (Walter Hubatsch) und obwohl er größtenteils seit dem Frieden vom Melnosee 1422 über 500 Jahre lang Teil des Deutschordensstaates, Preußens und des Deutschen Reiches gewesen war, doch noch zu Polen – damals freilich zu einem kommunistischen Nachkriegspolen.

Unter normaleren Umständen hätte ich dieser Tage auf der Reise nach Allenstein mit meiner Familie auch an der Wolfsschanze Station gemacht, in Erinnerung an ein anderes historisches Datum, an den 20. Juli 1944 und die mutige Tat des Grafen Claus von Stauffenberg. Was ein gesamtdeutsch denkender Mann wie Stauffenberg wohl zu der aktuellen Diskussion um den 8. Mai 1945 sagen würde? Denn es ist ja schon eine arg beschränkte Perspektive, diesen Tag allein auf den Nenner der sogenannten „Befreiung“ zu reduzieren, historisch-politisch, geographisch beschränkt, nämlich ganz und gar westdeutsch beschränkt. Sicherlich, für den Westen Deutschlands stimmt es weitgehend. Der 8. Mai 1945 bedeutet hier nicht nur die Befreiung der KZ-Opfer, er bot auch die Chance, unter der konservativen Staatsführung Konrad Adenauers den besten Staat der deutschen Geschichte aufzubauen.

Aber: Für das alte Ostpreußen, für Schlesien, für die meisten der jahrhundertealten Staats- und Siedlungsgebiete der Deutschen im Osten war dieser 8. Mai 1945 eben alles andere als ein Tag der Befreiung. Es war der Tag der Vernichtung. Deshalb sprach unser erster Bundespräsident Theodor in diesem Kontext völlig zu Recht davon, dass die Deutschen „erlöst und vernichtet in einem“ gewesen seien. Und auch für die Völker jenseits des bald niedergehenden Eisernen Vorhangs, die nur vom braunen in den roten Totalitarismus wechselten, von Ungarn bis zum Baltikum, konnte von Befreiung doch keine Rede sein.

Die beschränkten Perspektiven deutscher Erinnerungskultur haben, denke ich, nicht zuletzt damit zu tun, dass man Ereignisse wie zum Beispiel diesen 11. Juli 1920 außerhalb der Landsmannschaften heute oft so gar nicht mehr auf dem Schirm hat. Und



Wahlkampf für das Vaterland: Im Vorfeld der Volksabstimmung warben Deutschland und Polen um die Stimmen der Abstimmungsberechtigten. Im Bild eine prodeutsche Großkundgebung zum Referendum in Osterode im Juli 1920

Foto: Bildarchiv Ostpreußen

Ein deutscher Jahrestag

Das Plebiszit der Ost- und Westpreußen am 11. Juli 1920 und die zarte Pflanze des Selbstbestimmungsrechts der Völker

das gilt auch für andere Ereignisse, die daran erinnern, dass zur Singularität der NS-Zeit eben auch der singuläre Gebietsverlust gehört, der für Deutschland darauf folgte. Wie weit das heute alles weg ist, sei an einer Episode veranschaulicht.

Propaganda beider Seiten

Heute löst bei vielen Deutschen, vor allem wenn sie fußballbegeisterte Anhänger des FC Bayern München sind, der in Polen verbreitete Name Lewandowski die wärmsten Gefühle aus. 1920 war das überhaupt nicht so. Der Herr Lewandowski von damals hieß auch nicht Robert wie der Bayern-Stürmer von heute, sondern Zenon. Dieser Zenon Lewandowski war in der Zeit vor der Abstimmung einer der eifrigsten Propagandisten für die polnische Seite, später dann erster Generalkonsul in Allenstein. 1919 hatte er bereits die sogenannte Masuren-Deputation der polnischen Regierung in Paris angeführt, mit der die Siegermächte des Ersten Weltkriegs davon überzeugt werden sollten, dass die masurischen Kleinbauern wegen ihres altpolnischen Dialekts vom vermeintlichen „deutschen Joch“ befreit werden müssten.

Eng an Zenon Lewandowskis Seite damals: der Generalsuperintendent der sehr, sehr kleinen Evangelischen Kirche Polens. Der hätte die evangelischen Masuren gern eingemeindet, um seine kleine Herde wenigstens etwas zu vergrößern. Deshalb unterschrieb er im April 1919 den legendären Aufruf „An unsere masurischen Brüder“. „Fürchtet euch nicht“, so hieß es in dem Aufruf, „die Vereinigung mit Polen verbürgt euch nicht nur geringere Steuern, weil ihr nicht die Kosten des (Welt-)Krieges zu zahlen haben werdet, den die ... Deutschen so schmachlich verloren haben“. Weiter war in dem Aufruf zu lesen: „Überall werdet ihr unsere teuren polnischen Laute, polnische Sitte, polnische Schulen, Ämter haben, zu-

gleich polnische Predigten in der Kirche“, also: „Stimmt alle für Polen“.

Deutscherseits hielt man dem – etwa im *Masurischen Heimatkalender* – den ideellen Wert der Treue zum Vaterland entgegen. In einem ABC für das Abstimmungsgebiet hieß es zudem, es sei doch einfach wahr, dass Polen in der Kultur „hinter uns zurücksteht“. Fast zwei Drittel in Polen könnten weder lesen noch schreiben; die große Masse lebe in Elend und Schmutz. Man solle sich nur einmal die polnischen Dörfer und Städte ansehen. Wasserleitung und Kanalisation, die es in Deutschland selbst in kleineren Städten schon gebe, seien in Polen nach wie vor „unbekannte Dinge“. Und bei Seuchen würden die Menschen zu Tausenden sterben. Wo selbst solche Argumente nicht richtig zogen, da half gegebenenfalls ein kräftiger Schluck aus einem Vorrat von mehreren 100.000 Litern Schnaps etwas nach, den der ostpreußische Oberpräsident von Batocki während des Plebiszit-Wahlkampfs heimlich ins Abstimmungsgebiet hatte schmuggeln lassen.

Von größter Bedeutung war vor allem der sogenannte Ostdeutsche Heimatdienst. Er unterhielt Filialen in allen Kreisen des Abstimmungsgebietes. Die gesamte lokale Elite von den Pfarrern über die Gerichtsräte bis zu den Schuldirektoren war im Heimatdienst versammelt, um für die deutsche Sache zu werben. Übrigens nicht selten auch in polnischer Sprache. Ich erinnere nur an das bekannte Gedicht des Bauern Johann Gwiasda „Protest naprzeciw Polakom“. Weil aber gerade die jüngeren Masuren meist schon nicht mehr Polnisch lesen konnten, ging umgekehrt die polnische Propaganda auch dazu über, ihre politischen Positionen in deutschsprachigen Flugblättern zu verteilen.

Ausschlaggebende Faktoren

Der polnischen Seite fehlte es allerdings vor allem auch an hinreichend zahlreichen Ver-



Deutsches Propagandaplakat zur Abstimmung in Westpreußen

trauensleuten vor Ort. Die Einheimischen waren für die Sache Warschaws oft nur gegen Geld zu gewinnen; ansonsten kamen die meisten Propagandisten aus Polen selbst. Speziell im östlichen Masuren blieb die propolnische Organisation deshalb ganz schwach. Später ist manchmal das Argument zu hören gewesen, dass angesichts einer Wahlbeteiligung von 88 Prozent die restlichen 12 Prozent fast ausschließlich propolnische Bürger gewesen seien: Polen, die vom Psychoterror der deutschen Seite und von einzelnen Gewalttaten nur derart eingeschüchtert gewesen seien, dass sie sich nicht mehr trautes, zur Wahl zu gehen. Selbst dann wären jedoch die summa summarum maximal 15 Prozent Stimmen für Polen immer noch eine kleine Minderheit gewesen. Die Zahl ist jedenfalls umso erklärungsbedürftiger, wenn man die Warschauer Argumentation von damals kennt, dass es sich bei den Masuren einfach nur um oberflächlich germanisierte Volkspolen handeln würde.

Um das klare prodeutsche Ergebnis der Volksabstimmung zu verstehen, braucht es meines Erachtens aber gar keine besondere Interpretationskunst. Zunächst einmal ist zu sehen, dass aus der Perspektive des Sommers 1920 eigentlich beide Länder, Deutschland wie Polen, ziemlich riskante Vaterländer waren, alles andere als besonders attraktiv. Weimar-Deutschland würde die Reparationen für den Krieg des fahnenflüchtigen Kaisers bezahlen müssen. Die Revolution von 1918/19, den Kapp-Putsch vom März 1920 hatte das Land gerade eben erst hinter sich.

Und Polen? Warschau durfte sich zwar als Sieger des Ersten Weltkriegs fühlen, dem das Land seine staatliche Wiederaufstehung nach über 100jähriger Teilung verdankte. Aber aktuell war damals völlig unklar, wie der polnische Krieg gegen Sowjetrussland ausgehen würde. Zeitweilig drohte die komplette Besetzung Polens durch die

Die beschränkten Perspektiven deutscher Erinnerungskultur haben sicher auch damit zu tun, dass Ereignisse wie dieser 11. Juli 1920 weitgehend verdrängt sind

100 Jahre Volksabstimmung

Rote Armee. Als am 11. Juli 1920 in Ost- und Westpreußen gewählt wurde, war die Schlacht bei Warschau noch nicht geschlagen. Das Wunder an der Weichsel, das militärisch die Wende bringen sollte, fand erst einige Wochen später, im August 1920, statt. Stand also im Falle einer Mehrheit für Polen beim Plebiszit nicht sogar zu befürchten, dass die wehrfähigen Männer Masurens erneut in einen Krieg würden ziehen müssen? So gesehen waren damals weder Polen noch Deutschland erste Wahl.

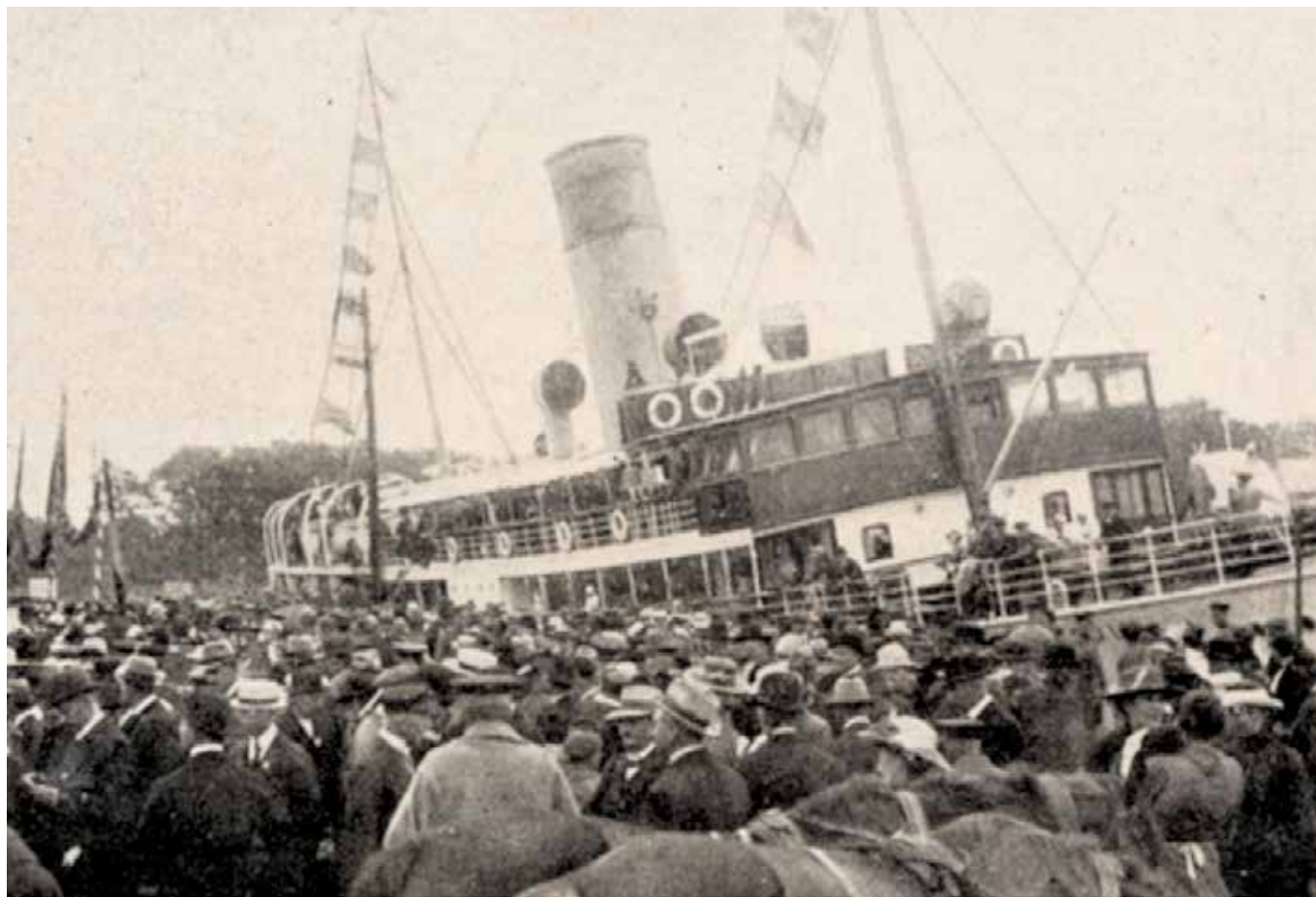
Das heißt aber auch, dass eben nicht kurzfristiges Kalkül, sondern die längerfristigen politischen Grundüberzeugungen der Masuren den Ausschlag geben sollten. Und hier war entscheidend, dass im Ergebnis eines halben Jahrtausends der Zugehörigkeit Masurens zu verschiedenen deutschen Staatsgebilden das nationale Bewusstsein auch sehr klar nach der deutschen Seite hin ausschlug. Man hat dabei auch zu berücksichtigen, dass nationales Denken damals oft noch sehr stark mit religiös-konfessionellem Denken zusammenhing. Evangelisch, das hieß in Masuren oft einfach auch: preußisch/deutsch. Und das war unter Umständen viel ausschlaggebender als die ethnische Herkunft. Allerdings sollte man auch nicht übersehen, dass selbst im Allensteiner Land, das ja nicht zum Ordensstaat, sondern zum katholischen Ermland gehört hatte, zwar nicht gleich 95 Prozent, aber immer noch ca. 85 Prozent für Deutschland bzw. für Ostpreußen votiert hatten, in der Stadt Allenstein sogar um die 98 Prozent.

Das Selbstbestimmungsrecht der Völker

Ethnische Herkunft, sprachlich-konfessionelle Situation, historische Strukturen, mehr oder weniger objektive Faktoren oder subjektives politisches Bewusstsein, das alles waren mögliche Gründe einer Wahlentscheidung am 11. Juli 1920 – bei jedem Bürger individuell in einem etwas anderen, spezifischen Mischungsverhältnis. Damit sind wir bereits mittendrin in der Frage nach Sinn und Zweck des sogenannten Selbstbestimmungsrechts der Völker; eines Rechts, das damals nach dem Ersten Weltkrieg erst so richtig in Mode kam.

Der wirtschaftlich stärkste Staat der Siegerkoalition, bald auch militärisch der stärkste, waren die USA. Ihr Präsident Woodrow Wilson hatte den Eintritt der USA in den Krieg nicht zuletzt als Kampf gegen die Autokratie und Despotie der Mittelmächte, Deutschland und Österreich-Ungarn, legitimiert. Die innere Demokratisierung Mittel- und Osteuropas wäre insofern ein sehr plausibles und auch ein ausreichend großes Friedensziel gewesen.

Das Problem für Wilson war nur, dass ihm Wladimir Iljitsch Lenin, der Führer der russischen Oktoberrevolution, 1917 zuvorkam. Um die vom Zaren unterdrückten Völker und Volksgruppen von Finnland bis in



Weite Anreisen: Da an der Volksabstimmung auch Menschen teilnehmen durften, die aus Ost- und Westpreußen stammten, inzwischen jedoch woanders lebten, wurde seitens der deutschen Regierung ein umfangreicher Reisedienst zu Lande und zu Wasser organisiert. Das Bild oben zeigt die Ankunft eines Schiffes mit Stimmberechtigten im Hafen von Pillau, die Aufnahme unten die Ankunft am Bahnhof von Marienwerder.

Fotos: Bildarchiv Ostpreußen / Wikipedia

den Kaukasus mittelfristig für die kommunistische Revolution zu gewinnen, hat Lenin ihnen das Blaue vom Himmel herunter versprochen. In mehreren Dekreten vom November 1917 wurde den in Russland lebenden Völkern das „freie Selbstbestimmungsrecht“ verheißen, einschließlich des Rechts auf „Absonderung und Bildung eines selbständigen Staates“. Lenin beschränkte sich auch nicht auf die Völker des Zaren, er dehnte dieses Selbstbestimmungsrecht in einer großen Kampfansage an die westlichen Demokratien auf alle Völker dieser Welt aus.

Wilson erkannte rasch, wie gefährlich und wie ansteckend Lenins Parole vom Selbstbestimmungsrecht sein konnte. Der US-Präsident versuchte deshalb, den Begriff des Selbstbestimmungsrechts jetzt selbst zu besetzen – erstmals in einer Rede vor dem US-Kongress im Februar 1918: Selbstbestimmung, das sei mehr als eine leere Phrase. Völker und Provinzen, so Wilson, würden künftig nicht mehr von einer Staatshoheit in eine andere herumgeschoben, so als ob es sich bloß um Gegenstände oder Steine in einem Spiel handeln würde.

Das Recht der Sieger

Das klang überzeugend. Doch die berühmten 14 Punkte, die Wilson schon einige Wochen vorher, im Januar 1918, verkündet hatte, waren in hohem Maße widersprüchlich. Das Gegenteil von Selbstbestimmungsrecht am Kriegsende ist das alte Siegerrecht, das bis dahin noch nach jedem Krieg letztlich vom Gewinner reklamiert worden war. Und von diesem Siegerrecht, das zeigten auch die 14 Punkte Wilsons, wollten oder konnten selbst die demokratischen Gralshüter in Washington nicht ganz lassen.

Wilson hatte dem neuen Polen einen freien und sicheren Zugang zur Ostsee versprochen. Im gleichen Atemzug hatte er aber betont, dass nur von unbestritten polnischer Bevölkerung bewohnte Gebiete dem neuen Staat angehören sollten. Das traf jedoch für die Bevölkerung des gemeinten Gebietes, also für Westpreußen, den späteren „polnischen Korridor“ zur Ostsee, gerade nicht zu. Ein guter Kenner der historisch-politischen und ethnischen Verhältnisse dort, der sozialdemokratische Abgeordnete Ledebour, ging z.B. davon aus, dass bei einem fairen Plebiszit das nördliche Westpreußen für Deutsch-

land optiert hätte. Aber damit wäre dann ein sicherer polnischer Ostseezugang gar nicht möglich gewesen, wie ihn Wilson gleichzeitig versprochen hatte.

Deswegen hat in der Region Danzig eine Volksabstimmung auch nie stattgefunden. Anders im östlichen Westpreußen und im südlichen Ostpreußen. Aber diese Abstimmungszonen hatten auch insofern Glück, als sie für einen breiten polnischen Ostseezugang weniger unentbehrlich waren. Widersprüchlichkeiten wie diese lassen nachvollziehbar werden, weshalb US-Außenminister Lansing von Anfang an gewarnt hatte: „Die Formel [vom Selbstbestimmungsrecht] ist mit Dynamit geladen. Sie wird Hoffnungen wecken, die nie verwirklicht werden können. Ich fürchte, sie wird Tausende von Leben kosten ... Welche Katastrophe, dass die Formel jemals ausgesprochen wurde“.

Vertane Chancen

Hätte man die Grenzen damals wirklich nach dem freien Willen der Völker gezogen, dann hätte das Sudetenland mehrheitlich gegen die Eingliederung in einen künstlichen tschechoslowakischen Nationalstaat votiert. Österreich hätte sich, wie bis 1866 nahezu ein Jahrtausend lang, wieder mit Deutschland verbunden. Und das nördliche Westpreußen wäre kaum polnisch geworden etc. Aber das hätte natürlich dann das militärische Ergebnis des Ersten Weltkriegs vollkommen auf den Kopf gestellt: So funktioniert Politik nicht.

Den Friedensmachern wird man wohl auch kaum vorwerfen können, dass sie es soweit nicht kommen ließen. Was man freilich kritisieren kann, ist, dass sie sich gerade angesichts der ganzen Vorgeschichte von Wilsons Selbstbestimmungs-Predigten nicht wenigstens zu einem besseren Kompromiss bereitfanden. Ein Kompromiss wäre z.B. gewesen, das junge Selbstbestimmungsrecht derart zu definieren, dass es sich unter bestimmten politisch-historischen Gegebenheiten auch innerhalb eines bestehenden Staatswesens durch Autonomie verwirklichen kann. Das hätte bedeutet: autonome Regionen, damals schon, für die Südtiroler, oder auch für die Sudetendeutschen, eine böhmische Schweiz am besten etc.

Gefährliche Wissenslücken

Ich habe eingangs die Episode von Zenon Lewandowski erzählt. Den muss man heute nicht mehr unbedingt kennen. Aber bei vielen Veranstaltungen zum Thema Vertreibung bin ich – auch während meiner Zeit als Gründungsdirektor der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung – leider selbst bei Jungakademikern immer wieder auf noch ganz andere Wissenslücken gestoßen. Es gibt z.B. tatsächlich Leute, die meinen, Ostpreußen oder Hinterpommern seien seinerzeit überhaupt erst durch Hitler erobert worden und mussten deshalb 1945 auch wieder abgegeben werden. Da fragt man sich schon, ob in der berühmten deutschen Vergangenheitsbewältigung wirklich immer die richtigen Schwerpunkte gesetzt worden sind? Jedenfalls ist es deshalb umso wichtiger, dass auch aus der Zivilgesellschaft heraus Erinnerungsorte wie dieser 11. Juli 1920 weiterhin gepflegt werden.

• **Prof. Dr. Manfred Kittel** ist Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Regensburg. Von 2009 bis 2014 war er Gründungsdirektor der Bundesstiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung in Berlin. Kittel ist Vorsitzender des Beirats am Haus des Deutschen Ostens in München, Mitglied der Preußischen Historischen Kommission und Mitherausgeber des Europäischen Journals für Minderheitenfragen. Zu seinen Arbeiten gehört u.a. „Vertreibung der Vertriebenen? Der historische deutsche Osten in der Erinnerungskultur der Bundesrepublik (1961–1982)“ (Oldenbourg 2007).

www.uni-regensburg.de

Der Text ist die leicht bearbeitete Fassung des Vortrags zum 100. Jahrestag der Volksabstimmung in Ost- und Westpreußen. Den Originalvortrag finden Sie als Videodatei unter www.paz.de/voelksabstimmung.



Truppenauszug: Vor dem Beginn des Abstimmungsprozesses musste die Reichswehr zur Wahrung der Neutralität die betroffenen Kreise verlassen. Im Bild die Verabschiedung der Garnison in Osterode am 3. Februar 1920

Foto: Bildarchiv Ostpreußen

Die berühmten 14 Punkte, die US-Präsident Wilson im Januar 1918 verkündet hatte, waren in hohem Maße widersprüchlich



Handreichung: „Das ABC für das Abstimmungsgebiet Masuren und Ermland“

100 Jahre Volksabstimmung

Die Identität der Masuren

Die Volksabstimmung in Masuren und Ermland 1920 aus Sicht einer Volksgruppe, die zwar größtenteils polnischer Abstammung war, gleichwohl zu fast 100 Prozent für Deutschland stimmte

VON KRZYSZTOF JACHIMOWICZ

Bevor wir das Thema der Volksabstimmung berühren, muss zunächst erklärt werden, wer die Masuren waren. Ostpreußen war ein altes Kolonialland, durch den Deutschen Orden im Mittelalter erobert und besiedelt. Die einheimische Bevölkerung, die Pruzzen, wurde ab dem 13. Jahrhundert unterworfen, zwangsgetauft, aber nicht aufgerieben, obwohl sie sich in mehreren Aufständen gegen die Ordensbrüder erhoben.

Da das Land dünn besiedelt war, begann der Orden mit einer planmäßigen Besiedlung mit niederdeutschen Siedlern. In der gleichen Zeit aber begann der Zufluss aus dem benachbarten Polen, und zwar aus Masowien. Diese drei verschiedenen Stämme – Pruzzen, die zu den Baltenvölkern gehörten, germanische Niederdeutsche und slawische Polen – sind dann zu einer ziemlich einheitlichen Ethnie zusammengewachsen: die Masuren. Da die Siedler aus Polen am zahlreichsten waren, haben sie dem Masurenvolk eine überwiegend polnische Prägung verliehen. Die Polen selbst sind auch aus mehreren Stämmen im Mittelalter entstanden, deshalb war diese Entwicklung auch ähnlich. Die Masuren sprachen bis zu ihrem Untergang einen polnischen Dialekt.

Die Bedeutung des Glaubens

Nachdem der letzte Hochmeister in Preußen, Albrecht von Brandenburg-Ansbach, 1525 den evangelischen Glauben angenommen hatte und das Deutschordensland ein weltliches Fürstentum wurde (das Herzogtum Preußen, ein Lehen der polnischen Könige bis zum Frieden von Wehlau 1657), mussten auch die polnischstämmigen Masuren nach der später zum Leitgedanken des Friedens von Münster (1648) gewordenen Parole „cuius regio eius religio“ (wessen das Gebiet, dessen die Religion) evangelisch werden. Seitdem war die in der Mitte des 15. Jahrhunderts festgelegte und bis 1945 bestehende Grenze Ostpreußens auch eine konfessionelle Trennlinie zwischen den masurischen und polnischen Nachbarn. Seit dieser Zeit waren die Wege beider Völker völlig getrennt. Diese Trennung wurde dann durch die weitere Geschichte vertieft. Die Masuren waren auf dem besten Wege, ein eigenes Volk wie zum Beispiel die Kaschuben zu werden, die historische Entwicklung hat dies jedoch zu nichte gemacht.

Die evangelische Kirche in Preußen hatte bis 1918 einen ähnlichen Aufbau wie ihn bis heute die anglikanische Kirche hat. An der Spitze stand der König, später der Kaiser als summus episcopus – das Oberhaupt der Landeskirche. Für Masuren bedeutete dies, dass die Kirche und der König dasselbe waren. Ein guter Christ musste zugleich ein treuer Untertan sein. Deshalb auch konnten die katholischen Polen in dieser Hinsicht die evangelischen Masuren nicht verstehen – und umgekehrt die Masuren die katholischen Polen nicht, die einer universellen Kirche angehörten.

Würde man sich in die Zeit um 1900 etwa nach Posen und Königsberg versetzen können, würde man kaum Unterschiede feststellen. Auf den Straßen (in Königsberg als Provinzhauptstadt lebten sehr viele Masuren, es gab sogar eine masurische Studentenverbindung an der Al-



Fremdverwaltet: Während der Zeit des Referendums standen die Abstimmungsgebiete unter alliierter Verwaltung. Das Bild zeigt einen britischen Trupp und einen Franzosen (auf der Treppe) vor dem Allensteiner Rathaus Fotos (2): Kulturzentrum Ostpreußen

bertus-Universität namens „Masovia“) wurde Deutsch und Polnisch gesprochen, man konnte polnische und deutsche Zeitungen kaufen. Der wichtigste Unterschied zwischen Polen und Masuren war die Konfession. In Großpolen war in der Regel der Pole katholisch, und der Deutsche evangelisch; in Masuren war der Deutsche oftmals katholisch und der polnischstämmige Masure so gut wie immer evangelisch. Für die Gesinnung waren diese Unterschiede gravierend.

Im Ersten Weltkrieg hat das Masurenland die volle Wucht und die Grausamkeiten der russischen Offensive vom Spätsommer 1914 zu spüren bekommen. Die Masuren waren es auch, die zusammen mit den Soldaten aus dem Westen des Reiches den Feind vor Tannenberg und an den Masurischen Seen vernichtend geschlagen haben. Dieser Sieg bedeutete in den Augen der Masuren eine Gleichberechtigung mit den übrigen Deutschen. Der deutsche Staat war auch stets dabei, wenn es darum ging, die Kriegswunden zu heilen. Partnerstädte aus dem Westen, die Staatskasse und Privatleute halfen, das verwüstete Land wiederaufzubauen, und zwar trotz des noch tobenden Krieges. Auch der Zusammenbruch des Kaiserreichs im November 1918 hat den Glauben der Masuren an den deutschen Staat nicht erschüttert.

Sprachliche Unterschiede

Die durch die alliierten Siegermächte verordnete Volksabstimmung in den südlichen Kreisen Ostpreußens war für den 11. Juli 1920 angesetzt worden. Die Einwohner sollten nur eine Frage beantworten – ob sie bei Ostpreußen verbleiben oder zur Republik Polen kommen wollten. Man nahm als Grundlage dafür die Daten der Volkszählung vom Jahre 1910. Die Abstimmung sollte in Masuren und Ermland stattfinden. Das Ermland war seit dem zweiten Frieden von Thorn 1466 bis zur ersten Teilung Polens 1772 ein polnisches Land gewesen und vorwiegend ka-

tholisch. Wie wir gleich sehen werden, spielte die Konfession der Befragten beim Ergebnis der Abstimmung die Hauptrolle, nicht die Sprache und nicht die nationale Identität.

Zur Verdeutlichung der Situation sollen hier nur wenige Zahlen genannt werden. Im Jahre 1910 sprachen im Kreise Lyck 25.755 Einwohner Polnisch/Masurisch und 27.139 Deutsch, im Kreise Oletzko 12.398 Polnisch/Masurisch und 24.562 Deutsch, im Kreise Neidenburg 20.075 Polnisch/Masurisch und nur 10.779 Deutsch, im Kreise Johannisburg 33.344 Polnisch/Masurisch und 16.379 Deutsch. Dafür im Ermland – etwa im Kreis Allenstein 33.286 Einwohner Polnisch/Masurisch und 24.562 Deutsch sowie im Kreis Rößel 6.560 Polnisch/Masurisch und 43.189 Deutsch.

Die Propaganda der Polen

Man darf aber auch nicht aus den Augen lassen, dass etwa seit der Mitte des 19. Jahrhunderts die masurische Mundart immer mehr aus dem Gebrauch verschwand. Kurz vor dem Untergang Ostpreußens gab es nur noch Wenige, welche diese Sprache noch gebrauchten. Das heißt also, dass 50 Jahre früher die Zahlen der polnisch/masurisch sprechenden Bevölkerung noch viel größer gewesen sind.

Die polnische Wahlpropaganda hat jedoch die Masuren verkannt. Man ging von den Erlebnissen des Ende 1918/Anfang 1919 durch den Frieden von Trier endeten und für Polen siegreichen Posener Aufstands aus. Man ging von dem Standpunkt aus, wer Polnisch spricht und polnischen Blutes ist, wird unbedingt für Polen stimmen. Als Wahlagitatoren kamen nach Masuren fast ausschließlich katholische Patrioten aus Großpolen, nicht selten auch katholische Priester. Einen evangelischen einfachen Bauern (die Masse der Masuren waren Bauern) konnte jedoch nichts mehr verärgern als die Aussicht, vielleicht katholisch werden zu müssen.

Die polnische Wahlpropaganda hat die Masuren verkannt. Man ging von dem Standpunkt aus, wer Polnisch spricht und polnischen Blutes ist, wird unbedingt für Polen stimmen



Gescheiterte Strategie: In Masuren und im Ermland setzte die Propaganda der Polen vergeblich auf die teilweise polnische Abstammung der dortigen Bevölkerung. Im Bild die „Ermländische Hymne“ von Feliks Nowowiejski

Auch von der deutschen Seite wurde die Wahlpropaganda sehr intensiv betrieben, nicht selten gab es sogar Ausschreitungen. Letztlich hat jedoch vor allem die polnische Propaganda nicht viel genützt, da im Unterschied zu den polnischen Einwohnern des Posener Landes der evangelische Masure polnischer Abstammung genauso ein Preuße war wie sein deutscher Nachbar.

Die Abstimmungsergebnisse haben letztlich beide Seiten überrascht. In den fast rein masurischen Landkreisen wurden nahezu alle Stimmen für Ostpreußen abgegeben. In den oben aufgeführten ostpreußischen Kreisen sahen die Ergebnisse folgenderweise aus: Im Kreise Lötzen stimmten für Ostpreußen 99,9 und für Polen 0,03 Prozent der Wahlteilnehmer, im Kreise Johannisburg für Ostpreußen 99,9 und für Polen 0,04 Prozent, im Kreise Neidenburg für Ostpreußen 98,5 und für Polen 1,46 Prozent, im Kreise Oletzko 99,9 Prozent für Ostpreußen und für Polen sogar nur 0,007 Prozent. Im katholischen Ermland waren die Wahlergebnisse für Polen deutlich besser: Im Kreis Allenstein sind für Ostpreußen 86,53 und für Polen 13,4 Prozent abgegeben worden und im Kreis Rößel für Ostpreußen 97,90 und für Polen 2,10 Prozent der Stimmen. Insgesamt sind in ganz Ostpreußen für das Verbleiben im Deutschen Reiche 363.202 und für Polen 7.980 Stimmen abgegeben worden.

Nach der Volksabstimmung haben sich sehr viele Politiker und Wissenschaftler mit dieser Geschichte und dem Thema befasst – aber fast ausschließlich aus einem nationalen und nicht aus dem kulturellen und konfessionellen Blickpunkt. Dabei waren letztere Aspekte – wie die oben genannten Zahlen zeigen – ausschlaggebend.

Das Ende der Masuren

Als 25 Jahre nach der Volksabstimmung die Provinz Ostpreußen mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs unterging, haben die Masuren dies als eigene Volksgruppe nicht überlebt. Diejenigen, die in der Heimat verblieben sind, sind dann durch die Maßnahmen der kommunistischen Regierung endgültig zu den Deutschen geworden. Wie es der Historiker Bernd Martin in seinem Buch „Masuren, Mythos und Geschichte“ schreibt: „Was die brandenburgisch-preußische Regierung in vierhundert Jahren nicht vollbracht hat, nämlich aus den Masuren bewusste Deutsche zu machen, hat die kommunistische Regierung in nur vierzig Jahren getan“. Heute fühlen sich sowohl die in der Heimat als auch im Westen lebenden Masuren nur noch als Deutsche.

● **Krzysztof Jachimowicz** (Christoph Freiherr v. Jachimowicz) entstammt einer deutsch-russisch-französisch-polnischen Familie, die väterlicherseits seit 1648 in Ostpreußen ansäßig ist. Nach einem Magisterstudium an der Danziger Universität ist er seit 2007 Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Museum von Danzig. Seit 2008 ist er aktives Mitglied im Bund Junges Ostpreußen (BJO) und seit 2015 Vorstandssekretär der Danziger Deutschen Minderheit (DDM). www.muzeumgdansk.pl

Der Text ist die leicht bearbeitete Fassung des Vortrags zum 100. Jahrestag der Volksabstimmung in Ost- und Westpreußen. Den Originalvortrag finden Sie als Videodatei unter www.paz.de/voelksabstimmung.

100 Jahre Volksabstimmung

VON MANUEL RUOFF

Nach dem Ersten Weltkrieg wurden die Welt im Allgemeinen und Europa im Besonderen neu geordnet. Neue Staaten entstanden, neue Grenzen wurden gezogen. In einigen wenigen Fällen wurde dabei dem Selbstbestimmungsrecht der Völker durch Volksbefragungen mehr oder weniger Rechnung getragen. Derartige Befragungen sah der Versailler Frieden zwischen den Siegermächten und dem Deutschen Reich außer für Nordschleswig und Oberschlesien auch für den zwischen Weichsel und Nogat sowie Ostpreußen gelegenen Teil Westpreußens sowie das südliche Ostpreußen, konkret den Regierungsbezirk Allenstein und den Kreis Oletzko, vor.

Regelungen des Versailler Vertrags

Die Delegation des Deutschen Reiches in Versailles hatte gegen diese Pläne vehement protestiert und argumentierte: „Im südlichen Ostpreußen wird das Vorhandensein einer Bevölkerung von nicht deutscher Muttersprache benutzt, um in diesen Bezirken eine Abstimmung zu fordern. Diese Bezirke werden indes nicht von einer unbestritten polnischen Bevölkerung bewohnt. Der Umstand, dass in einzelnen Gegenden sich die nichtdeutsche Sprache erhalten hat, kann keine Rolle spielen, da diese Erscheinung selbst in den ältesten Einheitsstaaten zu beachten ist; es sei auf die Bretonen, Walliser und Basken verwiesen. Die gegenwärtige Grenze Ostpreußens liegt seit etwa 500 Jahren fest; die fraglichen Teile der Provinz haben allergrößtenteils nie zu Polen oder zu Litauen gehört. Ihre Einwohner stehen den außerhalb der deutschen Grenze befindlichen Völkerschaften infolge einer seit Jahrhunderten verschiedenen Geschichte, einer anders gearteten Kultur und eines anderen religiösen Bekenntnisses fremd gegenüber. Diese Bevölkerung hat, von einer Gruppe landfremder Agitatoren abgesehen, ein Verlangen nach Lostrennung von Deutschland niemals geäußert und ein Grund, die staatlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse dieser Gebiete zu ändern, liegt deshalb nicht vor. Das gleiche gilt in Westpreußen für die Kreise Stuhm, Marienburg, Marienwerder und Rosenberg. Der Kreis Marienburg hat 98 von Hundert Deutsche, der Kreis Marienwerder rechts der Weichsel ist ebenfalls fast rein deutsch, Rosenberg hat 93,7 von Hundert Deutsche. Es gibt in Polen Kreise, in denen der Prozentsatz der deutschen Bevölkerung höher ist als zum Beispiel der Prozentsatz der polnischen Bevölkerung im Kreis Rosenberg. Das Vorhandensein so kleiner Minoritäten ist nach dem Programm des Präsidenten Wilson kein Grund zur Anzweiflung des nationalen Charakters eines Gebietes; andernfalls würde das Programm zur Auflösung jeglicher Staatsordnung führen.“

Der Protest nützte jedoch nichts, und vor 100 Jahren, am 11. Juli 1920, kam es zeitgleich zu Abstimmungen im westpreußischen Abstimmungsgebiet Marienwerder und im ostpreußischen Abstimmungsgebiet Allenstein, ob diese Gebiete fürderhin zu Polen oder Ostpreußen gehören sollten. Stimmberechtigt waren alle Erwachsenen, die das 20. Lebensjahr vollendet hatten und entweder in einem der Abstimmungsgebiete lebten oder von dort stammten. Eine Abstimmung war nur innerhalb des Abstimmungsgebietes möglich. Um zu verhindern, dass die Ordnungsmacht Einfluss auf das Ergebnis der Abstimmung nahm, hatten die deutschen Truppen und Behörden die Abstimmungsgebiete vor der Abstimmung zu verlassen. Die Abstimmungsgebiete wurden für die Abstimmungszeit jeweils einem Ausschuss unterstellt, der aus fünf von den alliierten und assoziierten Hauptmächten



Tag der Entscheidung: Als am 11. Juli 1920 nach bangen Monaten des Wartens und des Wahlkampfes das Referendum stattfand, schmückten sich alle Abstimmungsorte festlich heraus. Im Bild der Bahnhof der masurischen Kreisstadt Neidenburg

Foto: Bildarchiv Ostpreußen

Chronologie einer schicksalhaften Zeit

Vom Versailler Vertrag zur Volksabstimmung in Ost- und Westpreußen – ein Überblick über die Ereignisse vom Ende des Ersten Weltkriegs bis zum Sommer 1920

ernannten Mitgliedern bestand. Diese Ausschüsse waren mit allgemeinen Verwaltungsbefugnissen ausgestattet und sollten die Abstimmung in die Wege leiten sowie eine freie, unbeeinflusste und geheime Stimmenabgabe sicherstellen.

Am 13. Oktober und 4. November 1919 gab es relativ gute Nachrichten für die Deutschen. Am 13. Oktober bestimmten die Sieger, dass im südlichen Ostpreußen die Briten und in den westpreußischen Kreisen die Italiener das Kommando über die alliierten Truppen haben sollen. Und am 4. November wurde bestimmt, dass diejenigen Mächte, welche die Kommandogewalt haben, auch an der Spitze der jeweiligen Kommission stehen. In keinem der Abstimmungsgebiete dominierten somit die parteiischen Franzosen. Damit war eine wichtige Voraussetzung für eine faire Abstimmung gegeben.

Auszug von Militär und Verwaltung

Im Februar 1920 wurde es dann ernst. Am 1. Februar zog sich die Reichswehr aus den Abstimmungsgebieten zurück. Am 14. beziehungsweise 17. Februar übernahmen die interalliierten Kommissionen in Allenstein und Marienwerder die Häuser der jeweiligen Regierungspräsidenten und die Verwaltung. In Allenstein führte der britische Vorsitzende das Ressort Inneres und Eisenbahn, der Franzose übernahm die Justiz und der Italiener die Finanzen, das Sozialwesen sowie den Post- und Telegrafendienst. Der Japaner blieb ohne Ressort. In Marienwerder übernahm der italienische Vorsitzende das Innere, der Franzose übernahm die Finanzen, der Japaner die Justiz und der Brite Verkehr und Handel.

Am 1. Februar 1920 zog sich die Reichswehr aus den Abstimmungsgebieten zurück. Am 14. beziehungsweise 17. Februar übernahmen die interalliierten Kommissionen in Allenstein und Marienwerder die Häuser der jeweiligen Regierungspräsidenten und die Verwaltung

Die Regierungspräsidenten mussten die Abstimmungsgebiete verlassen. Dafür wurde seitens des Reiches und Preußens für die beiden Abstimmungsgebiete je ein Reichs- und Staatskommissar ernannt. Für Allenstein war das der Freiherr Wilhelm von Gayl und für Marienwerder erst der Regierungsrat Hans Kutter und nach dem Kapp-Lüttwitz-Putsch dann der Graf Theodor von Baudissin. Über die Funktion der Kommissare schrieb jener in Allenstein: „Dem deutschen Kommissar war eine Doppelaufgabe gestellt: Er hatte die deutschen Belange gegenüber der Kommission und den Polen zu wahren, aber auch der Kommission aufklärend und beratend zu helfen sowie ihren Verkehr mit den deutschen Regierungsstellen außerhalb des Gebietes zu vermitteln. Er war nicht einseitiger Interessenvertreter wie der polnische Generalkonsul, sondern durch ein entsprechendes Abkommen organisch mit der Kommission verbunden.“

Die Landräte und Bürgermeister sowie die Beamten durften bleiben, wurden allerdings zur Loyalität gegenüber den interalliierten Kommissionen verpflichtet. Zur zusätzlichen Kontrolle richteten die alliierten Kommissionen in jedem Kreis eine Nebenstelle ein.

Während der Herrschaft der interalliierten Kommissionen durften sowohl Polen als auch Deutsche Wahlbeziehungsweise Abstimmungskampf machen. Die Polen hatten den Vorteil, dass Warschau sie mit großem Engagement unterstützte und dass die Franzosen für sie Partei ergriffen. Die Deutschen hatten den Vorteil, dass sie im Kampf auf heimische Kräfte zurückgreifen konnten und

dass sie die preußische Stärke des Organisationstalentes besaßen.

Wahlkampf für die Heimat

Da die Deutschen fürchten mussten, dass sie nach der Machtübernahme der Alliierten in ihrer Arbeit behindert werden könnten, begannen sie frühzeitig mit der Organisation. Am 25. März 1919 gründeten Deutsche den „Arbeitsausschuß Allenstein gegen die Polengefahr“. Da nun anderswo ein „Ostdeutscher Heimatdienst“ gegründet wurde und die Allensteiner eine Zersplitterung verhindern wollten, übernahmen sie den Namen und benannten sich von „Arbeitsausschuß Allenstein gegen die Polengefahr“ in „Bezirksstelle Allenstein des Ostdeutschen Heimatdienstes“ um. Diese Bezirksstelle Allenstein wurde zur Zentrale des Ostdeutschen Heimatdienstes. An der Spitze der Bezirksstelle stand ein vierköpfiger Vorstand. Mit deutschem Organisationstalent und deutscher Gründlichkeit wurde für jede Kreisstadt eine Kreisstelle samt Kreisstellenleiter geschaffen.

Geradezu konspirativ stellte man sich darauf ein, während der Kommissionsherrschaft auf das Schlimmste diskriminiert und verfolgt zu werden. So erhielten wichtige Funktionsträger gleich mehrere Stellvertreter, damit ein Amt nicht verwaiste, falls die interalliierte Kommission sie des Abstimmungsgebietes verweisen sollte. Auch wurden schon Exilorte jenseits der Abstimmungsgebietsgrenze bestimmt, wo sich die von der Kommission ausgewiesenen Funktionsträger sammeln sollten. Des Weiteren wurde ein Nachrichtendienst mit Läufern organisiert, um die

100 Jahre Volksabstimmung

Verbindung zwischen Funktionsträgern im Exil und den Kreisstellen aufrechtzuhalten. Zum Glück für die Deutschen war die interalliierte Kommission fair genug, dass die Vorsichtsmaßnahmen sich als überflüssig erwiesen. Als Sprachrohr wurden die „Ostdeutschen Nachrichten“ gedruckt. Für die masurisch sprechende Minderheit gab es in Masurisch den „Preußischen Volksfreund“. Als Massenorganisation, um einmal diesen DDR-Begriff zu verwenden, wurde der „Masuren- und Ermländerbund“ gegründet. Das Ziel war es, mit den Heimatvereinen die gesamte deutschgesinnte Bevölkerung zu erfassen, was wohl in hohem Maße auch gelang.

Das Meisterstück des Ostdeutschen Heimatdienstes war jedoch die Rückführung der Abstimmungsberechtigten aus dem Reich. Die Polen ahnten zumindest, was ihnen bei einer Abstimmung der ortsansässigen Bevölkerung blühen würde. Mit der Begründung, dass die germanisierten Masuren erst einmal „reeducated“ werden müssten, forderten sie erst 150 und dann zumindest fünf Jahre polnische Herrschaft vor einer Abstimmung. Als dieser Vorschlag in Paris keine Mehrheit fand, versuchten sie mit Stoßtrupps Unruhen zu provozieren, auf dass die Abstimmungen abgesagt werden. Die deutsche Mehrheitsbevölkerung ließ sich nicht provozieren, sodass auch dieser polnische Versuch scheiterte.

Logistische Meisterleistungen

Erfolgreich waren die Polen jedoch mit dem Versuch, den Willen der ansässigen Bevölkerung zu verwässern. Sie argumentierten, dass Preußen Polen aus dem Abstimmungsgebiet vertrieben habe und deshalb nicht nur die Ortsansässigen, sondern auch die im Abstimmungsgebiet Geborenen mit mittlerweile anderem Wohnort abstimmen dürfen müssten. Mit dieser Forderung setzten sich die Polen durch, doch erwies sich dies als Bumerang. Denn nun organisierte der Ostdeutsche Heimatdienst einen großen Besucherstrom von ins Reich, vor allem in den Ruhrpott, Ausgewanderten hin in das jeweilige Abstimmungsgebiet. Als Helfer im Reich ist neben der Deutschen Reichsbahn der 1919 gegründete Deutsche Schutzbund für die Grenz- und Auslandsdeutschen zu nennen.

Zur Ermittlung und Verwaltung der Adressen der Ausgewanderten schuf der Ostdeutsche Heimatdienst eine eigene Abteilung für Volksabstimmung. Um die Daten vor den Alliierten zu sichern, hatte diese Abteilung ihren Sitz außerhalb des Abstimmungsgebietes, in Karlshof bei Rastenburg. Um an die Auswanderer und deren Organisationen besser heranzukommen, baute der Ostdeutsche Heimatdienst Dienststellen im Reich auf, nicht zuletzt in der Reichshauptstadt Berlin.

Im Ergebnis konnten 128.000 ausgewanderte Südostpreußen zur Stimmabgabe in ihrer alten Heimat mobilisiert werden. Fahrscheine wurden den Abstim-

mungswilligen ebenso zur Verfügung gestellt wie Reiseverpflegung, Reiselektüre und Quartiere.

Breite Solidarität

Die Bewohner des Abstimmungsgebietes erwiesen sich als fantastische Gastgeber. Für die Gäste wurden von den Heimatvereinen kulturelle Veranstaltungen und Volksfeste organisiert. An den größeren Bahnhöfen gab es Meldestellen, von denen Schüler die Gäste zu ihren Quartieren brachten. Die Meldestelle am Bahnhof Allenstein war Tag und Nacht besetzt. Tagsüber verrichteten Mädchen den Dienst, des Nachts über ältere Schüler, die dafür länger aufbleiben durften.

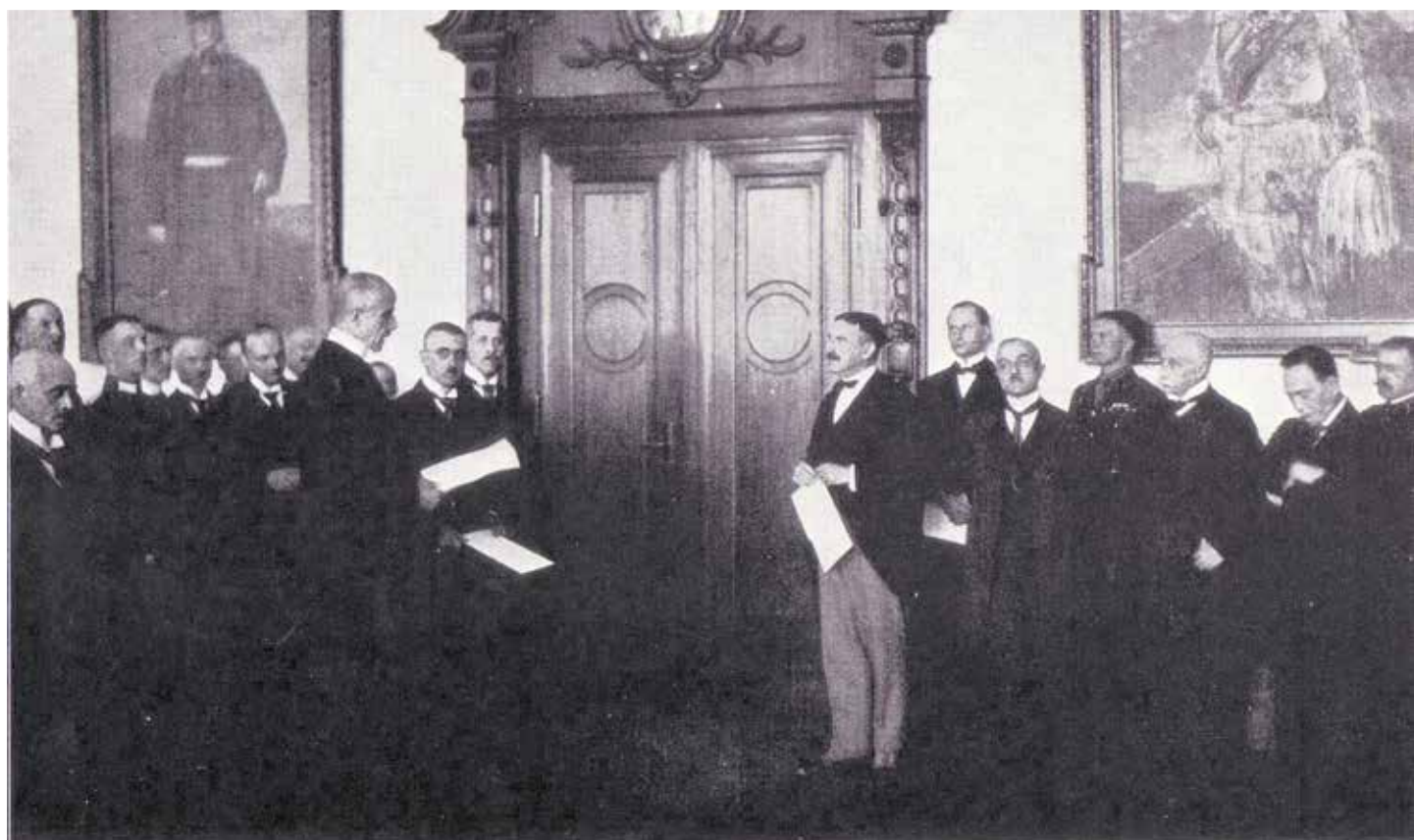
Da absehbar war, dass die Polen versuchen würden, den Strom aus dem Reich zum Abstimmungsgebiet am Korridor zu behindern, wurde dem Seeweg der Vorzug gegeben. Der damals gegründete Seedienst Ostpreußen ist in diesem Zusammenhang zu nennen. Der Strom war jedoch derart groß, dass auch der Landweg durch den Korridor benutzt werden musste. Prompt versuchten die Polen, die Abstimmungswilligen durch Schikanen aufzuhalten.

Am 2. Juli 1920 berichtete der britische Vorsitzende der interalliierten Kommission für das südliche Ostpreußen dem Foreign Office: „Trotz des Protestes der Alliierten Verbindungskommission in Könitz ist mehr als 700 Personen in den ersten beiden Wählerzügen die Durchfahrt durch das polnische Gebiet verweigert worden. Als Grund für diese Maßnahme wird von den polnischen Behörden angegeben, dass die Identität ungenügend ausgewiesen war, was angesichts dieser großen Menge von Reisenden unwahrscheinlich erscheint.“

Die Bemühungen der Polen

Dieses war allerdings nicht die einzige Methode, in der von polnischer Seite versucht wurde, auf die Abstimmung Einfluss zu nehmen. Auch auf polnischer Seite organisierte man sich für den Wahlkampf. Im Juni 1919 entstand in Warschau das Masurische Abstimmungskomitee. An dessen Spitze stand Julius (Juliusz) Bursche. Bursche war Generalsuperintendent der Evangelisch-Augsburgischen Kirche in Polen und Vorsitzender des Rates der Evangelischen Kirchen in Polen. Auf der Pariser Friedenskonferenz hatte er sich für eine sofortige Übertragung des Ermlands, Masurens und Westpreußens an die Republik Polen ohne vorherige Abstimmung stark gemacht. Nun da es gegen seinen Willen zur Abstimmung zumindest in einem Teil der Region kam, versuchte er das Seinige, dass Polen als Sieger aus dieser hervorging.

Ebenfalls dem Ziel, Wahlkampf für Polen zu machen, verschrieben sich der im November 1919 in Warschau gegründete Masurische Volksbund und das Ermländische Abstimmungskomitee. Der Versuch, einen paramilitärischen Masuri-



Rückkehr der deutschen Verwaltung: Die Übergabe des Abstimmungsgebietes durch die interalliierte Kommission im Sitzungssaal des Regierungspräsidiums in Allenstein

Foto: Bildarchiv Ostpreußen

Von den abgegebenen Stimmen entfielen etwas mehr als zwei Prozent auf Polen. Die restlichen fast 98 Prozent der Stimmen wurden für den Verbleib bei Ostpreußen abgegeben

schen Sicherheitsdienst aufzubauen, scheiterte am Mangel an ausreichend Personal und Geld. Die polnische Regierung bemühte sich zwar nach Maßen, auf die Entscheidungen in den Abstimmungsgebieten Einfluss zu nehmen, aber ihre Mittel waren aufgrund des damaligen Krieges gegen die Sowjets beschränkt.

Das, was die polnische Regierung tat, kam nicht immer der polnischen Sache und Seite zugute. So schrieb Sir Ernest Amelius Rennie, der Vorsitzende der interalliierten Kommission im Abstimmungsgebiet Allenstein: „Das Vorgehen polnischer Agenten, welche in diesem Gebiet fremd sind, wird laut Bericht mit Missgunst von ansässigen Polen betrachtet, und es wird erwartet, dass sie die deutschsprechende Bevölkerung reizen, ohne der polnischen Seite zu nützen.“

Im Abstimmungsgebiet Marienwerder kämpften auf polnischer Seite der Preußisch-Polnische Bund und der Bund der Volksgesellschaften. An bedeutenden Exponenten der polnischen Seite sind der erste Vorsitzende des 1922 gegründeten Bundes der Polen in Deutschland, Graf Stanislaus (Stanisław) von Sierakowski, samt dessen Ehefrau Helena aus Groß Wapłitz sowie Witold und Kazimierz von Donimirski aus Buchenwalde/Hohendorf und Klein Ramsen zu nennen.

Und auch im Abstimmungsgebiet Marienwerder wirkte der Einfluss des polnischen Nachbarn nicht immer im Sinne der polnischen Sache. So schrieb der Landsmann von Rennie und Vertreter ihres Landes in der interalliierten Kommission im Abstimmungsgebiet Marienwerder, Henry Beaumont, am 10. März 1920 an das Foreign Office: „Unser Aufenthalt in diesem Bezirk war schon ausreichend lang, um alle Mitglieder dieser Kommission zu überzeugen, dass das Ergebnis der Abstimmung eine von vornherein feststehende Entscheidung ist und dass die überwältigende Mehrheit der Einwohner für Deutschland stimmen wird. Abgesehen von Stammesempfindungen haben die Provokationen, die Unterdrückungen und die Intoleranz der polnischen Behörden in dem kürzlich von ihnen besetzten Gebiet einen kläglichen Eindruck auf die Meinung nicht nur der Deutschen, sondern aller unparteiischen Beobachter hervorgerufen.“ Und im darauffolgenden Monat, am 19. April 1920, schrieb Beaumont dem Deutschlandexperten im Foreign Office Sir Eyre Crowe: „Wir kamen alle als Sympathisanten Polens her, aber seitdem wir die Dinge aus unmittelbarer Nähe gesehen haben, haben wir alle – einschließlich der Franzosen – unsere Ansichten geändert.“

Der Tag der Abstimmung

Am 11. Juli 1920 war es dann also soweit. In beiden Abstimmungsgebieten fand die

Abstimmung statt. Das Abstimmungsverfahren ist insofern interessant, da es ohne Kreuzchen ablief. Vielmehr kamen zehn Zentimeter breite und acht Zentimeter hohe Stimmzettel zum Einsatz. Wenn man für Ostpreußen stimmen wollte, dann ging man vor der Wahl zu den Deutschen und ließ sich von denen einen entsprechenden Zettel geben, auf dem in Deutsch wie Polnisch „Ostpreußen (Prusy Wschodnie)“ stand. Wenn man hingegen für Polen stimmen wollte, dann ging man zu den Polen und ließ sich einen entsprechenden Zettel schenken, auf dem in Deutsch und Polnisch „Polska – Polen“ stand. Mit dem zuvor beschafften Zettel ging man dann am 11. Juli in das Wahllokal, ließ sich einen Wahlumschlag geben, ging in den sogenannten Isolerraum, steckte den Zettel in den Umschlag, kam wieder heraus und steckte den Umschlag samt Zettel in die Wahlurne.

Für die Abstimmung im südlichen Ostpreußen hatten sich 425.305 Abstimmungsberechtigte eintragen lassen. Davon waren 37 Prozent im Abstimmungsgebiet geborene Auswanderer. Die Abstimmungsbeteiligung lag bei 87 Prozent, bei den Ortsansässigen gar bei 96 Prozent. Von den abgegebenen Stimmen entfielen knapp über zwei Prozent auf Polen. Die restlichen fast 98 Prozent stimmten für den Verbleib bei Ostpreußen.

Im Abstimmungsgebiet Marienwerder war das Ergebnis ähnlich überzeugend wie in Allenstein. Hier stimmten knapp acht Prozent für Polen und über 92 Prozent für Ostpreußen.

Kleinere Abtretungen

Obwohl mehr als neun von zehn der westpreußischen Abstimmenden für Ostpreußen gestimmt hatten, kam das westpreußische Abstimmungsgebiet nicht vollständig zu Ostpreußen. Am 12. August 1920 entschied die Botschafterkonferenz der alliierten und assoziierten Hauptmächte in Paris, dass die fünf Dörfer Neu-Liebenau, Kramershof, Außendeich, Johannisdorf und Kleinfeld zu Polen kamen. Vom südostpreußischen Abstimmungsgebiet wurden für Polen die drei Dörfer Nappern, Lobenstein und Groschken abgetrennt.

Nach dem planmäßigen Abzug der interalliierten Kommissionen und ihrer Truppen übernahmen der preußische Innenminister für Preußen und der Vizekanzler für das Reich am 19. und 20. August 1920 die in der beschriebenen Weise etwas verkleinerten Abstimmungsgebiete wieder unter deutsche Verwaltung.

● Dr. Manuel Ruoff ist Redakteur der Preußischen Allgemeinen Zeitung und dort verantwortlich für die Geschichtsseiten. www.paz.de



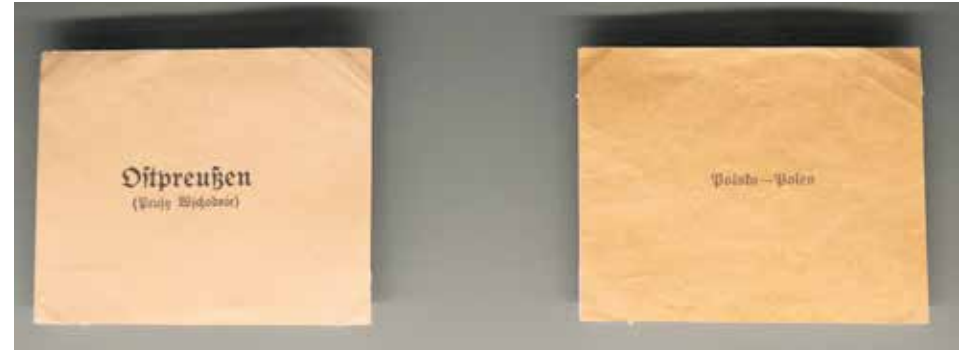
Triumph: Nach dem erfolgreichen Ausgang des Referendums wurden – wie hier in Bischofstein – überall im Abstimmungsgebiet Jubelfeiern abgehalten. In fast jedem Ort wurden Abstimmungsdenkmäler gesetzt, die an den 11. Juli 1920 erinnerten

100 Jahre Volksabstimmung

IN KÜRZE

Geschichte zum Nachlesen

Obwohl die Ereignisse vom 11. Juli 1920 in der deutschen Öffentlichkeit weitgehend in Vergessenheit geraten sind, gibt es einige Schriften und Ausstellungen, die darüber tiefergehend informieren. Ein – keineswegs vollständiger – Überblick



Relikte einer schicksalhaften Zeit: Das Ostpreussische Landesmuseum in Lüneburg verfügt in seinen Beständen über originale Stimmzettel des Referendums vom 11. Juli 1920 (oben) und Informationsmaterialien (links) Foto: Ostpreussisches Landesmuseum

Zeugnisse zum Anschauen

Wer wenig Vorwissen über Ostpreußen mitbringt, wird von der Volksabstimmung von 1920 vermutlich nie gehört haben. Dabei war für die Ostpreußen dieser Jahre das Ereignis einschneidend und das Abstimmungsergebnis derart eindrucksvoll, dass über den Moment nationaler Begeisterung hinaus zahlreiche Denkmäler zum dauerhaften Gedenken errichtet wurden – naturgemäß überstanden diese den Untergang Ostpreußens als eine deutsche Provinz nicht, weshalb dem heutigen Touristen in Masuren und im Ermland dieses Kapitel verborgen bleibt.

Im Ostpreussischen Landesmuseum mit seinem Anspruch, seinen Besuchern ein möglichst vollständiges Abbild der Geschichte Ostpreußens zu präsentieren, darf dieses selbstredend nicht fehlen. Dabei geht es den Kuratoren keineswegs nur darum, ein fraglos starkes Bekenntnis der Masuren, Ermländer und Westpreußen zu Deutschland zu vermitteln und damit die sowjetisch-polnische Propaganda der Nachkriegszeit zu widerlegen. Die Vorgänge rund um die Volksabstimmung sind vielmehr auch ein guter Beleg, wie sich das Gift eines übersteigerten Nationalismus auch in Ostpreußen ausbreitete, wo

doch über Jahrhunderte eine bunte Mischung an Ethnien, Sprachen und Glaubensrichtungen sich zu arrangieren wusste und die „preussische Toleranz“ zu einem geflügelten Wort werden ließ.

Wer die weitere Entwicklung der politischen Stimmungslage in Ostpreußen nach dem Ersten Weltkrieg verstehen will, darf nicht nur die ökonomischen Herausforderungen durch den neuen „polnischen Korridor“ bedenken. Abgetrennt vom Mutterland erwuchs nunmehr in Ostpreußen ein latentes Gefühl, ringsum von „Feinden“ umgeben zu sein, denen ein zu Deutschland gehörendes Ostpreußen ein Dorn im Auge war. Diese Stimmungslage wussten sich schon bald die Feinde junge Republik zunutze zu machen und damit mittelfristig die Weichen auf den Weg in die Katastrophe des Zweiten Weltkriegs zu stellen. JM

Ostpreussisches Landesmuseum mit Deutschbaltischer Abteilung

Heiligengeiststraße 38
21335 Lüneburg
Telefon: 04131 759950
E-Mail: info@ol-lg.de
www.ostpreussisches-landesmuseum.de

Fundierter Überblick

Vor zehn Jahren, zum 90. Jahrestag des Referendums, veranstaltete das Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen eine Sonderausstellung zur Volksabstimmung in Ost- und Westpreußen am 11. Juli 1920.

Der dazu erschienene Begleitband ist noch heute eine fundierte Quelle zum Eintauchen in die damalige Zeit. Mit zahlreichen Fotos von Ereignissen und beteiligten Personen, Abbildungen von Flugblättern und Plakaten sowie durchgehenden deutschen und polnischen Texten vermittelt der Katalog ein anschauliches Bild der Situation nach dem Ersten Weltkrieg und zu Beginn der 20er Jahre.

Die Volksabstimmung in Ost- und Westpreußen am 11. Juli 1920 / Plebiscyt w Prusach Wschodnich i Zachodnich 11 lipca 1920 roku
96 Seiten, mit zahlreichen Abbildungen, 8,50 Euro zzgl. Porto

Kulturzentrum Ostpreußen,
Schloßstr. 9, 91792 Ellingen,
Telefon: +49 (0)9141 / 86440
www.kulturzentrum-ostpreussen.de

Historische Fachliteratur

- Rüdiger Döhler: Ostpreußen nach dem Ersten Weltkrieg. Einst und Jetzt, Bd. 54 (2009), S. 219–235.
- Wilhelm Freiherr von Gayl: Ostpreußen unter fremden Flaggen. Ein Erinnerungsbuch an die ostpreussische Volksabstimmung vom 11. Juli 1920, 1940.
- Walther Hubatsch: Die Volksabstimmung in Ost- und Westpreußen 1920. Ein demokratisches Bekenntnis zu Deutschland, Hamburg 1980.
- Ernst Weichbrodt: Selbstbestimmung für alle Deutschen. 1920/1980. Unser Ja zu Deutschland. Zum 60. Jahrestag der Volksabstimmung in Ost- und Westpreußen am 11. Juli 1920, Landsmannschaft Ostpreußen, Hamburg 1980.
- Max Worgitzki, Adolf Eichler, Wilhelm von Gayl: Geschichte der Abstimmung in Ostpreußen. Der Kampf um Ermland und Masuren, Leipzig 1921.
- Michael Bulitta: Ein Beitrag zur Organisation der Volksabstimmung im Jahre 1920 im Stadtkreis Allenstein (Ostpreußen). Altpreussische Geschlechterkunde, N.F. 54, 2006, S. 191–212.
- Paul Hoffmann: Die Volksabstimmung in Westpreußen am 11. Juli 1920. Vergleichende Darstellung der Abstimmungsergebnisse aufgrund des amtlichen Materials, Marienwerder 1920.

- Bernhart Jähnig (Hrsg.): Die Volksabstimmung 1920. Voraussetzungen, Verlauf und Folgen. N.G. Elwert Verlag, Marburg 2002.



Gedenkstein im Kreis Oletzko, wo mit 28.625 Stimmen für Deutschland und zwei Stimmen für Polen das deutlichste Abstimmungsergebnis erzielt wurde Foto: Bildarchiv Ostpreußen

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt



Zusätzlich zu Ihrem Probe-Abo der PAZ schenken wir Ihnen eine einzigartige Sammlung von Lebensgeschichten bedeutender Preußen.

☐ **Ja**, ich bestelle 4 Wochen lang kostenlos zur Probe die Preußische Allgemeine Zeitung. Das Probeabo endet automatisch mit dem Erhalt der letzten Ausgabe. Als kleines Geschenk erhalte ich die Broschüre „20 große Preußen“.

Name: _____

Vorname: _____

Straße/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Telefon: _____

Bitte einsenden an:

Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 – 22087 Hamburg

AZ-01-C



4 Wochen gratis lesen

Testen Sie unverbindlich die PAZ

Kein Abo!



Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de